



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Volksrepublik Donezk: Vor- und
Entstehungsgeschichte vor dem Hintergrund
des Ukraine-Konflikts“

verfasst von / submitted by

Sabrina Krennmeir, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 805

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Globalgeschichte und Global Studies

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Friedrich Edelmayer, MAS

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1 Einleitung	7
2 Von den Anfängen in der Kiewer Rus	12
2.1 Die Kiewer Rus als Ursprung der Ostslawen*innen	12
2.2 Großrussland und Kleinrussland	14
3 Die Gründung von Donezk	18
4 Donezk unter sowjetischer Herrschaft	24
4.1 Die Sowjetrepublik Donez-Kriwoi Rog	24
4.2 Die sowjetische Musterstadt Stalino	26
4.3 Das Narrativ der Faschisten*innen	29
4.4 Der Zusammenbruch der UdSSR	32
5 Die Unabhängigkeit der Ukraine	35
5.1 Das Donbass-, Referendum‘	37
5.2 Die Sprachenpolitik	39
5.3 Die <i>Orange Revolution</i>	42
5.4 Die Vorbereitung des <i>Euromaidan</i>	47
6 Der Ukraine-Konflikt	51
6.1 Die Amtszeit Janukovyc‘	51
6.2 Das <i>Assoziierungsabkommen</i> zwischen der EU und der Ukraine	53
6.3 Die Proteste am Maidan	57
6.4 Die Ausrufung der Volksrepublik Donezk	64
6.5 Oligarchen und Clans	66
7 Die Volksrepublik Donezk heute	70
7.1 <i>Minsk I</i> und <i>Minsk II</i>	72
7.2 Alltag und aktuelle politische Lage	74
7.3 Krieg in der Ostukraine – ein eingefrorener Konflikt?	79
8 Resümee	85
9 Quellen- und Literaturverzeichnis	90
10 Anhang	97
10.1 Zusammenfassung (Deutsch)	97
10.2 Abstract (English)	97
10.3 Abbreviaturverzeichnis	99
10.4 Transliterationstabellen	100
10.4.1 Das belarussische Alphabet	100
10.4.2 Das russische Alphabet	101
10.4.3 Das ukrainische Alphabet	102

Vorwort

Der Motivation für das Thema meiner Masterarbeit liegt eine Affinität für den slawischen Raum zugrunde, die mit der Aufnahme meines Bachelorstudiums Slawistik an der Universität Salzburg ihren Anfang fand. Während zunächst das Erlernen der russischen Sprache meine Hauptintention darstellte, wurde durch mehrere Russlandaufenthalte das Interesse am Verstehen von Kultur und Geschichte der slawischen Länder geweckt. Es war daher naheliegend, im Zuge meiner weiteren Studien und des Masterstudiums Globalgeschichte und Global Studies an der Universität Wien – soweit möglich – einen Schwerpunkt auf den osteuropäischen Raum zu setzen. Der Konflikt in der Ostukraine, im Besonderen in der Volksrepublik Donezk, erschien mir aufgrund der Aktualität der Ereignisse und der folglich bislang spärlichen wissenschaftlichen Forschung dazu als Thema meiner Masterarbeit geeignet. Zudem ist es mir ein Anliegen, dass der Krieg weiterhin Aufmerksamkeit erhält und an einer Lösung zu dessen Beilegung gearbeitet wird.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Friedrich Edelmayer, MAS für die hilfreichen Anregungen bei meiner Themenfindung, die Zusage zur Betreuung meiner Masterarbeit sowie sein konstruktives Feedback während des Schreibprozesses bedanken. Ebenso gilt mein Dank meiner Familie und meinen Freunden*innen, die mich mein Studium hindurch und besonders beim Erstellen dieser Arbeit unterstützt und immer wieder ermutigt haben. Schließlich danke ich Frau Vera Flasch, BA, die meine Arbeit Korrektur gelesen und mit viel hilfreicher Kritik einen wesentlichen Teil zu dieser Masterarbeit beigetragen hat.

Sabrina Krennmeir

Wien, 29. Januar 2022

1 Einleitung

Die Ausrufung der Volksrepublik Donezk¹ erfolgte am 7. April 2014 und war mittelfristig betrachtet ein Ergebnis jener Entwicklungen, die mit den heute als *Euromaidan*² bekannten Geschehnissen im November 2013 in Kiew³ ihren Anfang nahmen. Für die überwältigende Mehrheit der Berichterstatter*innen ist zumeist die Schlussfolgerung ausreichend, dass die Sezessionsbestrebungen der Volksrepublik auf die geografische Nähe zu Russland und die Einflussnahme des östlichen Nachbarn auf den Konflikt in der Ostukraine zurückzuführen sind. Wenn ein historischer Hintergrund thematisiert wird, ist die Analyse häufig auf die neuere Geschichte ab dem Zerfall der *Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*⁴ im Jahr 1991 begrenzt. Selten und zumeist nur oberflächlich wird der Umstand diskutiert, dass beziehungsweise warum die östlichen Regionen der Ukraine einen von den restlichen Teilen des Landes politisch oftmals abweichenden Weg eingeschlagen haben. Die Unterschiede innerhalb der Landesgrenzen haben sich über Jahrhunderte hinweg herausgebildet und gründen auf vielfältigen Einflusssphären, die auf dem heutigen ukrainischen Staatsgebiet wirkten. All jene für Donezk⁵ spezifischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen sollen Gegenstand dieser Masterarbeit sein und sukzessive an die schlussendliche Ausrufung der unabhängigen Volksrepublik Donezk heranführen.

Die Ukraine ist ein junger Staat, zumal sie in den heute bekannten Grenzen erst seit 1954 existiert, als der damalige Parteichef der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion*,⁶ Nikita Sergeevič Chruščëv, die Halbinsel Krim mittels Schenkung an die *Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik*⁷ angliederte.⁸ „*Die Entscheidung hatte wenig politische Tragweite und diente primär dazu, die Modernisierung der Infrastruktur – Wasser, Elektrizität, Gas – über die ukrainische Festlandverbindung voranzutreiben.*“⁹

Zu diesem Zeitpunkt war die Ukraine als Sowjetrepublik noch Teil der von 1922 bis 1991 existierenden UdSSR. An eine mögliche Auflösung des Einheitsstaates und

¹ Russ. Doneckaja Narodnaja Respublika, ukr. Donec'ka Narodna Respublika.

² Ukr. Jevromajdan.

³ Ukr. Kyïv.

⁴ Kurz UdSSR oder Sowjetunion.

⁵ Mit Donezk ist jene historische Region gemeint, die sich ab 1869 rund um die Stadt Jusowka zu formieren begann und aus der in weiterer Folge die Oblast Donezk sowie die spätere Volksrepublik Donezk entstanden. Dass es sich hierbei nicht immer um gänzlich identische Territorien handelt und sich die Grenzen im Laufe der Geschichte kontinuierlich verschoben haben, soll festgehalten werden. Sofern für die kontextuelle Nachvollziehbarkeit nicht weiter relevant, werden die jeweiligen Grenzverschiebungen der Region Donezk in der vorliegenden Arbeit nicht thematisiert.

⁶ Kurz KPdSU.

⁷ Kurz USSR.

⁸ Vgl. Kerstin Jobst, Geschichte der Ukraine (2., aktualisierte Aufl., Reclams Universal-Bibliothek, Bd. 19320, Stuttgart 2015) 47.

⁹ Jutta Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg. Hinter den Frontlinien eines europäischen Konflikts (Wien 2016) 44.

den ‚Verlust‘ der Krim an ein später ukrainisches Staatsgebiet vermochte zu diesem Zeitpunkt noch niemand zu denken. Abgesehen von einer kurzen Phase der Unabhängigkeit Anfang des 20. Jahrhunderts erlangte die Ukraine diese erst wieder im Jahr 1991 mit dem Zerfall der Sowjetunion.

Den Großteil ihrer Geschichte waren die ukrainischen Teilregionen, aus denen sich das heutige ukrainische Staatsgebiet zusammensetzt, nicht geeint und stets in andere Großreiche und Staaten, unter anderem Polen-Litauen, die Habsburgermonarchie, das Osmanische Reich oder das Russische Reich, integriert. Die Teilgebiete waren somit verschiedenen, oftmals gegensätzlichen kulturellen, politischen und sozialen Prägungen ausgesetzt. Die Historikerin Kerstin Jobst nutzt in diesem Zusammenhang in ihrer *Geschichte der Ukraine* und aufgrund der eklatanten Unterschiede innerhalb der Ukraine die Pluralform ‚ukrainische Länder‘.¹⁰

Eines kann hier also vorweggenommen werden: Die Ukraine ist ein Vielvölkerstaat und ebenso komplex wie der heutige Konflikt ist auch die Geschichte des Landes. Denn es gibt nicht nur *eine* Geschichte des heutigen ukrainischen Staatsgebiets und des ukrainischen Volkes, wie es von Anhängern*innen einer ukrainischen Nationalstaatsidee propagiert wird. Obwohl häufig der Blick auf die heutige Region Donezk¹¹ allein nicht ausreichen wird, soll daher dennoch versucht werden, so oft wie möglich die parallelen Entwicklungen innerhalb sowie außerhalb des Landes auszuklammern und nur die für die Forschungsfrage relevanten Geschehnisse und Zusammenhänge wiederzugeben. Untersucht wird im Speziellen die Frage, welche historischen Begebenheiten und sozialen sowie politischen Umstände den Weg zur Ausrufung der Volksrepublik Donezk ebneten. So soll, angefangen beim Großreich der Kiewer Rus,¹² eine historische Analyse erarbeitet werden, anhand derer dargelegt wird, warum es zur Etablierung der Volksrepublik kam. Es handelt sich hierbei jedoch keineswegs um eine lückenlose Darstellung der Geschichte von Donezk oder gar der gesamten Ukraine. Vielmehr werden punktuell relevante Ereignisse ausgewählt, die lang-, mittel- und kurzfristig zur Formierung der Volksrepublik beigetragen haben. Ein zentraler abschließender Fokus dieses ersten Teils der Arbeit soll in Kapitel 6 auf den jüngeren Entwicklungen ab November 2013 liegen und den Ukraine-Konflikt thematisieren, der die Abspaltung Donezks letztendlich auslöste.

Seit ihrer Unabhängigkeit entwickelte sich die Ukraine zu einem bedeutenden strategischen Partner der Russischen Föderation einerseits sowie des sogenannten

¹⁰ Vgl. Jobst, Geschichte der Ukraine, 47.

¹¹ Russ. Doneck, ukr. Donec'k.

¹² Belaruss. Kieŭskaja Rus', russ. Kievskaja Rus', ukr. Kyïvs'ka Rus'.

,Westens¹³ andererseits. Oftmals diente sie als Pufferzone zwischen Ost und West und die Annäherung beider Interessensphären stellte beziehungsweise stellt die Ukraine immer wieder vor eine Zerreißprobe, da auch sie mit schwankender Intensität mit beiden Seiten sympathisiert. So scheint es wenig überraschend, dass auch während des Ukraine-Konflikts externe Staaten Partei ergriffen. Diese Einmischung ausländischer Interessensvertreter*innen verlagerte sich im Laufe des Konflikts von der ukrainischen Hauptstadt Kiew, wo die Proteste ihren Anfang nahmen, auf die Ostukraine, in der heute russische Hilfslieferungen die abtrünnigen Volksrepubliken am Leben erhalten und Beobachter*innen der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*¹⁴ mit einer Sonderbeobachtermission die Lage auf internationaler Ebene überwachen und dokumentieren. Verschiedene Interventionen zur Beilegung des Krieges in Donezk und Luhansk,¹⁵ der zweiten ostukrainischen Region, die kurz nach der Volksrepublik Donezk – nämlich am 28. April 2014 – ihre Unabhängigkeit verkündete, blieben bis auf Weiteres vergebens. Diese aktuelle Situation in Donezk ist Gegenstand des zweiten, kürzeren Teils der Masterarbeit in Kapitel 7. Aufgrund der Aktualität und der zum Teil noch fehlenden Literatur wird für diesen Abschnitt vermehrt auf Medienberichterstattungen zurückgegriffen. Neben der Schilderung der Lebensrealitäten der Bewohner*innen von Donezk soll vor allem die politische Lage im Vordergrund stehen. Welche Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes werden noch heute innerukrainisch und von der internationalen Staatengemeinschaft unternommen? Ist eine Befriedung der ostukrainischen Territorien in naher Zukunft wahrscheinlich oder muss zwischenzeitlich sogar von einem eingefrorenen Konflikt, wie er in zahlreichen ehemaligen Sowjetrepubliken vorzufinden ist, gesprochen werden?

Abgesehen von diesem zweiten Teil wird die Fragestellung der Masterarbeit aufgrund der historischen Auseinandersetzung hauptsächlich auf Literaturquellen basierend erarbeitet. Aktuelle Berichterstattung zu Themen der jüngeren Geschichte ergänzt hierbei die vorhandenen Quellen. Das Forschungsvorhaben ist an folgendem Vorschlag für globalgeschichtliches Arbeiten des Historikers Eric Vanhaute orientiert:

Consequently, researching, teaching and writing global history has to follow a threefold trajectory: a comparative analysis of societies and human systems, an

¹³ Die Definition der westlichen Welt variiert in der Wissenschaft je nach Kontext. Der Begriff des Westens meint in dieser Arbeit Nordamerika und Europa beziehungsweise oft konkreter die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union. Es soll angemerkt sein, dass die Verwendung der Begrifflichkeiten des globalen Westens und Ostens beziehungsweise analog des globalen Nordens und Südens eine eurozentrische Perspektive unterstützt, die in der wissenschaftlichen Forschung der Globalgeschichte hinterfragt wird. Im Sinne der besseren Lesbarkeit und um ausschweifende Umschreibungen zu vermeiden, werden diese Termini in der Arbeit dennoch gebraucht. Die kritische Betrachtung des Blickwinkels wird der Leser*innenschaft jedoch nahegelegt.

¹⁴ Kurz OSZE.

¹⁵ Russ. Lugansk, ukr. Luhans'k.

*analysis focusing on connections, interactions, and circulations between societies and human systems, and a systems-analysis, looking at societal (economic, social, cultural) structures as units of analysis.*¹⁶

Angewendet auf die Aspekte dieser Masterarbeit bedeutet dies eine Untersuchung der Bevölkerung von beziehungsweise der Region um Donezk. Um die Gründe für die Unabhängigkeitsbestrebungen zu identifizieren und um festzustellen, warum es in anderen Teilen des Landes nicht zu ähnlichen Entwicklungen kam, muss dabei stets der Vergleich mit anderen Regionen und deren Bevölkerung gezogen werden. Diese Nebeneinanderstellungen erlauben es, Beziehungen, Verbindungen oder auch Diskrepanzen – sei es auf wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Ebene – aufzudecken. Jene Feststellungen wären jedoch unvollständig, würden sie nicht innerhalb größerer Strukturen betrachtet, die fast immer über Ländergrenzen hinausgehen. Dieses sogenannte ‚Big Picture‘ entspricht dem von Vanhaute genannten gesellschaftlichen Rahmen der Systemanalyse.

Da die vorliegende Masterarbeit aufgrund der Sprachwahl vorrangig an deutschsprachige Leser*innen gerichtet ist, werden bei Eigen- und Ortsnamen die im deutschen Sprachraum verbreiteten Bezeichnungen verwendet. Aufgrund möglicher Abweichungen und um Missverständnisse hinsichtlich der deutschen Entsprechungen auszuschließen, werden fremdsprachliche Eigen- und Ortsnamen bei der Erstnennung in ihrer Originalsprache transliteriert in den Fußnoten genannt. Ist die Zuordnung von Orten zu belarussischem, russischem oder ukrainischem Territorium nicht eindeutig möglich, wird der Ortsname in mehreren Sprachen transliteriert wiedergegeben. Die Reihenfolge der Nennung ist dabei alphabetischer und keineswegs politischer Natur. Länderbezeichnungen werden in ihrer deutschen Schreibweise angeführt, da deren Kenntnis und eine eindeutige Zuordnung von einer deutschsprachigen Leser*innenschaft vorausgesetzt werden kann. Sollte es nötig sein, beispielsweise aufgrund der Nachvollziehbarkeit von Abbreviaturen oder historischen Gebieten, werden Länderbezeichnungen gleich wie Eigen- und Ortsnamen behandelt und bei Erstnennung in der Originalsprache transliteriert in den Fußnoten angegeben. Belarussische, russische und ukrainische Personen werden aufgrund des traditionellen Stellenwerts des Vatersnamens im osteuropäischen Raum bei ihrer Erstnennung mit Vor-, Vaters- und Nachnamen angeführt. Danach wird aus praktischen Gründen auf Vor- und Vatersnamen verzichtet.¹⁷ Mitglieder von Adelsfamilien werden nach der

¹⁶ Eric Vanhaute, Who is afraid of global history? Ambitions, pitfalls and limits of learning global history. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 20:2 (2009) 22–39, hier 25.

¹⁷ Diese Vorgehensweise widerspricht der Verwendung von Personennamen im ostslawischen Sprachraum, wo Personen üblicherweise mit ihrem Vor- und Vatersnamen angesprochen werden und der Nachname vernachlässigt wird.

vollständigen Erstnennung ihres Namens mit ihrem Vornamen und ihrer zugewiesenen Ordinalzahl bezeichnet – soweit diese Nummerierung bereits Verwendung fand. Wie bei der Wiedergabe der Eigen- und Ortsnamen in ihrer Originalsprache bei Erstnennung werden Personennamen die gesamte Arbeit hindurch der offiziellen wissenschaftlichen Transliteration entsprechend angeführt, da deren deutsche Schreibweise häufig nicht nachvollziehbare Unregelmäßigkeiten aufweist. Die Nationalität der jeweiligen Person ist ausschlaggebend für die Wahl der belarussischen, russischen oder ukrainischen Transliteration. Zur Vollständigkeit befinden sich Anleitungen zur wissenschaftlichen Transliteration des belarussisch-kyrillischen, russisch-kyrillischen sowie des ukrainisch-kyrillischen Alphabets in die lateinische Schrift im Anhang dieser Arbeit unter Kapitel 10.4.

Um die sprachliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu gewährleisten, wird in dieser Arbeit unter Verwendung eines Asterisks zwischen der maskulinen und femininen Schreibweise eines Wortes gegedert, wobei die vollständige männliche Form angeführt und nicht durch den Zusatz der weiblichen Variation verkürzt wird. Der Gebrauch des Asterisks soll zudem ausdrücklich alle weiteren Personen inkludieren, die sich in einer anderen Geschlechtsidentität zwischen oder außerhalb von Weiblichkeit und Männlichkeit verorten.

2 Von den Anfängen in der Kiewer Rus

Obwohl die Gründung der Stadt Donezk nicht eher als 1869 stattfand und somit die unmittelbare Geschichte der Region Donezk erst ab diesem Zeitpunkt betrachtet werden kann, muss zum besseren Verständnis der aktuellen Gegebenheiten weiter ausgeholt werden – und zwar bis zur Gründung des späteren Großfürstentums der Kiewer Rus. Denn mit der Entstehung dieses Großreichs beginnt auch die fortan gemeinsame, verflochtene Geschichte der drei dominierenden ostslawischen Völker¹⁸ der Belarussen*innen, Russen*innen und Ukrainer*innen, die allesamt aus der Kiewer Rus hervorgingen. Die Tragweite dieser vielschichtigen Beziehungen wird sich in unregelmäßigen Abständen auch in der Region Donezk – obwohl zu diesem Zeitpunkt weder von diesem Territorium noch von seiner Rolle im späteren ukrainischen Staat die Rede sein kann – erschließen und kann daher im Zuge dieser historischen Analyse nicht vernachlässigt werden.

2.1 Die Kiewer Rus als Ursprung der Ostslawen*innen

Unter dem Regenten Oleg I. Veščij, der dem aus Skandinavien stammenden Adelsgeschlecht der Rjurikiden¹⁹ angehörte, erfolgte im 9. Jahrhundert durch die Zusammenlegung der Ballungsräume Nowgorod²⁰ und Kiew die Gründung des ostslawischen Großreichs. Kiew etablierte sich rasch zum kulturellen und politischen Zentrum des Großfürstentums und prägte auch dessen Namen. Die Kiewer Rus existierte bis ins 13. Jahrhundert und war zuweilen eines der größten und bedeutendsten europäischen Reiche seiner Zeit. Aufgrund der strategisch günstigen Lage inmitten anderer Großreiche florierten der Handel und gleichermaßen die restliche Wirtschaft.²¹

Die Kiewer Rus wird als Wiege der ostslawischen Völker angesehen, das territoriale Kiewer Reich parallel dazu als Vorläufer der späteren Staaten Belarus, Russland und der Ukraine. Anspruchserhebungen über die rechtmäßige Nachfolge des Kiewer Reichs wurden seither primär seitens der Russischen Föderation und der Ukraine gestellt. Russland argumentiert unter anderem mit der politischen Kontinuität, da sich im Verlauf der Geschichte das Zentrum der Kiewer Rus von Kiew nach Moskau²² verlagerte und aus diesem Drehpunkt das Moskauer Reich hervorging. Letzteres gilt wiederum als Vorgänger des späteren russischen Staates, dessen

¹⁸ Die slawischen Völker werden gemeinhin in Ostslawen*innen, Südslawen*innen und Westslawen*innen unterteilt.

¹⁹ Belaruss. Rurykavičy, russ. Rjurikoviči, ukr. Rjurykovyci.

²⁰ Russ. Novgorod.

²¹ Vgl. Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine (5., überarbeitete und aktualisierte Aufl., München 2019) 29–32.

²² Russ. Moskva.

Hauptstadt Moskau heute bekanntlich ist. Die Ukraine beruft sich demgegenüber auf die territoriale Kontinuität, da das ursprüngliche Zentrum der Kiewer Rus auch die heutige Hauptstadt des ukrainischen Staates stellt. Dieser ‚Erbstreit‘ ist bis dato nicht beigelegt und wird zuweilen noch heute für politische Zwecke instrumentalisiert.²³ Zugleich wird andererseits mit dem gemeinsamen Ursprung der Ostslawen*innen im Kiewer Reich das Narrativ der ethnischen Zusammengehörigkeit der Belarussen*innen, Russen*innen und Ukrainer*innen geschaffen,²⁴ dessen sich vorwiegend das Russische Reich und später die Sowjetunion im Zuge der kontinuierlichen Expansionsbestrebungen regelmäßig bedienten, um damit die sogenannte ‚Sammlung russischer Erde‘²⁵ zu rechtfertigen.

In der Zeitspanne bis ins 16. Jahrhundert folgten dem Kiewer Reich in den heute ukrainischen Gegenden das Fürstentum Galizien-Wolhynien, das Fürstentum Litauen und darauf die Personalunion Polen-Litauen. Wie auch die Kiewer Rus umfassten diese Reiche, neben etlichen anderen europäischen Regionen, vorwiegend die nördlichen und westlichen Teile des späteren ukrainischen Staates. Diese Regionen konnten daher bereits auf eine mehrere Jahrhunderte andauernde gemeinsame Geschichte europäischer Prägung zurückblicken, mit der sich östlichere beziehungsweise südlichere Gegenden der heutigen Ukraine nicht identifizieren können, wie zum Beispiel die Polonisierung oder die Katholisierung des ukrainischen Adels.²⁶

In der Steppenzone der heutigen Ostukraine,²⁷ dem sogenannten ‚Wilden Feld‘, herrschten währenddessen noch ungeordnetere Verhältnisse vor. Dort traten ab dem 15. Jahrhundert Reiter*innenvölker – weitestgehend tatarischer Abstammung – in Erscheinung, genannt Kosaken*innen. Ihnen schlossen sich etliche Ostslawen*innen an, die sich mit den etablierten Lebens- und Herrschaftsformen der bestehenden Reiche nicht arrangieren wollten. Vom Russischen Reich wurden die Kosaken*innen geduldet, da sie in den Grenzregionen etwaige Angriffe feindlicher Völker abfingen. Die

²³ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 34–40.

²⁴ In diesem Zusammenhang kam es auch zu einer sprachenpolitischen Debatte. Zum einen gibt es Vertreter*innen jener Einschätzung, die das Russische und das Ukrainische aufgrund ihres gemeinsamen Ursprungs als gleichwertige Sprachen betrachten, die sich unterschiedlich, jedoch parallel entwickelt haben. Zum anderen sprechen Vertreter*innen, die von der Überlegenheit des russischen Geschlechts überzeugt sind, dem Ukrainischen seinen Stellenwert als eigenständige Sprache ab und verorten allenfalls einen russischen Dialekt mit polnischen Elementen.

²⁵ Dieser charakteristische Ausdruck geht auf die Expansionsbestrebungen des Großfürsten von Moskau Ivan III. Vasil'evič Velikij im 15. Jahrhundert zurück. Aufgrund seiner wiederkehrenden Aktualität wird er zuweilen noch heute als metaphorische Redewendung – zumeist mit ironischer Konnotation – gebraucht.

²⁶ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 41–48.

²⁷ Wenn in dieser Arbeit ein historischer Bezug zur Ostukraine gemacht wird, wird von den aktuellen Grenzen der östlichen Ukraine ausgegangen. Die tatsächliche Begrifflichkeit der jeweiligen vorangegangenen Periode für die Ostukraine zu verwenden, wäre unnötig ausufernd.

Kosaken*innen siedelten zumeist an größeren Flüssen wie dem Dnepr und dem Don²⁸ und errichteten mit ihren eigenen Herrschaftsstrukturen das von 1648 bis 1782 bestehende *Hetmanat*,²⁹ das für viele Ukrainer*innen bis heute identitätsstiftend ist.³⁰ Zum Teil wird mit dieser Episode der ukrainisch-kosakischen Geschichte der Hang zu Freiheit und Autonomie sowie die Ablehnung einer zentralistischen Regierungsform dieser Regionen erklärt.

2.2 Großrussland und Kleinrussland

Die Bevölkerung der Kiewer Rus wurde gemeinhin in der Bezeichnung ‚Rus‘³¹ zusammengefasst. Aufgrund der Befangenheit, die mit diesem Begriff einhergeht, erfolgte in der Sprachwissenschaft ab dem 19. Jahrhundert eine Verständigung auf den neutraleren Terminus der Ostslawen*innen.³² Wie bereits bekannt, zählen die Ethnien der Belarussen*innen, Russen*innen, Ukrainer*innen und etlicher kleinerer Gemeinschaften,³³ die aus dieser historischen Region hervorgingen, zu den ostslawischen Völkern. Angesichts der Ähnlichkeit der Wortstämme wurde Rus jedoch lange ausschließlich mit dem Volk der Russen*innen assoziiert. „In der Geschichtswissenschaft ist denn auch der Begriff ‚Rus‘ lange mit ‚Russland‘ übersetzt und damit eine Kontinuität der alten Rus‘ bis zum modernen Russland konstruiert worden.“³⁴

Aus wissenschaftlicher Perspektive wird die Deckungsgleichheit der Ethnien der Rus und der Russen*innen abgelehnt, da die Russen*innen, wie geschildert, nur einen Teil der Rus darstellten.³⁵ Diese – wenn auch fälschliche – Legitimation durch Begrifflichkeiten bestärkte Russland auch nach außen hin in seiner Rolle als rechtmäßiger, weil beinahe namensgleicher Erbe des Kiewer Reichs.

Gestützt wurden die Überlegenheitstendenzen Russlands zudem durch die historischen Termini ‚Kleinrussland‘³⁶ und ‚Großrussland‘³⁷ die teilweise auch heute

²⁸ Flüsse waren häufig namensgebend für Untergruppen der Kosaken*innen, beispielsweise für die Donkosaken*innen.

²⁹ Ukr. Het'manščyna.

³⁰ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 54–71.

³¹ Belaruss. Rus', russ. Rus', ukr. Rus'.

³² Vgl. Andreas Kappeler, Russland und die Ukraine. Verflochtene Biographien und Geschichten (Wien/Köln/Weimar 2012) 18.

³³ Zu nennen wäre hier beispielsweise das Volk der Russinen*innen, das vorwiegend in der Karpatenukraine beheimatet ist.

³⁴ Kappeler, Russland und die Ukraine, 18.

³⁵ Vgl. ebenda, 18–19.

³⁶ Ukr. Mala Rus'.

³⁷ Russ. Velikaja Rus'.

noch synonym für die Ukraine und Russland gebraucht werden.³⁸ Den beiden Begriffen liegt historisch gesehen jedoch eine ausschließlich sakral-geografische Bedeutung zugrunde. So wurden die Fürstentümer von Kiew und Halytsch³⁹ zu Kleinrussland zusammengefasst, da sie die inneren Regionen rund um das Zentrum der Kiewer Rus umfassten. Die Fürstentümer Wladimir⁴⁰ und Moskau wiesen hingegen eine größere Distanz zu Kiew auf und wurden deshalb als Großrussland bezeichnet. Die inneren Regionen, das heißt Kleinrussland, umfassten somit Gebiete der späteren Ukraine, die äußeren Regionen, das heißt Großrussland, Gebiete der späteren Russischen Föderation. Der Begriff Kleinrusse*in wurde ab dem 16. Jahrhundert erneut von in Polen-Litauen lebenden Ukrainern*innen aufgegriffen und der Gebrauch ab dem 17. Jahrhundert vom Moskauer Reich für die dort ansässige ukrainische Bevölkerung fortgesetzt. Bis zum Ende des 19. beziehungsweise Anfang des 20. Jahrhunderts wurde Kleinrusse*in als offizielle Bezeichnung für die ukrainische Bevölkerung im Russischen Reich verwendet.⁴¹ „Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts erhielt der Begriff ‚Kleinrussland‘ zunehmend die negative Konnotation des ‚kleinen‘ Russlands, das dem großen Russland untergeordnet ist.“⁴²

Um sich von dieser Assoziation loszulösen, wurde der Begriff Kleinrussland durch die Bezeichnung ‚Ukraine‘ ersetzt „und damit die Gemeinschaft der drei Zweige der ‚all-russischen Nation‘ in Frage“⁴³ gestellt. Der Begriff Ukrainer*in war im Russischen Zarenreich verpönt, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sogar verboten.⁴⁴ Dieses Verbot steht in Zusammenhang mit der im 19. Jahrhundert den europäischen Kontinent prägenden Idee des Nationalismus. Aus etlichen Großreichen formten sich allmählich eigenständige, sogenannte ‚Nationalstaaten‘,⁴⁵ die die Auflösung dieser Reiche einleiteten. Das Russische Reich mit seinen zahlreichen, multiethnischen Völkern versuchte mit restriktiven Maßnahmen ähnliche Tendenzen nationalistischer Natur im eigenen Land zu unterbinden, um den Zerfall des Großreiches abzuwenden.

³⁸ Oftmals ist in der Literatur und der Medienberichterstattung auch – angelehnt an das enge Verhältnis der Ukraine und Russlands – vom ‚kleinen‘ und ‚großen Bruder‘ oder auch von der ‚kleinen Schwester‘ und dem ‚großen Bruder‘ die Rede.

³⁹ Ukr. Halyč.

⁴⁰ Russ. Wladimir.

⁴¹ Vgl. Kappeler, Russland und die Ukraine, 19–21.

⁴² Ebenda, 20.

⁴³ Andreas Kappeler, Ukrainische und russische Nation: Ein asymmetrisches Verhältnis. In: Andreas Kappeler (Hg.), Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung (Köln/Weimar/Wien 2011) 191–201, hier 193.

⁴⁴ Vgl. ebenda, 192–193.

⁴⁵ Die Frage der Nation und ihrer Legitimation ist Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion und ihr kann, wie auch der Frage nach der Existenz und Definition von Nationalstaaten, im Rahmen dieser Arbeit nicht nachgegangen werden.

Der Ländername der Ukraine leitet sich von der altslawischen Bezeichnung *Ukraïna* für ‚Grenzland‘ und ‚Militärgrenze‘ ab und wurde für die südlichen Grenzgebiete der Kiewer Rus entlang der Steppenzone verwendet. Der Begriff Ukraine wird seit dem 16. Jahrhundert aktiv verwendet, die erste schriftliche Erwähnung fand er bereits im 12. und 13. Jahrhundert.⁴⁶ Jedoch wurde er in den unterschiedlichen Quellen für verschiedene Teilregionen der heutigen Ukraine gebraucht. Erst die ukrainische Nationalbewegung im 19. Jahrhundert forcierte seine Verwendung und „setzte sich das Ziel, die Begriffe Ukrainer und Ukraine als Bezeichnung der imaginierten ethnischen Nation und des von ihr bewohnten Territoriums durchzusetzen.“⁴⁷ Die Etablierung der Begrifflichkeiten markiert die allmähliche Loslösung von der Assoziation mit Russland und den Weg in Richtung Eigenständigkeit. Wie so oft in ihrer Geschichte orientierte sich die Ukraine an europäischen Narrativen, hier an den charakteristischen Prozessen der Nationenbildung des 19. Jahrhunderts.

Zum Begriff Kleinrussland kam ab dem Ende des 18. Jahrhunderts überdies die geografische Bezeichnung ‚Neurussland‘⁴⁸ hinzu, mit der jene Regionen nördlich des Schwarzen Meeres gemeint sind, die vom Russischen Zarenreich erobert und eingegliedert wurden.⁴⁹ Das historische Neurussland umfasste die heutige Südukraine sowie Teile der Ostukraine und Südrusslands. Auf dieses historische Territorium beriefen sich auch die Volksrepubliken Donezk und Luhansk im Frühjahr 2014, als sie den *Föderativen Staat Neurussland*⁵⁰ ausriefen, dessen Fortsetzung jedoch wenig später aufgrund der fehlenden Kooperationsbereitschaft der beiden Volksrepubliken nicht weiterverfolgt wurde.⁵¹

Wie häufig in territorialen Konflikten – hier in der Ostukraine – ist die historische Kontinuität ein zentrales Element, um die Zugehörigkeit einer Region zu rechtfertigen. Auch die Russische Föderation bediente sich dieser Kontinuität und verteidigte mit ihr das – anfänglich noch dementierte – Eingreifen in die Ostukraine. Da die Ostukraine zeitlich viel länger russischem als ukrainischem Staatsgebiet eingegliedert war, sollte sie nicht widerstandslos der nunmehr westlichen Einflusssphäre, zu der sich die Ukraine nach den *Euromaidan*-Ereignissen hinbewegte,

⁴⁶ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 21.

⁴⁷ Kappeler, Russland und die Ukraine, 21.

⁴⁸ Russ. Novorossija, ukr. Novorosija.

⁴⁹ Vgl. Kappeler, Russland und die Ukraine, 20–21.

⁵⁰ Russ. Federativnoe Gosudarstvo Novorossija, ukr. Federatyvna Deržava Novorosija.

⁵¹ Diese Tatsache hindert den russischen Präsidenten Vladimir Vladimirovič Putin nicht daran, im Zusammenhang mit der Ostukraine ab 2014 vermehrt den Begriff Neurussland als Zeichen der Zugehörigkeit zur Russischen Föderation in seine Rhetorik aufzunehmen. Der Begriff wird auch von den Separatisten*innen für die eroberten Gebiete gebraucht.

überlassen werden. Der Mythos, der rechtmäßige und einzige Nachfolger der Kiewer Rus zu sein und als solcher über eine Entscheidungsmacht in den anderen Nachfolgestaaten zu verfügen,⁵² erklärt darüber hinaus zum Teil das oftmals dominante Verhalten der Russischen Föderation in der Folgezeit. Die Russischen Großreiche sowie die Sowjetunion, in denen das russische Volk stets die Hegemonialmacht darstellte, verstärkten das hierarchische Gefälle zwischen Russen*innen und den übrigen Binnenethnien, das in der Kiewer Rus seinen Ursprung nahm. Eroberungszüge und territoriale Ansprüche machten den heute geografisch größten Staat der Erde erst möglich.

Der Relevanz dieser historischen Rahmenbedingungen für die spätere Entwicklung der russisch-ukrainischen Beziehungen und konkreter für den Konflikt in Donezk muss eine maßgebliche Bedeutung beigemessen werden. Sie dienen als Fundament für jede weitere Analyse der Folgekapitel dieser Arbeit, auch aus dem Grund, dass sich die Russische Föderation – im Vergleich zu westeuropäischen Traditionen – unverhältnismäßig oft durch historische Ereignisse definiert und diese als Instrument ihrer Innen- und Außenpolitik einsetzt. Bei offiziellen Anlässen von Staatsrepräsentanten*innen, allen voran bei jenen Putins, nehmen die historische Erinnerung und Legitimation einen erheblichen Raum ein.⁵³

⁵² Dieses Narrativ wird analog auch nach dem Zerfall der UdSSR von der Russischen Föderation bedient.

⁵³ Andrej Kolesnikov, Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes. In: Osteuropa. Kardiogramm: Anamnese des Putinismus 70:6 (2020) 3–28, hier 3–4.

3 Die Gründung von Donezk

Das heute als Donbass⁵⁴ bekannte Gebiet war seit dem 17. Jahrhundert Teil des Moskauer Reichs. Mit der Entdeckung der Kohlevorkommen in der Region im 18. Jahrhundert wurden in Folge erste Bergwerke errichtet.⁵⁵ Im 19. Jahrhundert kam es unter Zar Aleksandr II. Nikolaevič Romanov zu Modernisierungstendenzen und weitreichenden Reformen im Russischen Reich, die sowohl die staatlichen Strukturen als auch die privaten Lebensbereiche der Bevölkerung betrafen.⁵⁶ Im Zuge dieser sogenannten *Großen Reformen* sollte nach europäischem Vorbild auch die Industrialisierung im eigenen Land vorangetrieben werden. Ziel einer dementsprechenden Maßnahme war es, die nicht permanent besiedelten Flächen in den Grenzregionen des Russischen Zarenreiches zu erschließen.⁵⁷ Nachdem er sich bei vorangegangen Neuerungen bereits an westlichen Vorgehensweisen orientiert hatte, wandte Aleksandr II. sich auch in dieser Angelegenheit an ausländische Experten*innen, insbesondere an den walisischen Geschäftsmann John Hughes. Dieser hatte sich bereits als „erfolgreicher Ingenieur und Unternehmer“⁵⁸ im Vereinigten Königreich einen Namen gemacht und bat den Zaren um ein Stück Land in der damals noch unerschlossenen Steppenzone, dem heutigen Donbass.⁵⁹ Hughes erkannte das Potenzial und die außerordentliche Lage des Donezbeckens für industrielle Zwecke⁶⁰ und unterbreitete Aleksandr II. einen Plan zur wirtschaftlichen Erschließung der Region. 1869 erwarb Hughes das Gebiet und gründete die „Neurussische Gesellschaft für Kohlenbergbau, Eisen- und Schienenproduktion“,⁶¹ weshalb dieses Jahr heute als Gründungsjahr der Stadt Donezk angeführt wird. Ein Jahr später, im Sommer 1870, und nach einigen Monaten der logistischen Vorbereitung machte Hughes sich auf den Weg in die kaum bewohnte Steppenzone am südwestlichen Rande des Russischen Reiches und legte mit der Errichtung seiner metallurgischen Fabrik den Grundstein für die

⁵⁴ Der Donbass mit seinem Zentrum Donezk umfasst heute Teile der ukrainischen Oblaste Donezk, Luhansk und Dnipropetrowsk (ukr. Dnipropetrovs'k) sowie westliche Teile der russischen Oblast Rostow (russ. Rostow).

⁵⁵ Vgl. Kerstin Zimmer, Machteliten im ukrainischen Donbass. Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion (Gesellschaftliche Transformationen, Bd. 12, Berlin 2006) 63–64.

⁵⁶ Auf seine Initiative wurde beispielsweise die Leibeigenschaft abgeschafft, was ihm noch zu Lebzeiten den Beinamen ‚Zar-Befreier‘ einbrachte.

⁵⁷ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 124–128.

⁵⁸ Tanja Penter, Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953 (Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 8, Essen 2010) 23.

⁵⁹ Russ. Donbass, ukr. Donbas.

⁶⁰ Die industrielle Verwendung war insofern ein Novum, als die Regionen der heutigen Ukraine aufgrund ihres fruchtbaren Schwarzerdebodens vorwiegend für die Landwirtschaft genutzt wurden.

⁶¹ Penter, Kohle für Stalin und Hitler, 23.

spätere Industrieregion am Donbass.⁶² Begleitet wurde Hughes von hundert auf acht Schiffen mitgebrachten Fachkräften, die unter seiner Führung die hohen Steinkohlevorkommen erschließen sollten. Im April 1871 war der Bau des Metallwerkes abgeschlossen, um das in der Folgezeit die nach ihrem Begründer Hughes benannte Arbeitersiedlung Jusowka⁶³ entstand. Die Bezeichnung leitet sich von der russischen beziehungsweise ukrainischen Schreibweise „Juz“⁶⁴ für den Namen Hughes ab und bedeutet wörtlich „die Stadt von Hughes“. Mit Jusowka wurde ein „Industriedorf im Niemandsland“⁶⁶ geschaffen, das in seinen späteren Bezeichnungen Stalino⁶⁷ und Donezk eine der bedeutendsten Industriestädte der Sowjetunion beziehungsweise Russlands und der Ukraine werden sollte.⁶⁸

*Ende des 19. Jahrhunderts war Hughes' Stahlwerk [. . .] das größte im Zarenreich. Aus den Industriebetrieben des Donbass bezog das russische Reich mehr als 80 Prozent seiner Kohle und 50 Prozent seines Eisens.*⁶⁹

Der Historiker Andreas Kappeler assoziiert die Termini ‚Freiheit‘ und ‚Gewalt‘ mit dem Donbass:

*In der neu erschlossenen, schwer kontrollierbaren «wilden Steppe» verbanden sich Freiheit und Gewalt zu einer explosiven Mischung, die die Geschichte des Donbass in der Folge prägte.*⁷⁰

Auch von Hiroaki Kuromiya wurde die Region ähnlich charakterisiert. Die Freiheit, die durch die geografisch weite Entfernung von den Machtmetropolen Kiew und Moskau bedingt war, erforderte eine besondere Strenge der Regierenden, um ihre Interessen und vor allem den Gehorsam in der abgelegenen Bevölkerung durchzusetzen. Mit Freiheit ist aber auch die weitläufige Steppe gemeint, die vor, während und nach Bestehen des Kosaken*innen-Hetmanats zum Teil als Auffangbecken für Abenteurer*innen und Aussteiger*innen diente. Auch das Moskauer Reich ging dazu über, Kriminelle oder anderweitig unerwünschte Bevölkerung in den Donbass, das damals dünn besiedelte

⁶² Die Bezeichnung ist ein Akronym der russischen beziehungsweise ukrainischen Schreibweise für das Donezbecken, die „Doneckij bassejn“ beziehungsweise „Donec'kyj basejn“ lautet. Der Donbass und das Donezbecken beschreiben somit das gleiche Territorium und werden in dieser Arbeit daher auch synonym gebraucht.

⁶³ Russ. Juzovka, ukr. Juzivka.

⁶⁴ Wie den Transliterationstabellen in Kapitel 10.4 zu entnehmen ist, verfügt das russische – im Gegensatz zum ukrainischen – Alphabet nicht über den Buchstaben ‚H‘, was bei fremdsprachigen Bezeichnungen Umschreibungen des Buchstabens notwendig macht.

⁶⁵ Vgl. Jutta Sommerbauer, Geburt des Donbass: Ein "wildes Feld" für Magnaten und Sowjets. In: Die Presse, 25.07.2015, online unter <<https://www.diepresse.com/4784690/geburt-des-donbass-ein-wildes-feld-fuer-magnaten-und-sowjets>> (23.11.2021).

⁶⁶ Andreas Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten. In: Neue Zürcher Zeitung, 25.06.2014, online unter <<https://www.nzz.ch/international/europa/die-kinder-des-sowjetkommunismus-fuehlen-sich-verraten-1.18329436>> (21.11.2021).

⁶⁷ Russ. und ukr. Stalino.

⁶⁸ Vgl. Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

⁶⁹ Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg, 27.

⁷⁰ Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

Randgebiet, auszusiedeln. Diese potenzielle Gewaltansammlung und anarchistische Gesinnung veranlassten den Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Iosif Vissarionovič Džugašvili – besser bekannt unter seinem Pseudonym *Stalin* – dazu, der Bevölkerung im Donbass besonders zu misstrauen. Der Donbass war in Folge eine der vom sogenannten *Großen Terror* der 1930er Jahre und seinen Säuberungen am stärksten betroffenen Regionen der Sowjetunion.⁷¹

Die voranschreitende Industrialisierung im gesamten Russischen Reich erhöhte zugleich auch die Nachfrage nach Steinkohle. Um den Produktionssteigerungen nachzukommen, wurden aufgrund der dünnen Besiedlung vermehrt externe Arbeiter*innen nach Jusowka rekrutiert. „*1870 lebten 164 Menschen in dem Ort; eine Dekade später 4000.*“⁷² Die meisten von ihnen stammten aus Siedlungen Süd- und Zentralrusslands, wo gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine hohe Arbeitslosigkeit vorherrschte. Die neuen Arbeiter*innen siedelten daher meist bereitwillig in die Donbass-Region, von der sie sich aufgrund der boomenden Industrie eine sichere Anstellung versprachen.⁷³ Zudem stand Jusowka als Teil des Russischen Reiches unter dem Schutz des Zaren, was den Siedelnden eine weitere Sicherheit vermittelte. Diese frühe Niederlassung russischer Arbeiter*innen begründet die bis heute russischsprachige Mehrheitsbevölkerung in Donezk und in weiteren Städten der Industrieregionen der heutigen Ostukraine, denen ähnliche demografische Entwicklungen widerfahren sind.

Bis 1913 wuchs die Bevölkerung von Jusowka auf 43 000 Einwohner*innen, Ukrainer*innen stellten jedoch die Minderheit dar.⁷⁴ Wie es in der ukrainischen Bevölkerung Tradition war, präferierte sie es, sich in ländlicheren Regionen niederzulassen und von der Agrarwirtschaft zu leben. Auf der Suche nach neuen Arbeitern*innen wurden dennoch auch die geografisch naheliegenden ukrainischen Bewohner*innen von den Industriellen in Betracht gezogen. Diese lehnten jedoch zu großen Teilen den industriellen Lebensstil und das Arbeiten in Bergwerken und unter der Erde ab. Nicht nur niedrige, sondern auch leitende Positionen wurden deshalb hauptsächlich von Nichtukrainern*innen besetzt. Daher waren es in größeren Städten und in den Industrieregionen des Donezbeckens vorwiegend Russen*innen und Staatsbürger*innen anderer Länder, die sich professionell etablierten und die Geschicke

⁷¹ Vgl. Hiroaki Kuromiya, *Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland, 1870s–1990s* (Cambridge 1998) 1–2.

⁷² Sommerbauer, *Geburt des Donbass*.

⁷³ Vgl. Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 128–129.

⁷⁴ Vgl. Kappeler, *Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten*.

lenkten, so auch in Jusowka.⁷⁵ Tanja Penter nennt in ihrem Buch Nationalitäten, die im 19. Jahrhundert nicht nur die Wirtschaft des Donezbeckens mitdominierten, sondern auch auf globaler Ebene den damals florierenden Imperialismus forcierten und für sich nutzten:

*Die Mehrheit der Kohleunternehmen im Donbass wurde mit ausländischem Kapital und Know How [sic] aufgebaut, und auch der Großteil der Schwerindustrieunternehmen des Donbass befand sich in der Hand zumeist englischer, belgischer und französischer Unternehmen.*⁷⁶

Die Abgrenzung der bäuerlich-ukrainischen zur industriell-russischen Bevölkerung erfährt hier ein entscheidendes Momentum. Die Modernisierung und die Industrialisierung berührten aus den oben genannten Gründen weite Teile der ukrainischen Population überhaupt nicht, die Agrarwirtschaft verblieb lange Zeit ohne nennenswerte Veränderungen, da von staatlicher Seite nicht in den agrarischen Sektor investiert wurde. Hierauf gründet das später oft von russischer Seite verwendete Narrativ der Rückständigkeit der Ukrainer*innen. Diese mehrheitliche Zurückweisung industrieller Tätigkeiten der ukrainischen Bevölkerung und die Ablehnung gegenüber den vom Russischen Reich initiierten Maßnahmen wurden vom russischen Zaren beanstandet. Er reagierte auf die Differenzierung mit einer repressiven Politik, die das Entstehen von Separationsbestrebungen und einer ukrainischen Nationalbewegung verhindern sollte. So wurden beispielsweise der Druck ukrainischer Schriften und der Unterricht in ukrainischer Sprache verboten. Dem Ukrainischen wurde der Anspruch darauf, eine eigene Sprache zu sein, genommen und es wurde auf einen Dialekt der russischen Sprache mit polnischen Elementen herabgesetzt. Da zumeist die Landbevölkerung Ukrainisch sprach, wurde die Sprache als bäuerlich und verdorben diffamiert. Mit dem *Emser Erlass*⁷⁷ beschloss Aleksandr II. 1863 zudem das Verbot jeglicher ukrainischer Publikationen.⁷⁸

Mit der Schaffung der nötigen Infrastruktur wurde das Donezbecken „*in wenigen Jahrzehnten zum wichtigsten Schwerindustriegebiet im Zarenreich*“.⁷⁹ Entscheidend hierfür war die Errichtung eines Eisenbahnnetzes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das die bedeutendsten Siedlungen des Donezbeckens miteinander beziehungsweise mit anderen Knotenpunkten des Russischen Reiches verband. So

⁷⁵ Vgl. Charters Wynn, Workers, Strikes, and Pogroms. The Donbass-Dnepr Bend in Late Imperial Russia, 1870–1905 (Princeton 1992) 41.

⁷⁶ Penter, Kohle für Stalin und Hitler, 24.

⁷⁷ Namensgebend war die deutsche Stadt Bad Ems, in der der Erlass unterzeichnet wurde. Der Erlass wird im kollektiven Gedächtnis der Ukrainer*innen als ganzheitliche Unterdrückung des ukrainischen Volkes – im Speziellen der ukrainischen Kultur – im Russischen Zarenreich verstanden.

⁷⁸ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 129–135.

⁷⁹ Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

konnte neben dem Transport über das Schwarze und das Asowsche Meer auch die Verbindung über den Landweg hergestellt werden.⁸⁰ Die industrielle und gemeinhin wirtschaftliche Bedeutung Donezks für das Russische Reich muss an dieser Stelle hervorgehoben werden. Zwar entstanden in Sowjetzeiten etliche weitere bedeutsame Industrieregionen, die aufgrund ihrer späteren Errichtung moderner und effizienter waren, beispielsweise das Kuzbass⁸¹ in Sibirien, die Industrieregion Donbass war für vorsowjetische Zeiten aber unikal.

Der wirtschaftliche Erfolg hatte jedoch auch seine Kehrseiten. Neben den schlechten und teilweise lebensbedrohlichen Arbeitsbedingungen – regelmäßig kam es in den Werken zu Unglücken – lebte die Arbeiterschaft in Jusowka, besonders die Arbeiter*innen in den Bergwerken, in dürftigen Wohnsituationen. Der anfängliche Mangel an Unterkünften zwang viele, in „selbstgebauten Erdhütten, den sogenannten ‚zemljanki‘“⁸² auf engstem Raum zu wohnen. Die Luft war durch die unkontrollierten Emissionen der Werke verschmutzt und die Ausbreitung von Krankheiten wurde durch das Fehlen sanitärer Anlagen beziehungsweise jeglicher anderer Hygienemaßnahmen begünstigt. Jusowka wurde als reine Arbeiterstadt errichtet, ein kulturelles und öffentliches Leben fand lange Zeit nicht statt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung, die sich in „einer Zunahme von öffentlicher Gesundheitsversorgung und Bildungsmöglichkeiten sowie in ersten kulturellen Einrichtungen wie Theatern, Bibliotheken und Konzerthallen“⁸³ zeigte.⁸⁴

Erst im Jahr 1917 erhielt Jusowka seine Stadtrechte, davor kann nur von dorfähnlichen, formlosen Siedlungen die Rede sein. Bedingt war das Fehlen stadtähnlicher Strukturen auch dadurch, dass die Industriedörfer des Donbass von den dort ansässigen Unternehmen kontrolliert wurden. Die Etablierung einer eigenständigen Stadtverwaltung und politische Partizipation der Bevölkerung standen nicht auf der Prioritätenliste der Großindustriellen und wurden aus strategischen Gründen so gut es ging unterbunden. Die Bevölkerung des Donbass wurde somit zu politischer Passivität erzogen. Auch wenn diese Unternehmer*innen offiziell Ministerien des Russischen Reiches unterstanden, hatten sie doch weitestgehend freie Hand über die Donbass-Region und deren Bevölkerung.

⁸⁰ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 127.

⁸¹ Russ. Kuzbass, Akronym von russ. Kuzneckij bassejn.

⁸² Penter, Kohle für Stalin und Hitler, 24.

⁸³ Ebenda, 25–26.

⁸⁴ Vgl. ebenda, 24–26.

*Patrone – einst Hughes, in der Sowjetzeit die so genannten ‚Roten Direktoren‘ – waren in diesem System die Garanten für das Wohl der Bevölkerung. Das Schicksal der Arbeiter war an das Schicksal der Betriebe geknüpft.*⁸⁵

Diese Strukturen der Machtausübung einiger weniger, dafür mächtiger Industrieller sollte im Donezbecken beibehalten werden. Die Donezker Eliten, wie der ab 1991 agierende und durchaus berüchtigte *Donezker Clan*,⁸⁶ konnten aufgrund ihrer Beziehungen und ihres Reichtums fallweise auch Einfluss auf das politische Geschehen in der Hauptstadt Kiew nehmen.⁸⁷ Im weiteren Verlauf der Arbeit werden diese Donezker Machenschaften zum Teil noch eine Rolle spielen – auch im direkten Zusammenhang mit der Ausrufung der Volksrepublik Donezk.⁸⁸

⁸⁵ Sommerbauer, Geburt des Donbass.

⁸⁶ Zu schnellem Reichtum gelangten die sogenannten Oligarchen*innen – darunter auch jene des *Donezker Clans* – vorrangig durch Privatisierungen, die nach dem Zerfall der Sowjetunion vorangetrieben wurden. Dort gehörte aufgrund der sozialistischen Idee der Ablehnung von Privateigentum beinahe alles dem Staat und dieser musste nun rasch zu Geld kommen. Durch Beziehungen und häufig auch durch illegale Machenschaften wurden Günstlingen Betriebe, Banken oder Medienkonzerne zu Schleuderpreisen verkauft. Dieses Phänomen ist nicht auf das Territorium Russlands und der Ukraine begrenzt, sondern kann in fast allen Nachfolgestaaten der UdSSR beobachtet werden.

⁸⁷ Vgl. Zimmer, Machteliten im ukrainischen Donbass, 75–76.

⁸⁸ Siehe Kapitel 6.5.

4 Donezk unter sowjetischer Herrschaft

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde es für das herrschende Adelsgeschlecht der Romanovs⁸⁹ im Russischen Zarenreich zunehmend schwierig, seine Existenz zu rechtfertigen. Die Bevölkerung begann die Autokratie zu hinterfragen, forderte Mitbestimmung und mehr soziale Gerechtigkeit. Der regierende Zar, Nikolaj II. Aleksandrovič Romanov, hielt jedoch an seiner Macht fest und reagierte auf die Proteste der Bürgerschaft mit immer härteren Repressionen. Im Jahr 1905 kam es schließlich zur ersten *Russischen Revolution*, die einen Wendepunkt in der 300-jährigen Regentschaft der Romanov-Dynastie und den Beginn der darauffolgenden Umwälzungen markierte. Ihr folgten im Jahr 1917 die *Februarrevolution* und die – im kollektiven Gedächtnis präsentere – *Oktoberrevolution*,⁹⁰ die die Absetzung und die Ermordung des letzten russischen Zaren und seiner Familie sowie die Etablierung des Sozialismus und Kommunismus nach sich zogen. Am 30. Dezember 1922 wurde die UdSSR gegründet.

Die USSR war eines der Gründungsmitglieder der UdSSR und verblieb bis 1991 in der Union. Aufgrund der Bedeutung der Industrie, insbesondere vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges,⁹¹ stellte die Sowjetära eine prägende Periode für Donezk und den Donbass im Allgemeinen dar.

4.1 Die Sowjetrepublik Donez-Kriwoi Rog

Noch vor der Integration in die UdSSR kam es im Jahr 1918 in der Ukraine jedoch zu einer bemerkenswerten historischen Episode, auf die Historiker*innen ab 2014 und im Zusammenhang mit der Ausrufung der Volksrepublik Donezk vermehrt verwiesen. Denn Anfang des 20. Jahrhunderts fand auf dem Gebiet des heutigen Donezks schon einmal eine Proklamation einer unabhängigen Republik statt, damals mit dem Namen Donez-Kriwoi Rog.⁹² Kappeler identifiziert eine Vorbildfunktion der Sowjetrepublik Donez-Kriwoi Rog für die heutige Volksrepublik Donezk.⁹³

⁸⁹ Russ. Romanovy.

⁹⁰ Der Gebrauch des Julianischen Kalenders wurde im Russischen Reich erst mit der Oktoberrevolution eingestellt. Dieser wurde wegen der akkurateren Handhabe der Schaltjahre vom weltweit verbreiteteren Gregorianischen Kalender abgelöst. Würde die heute vorherrschende Zeitrechnung nach Gregorianischem Kalender verwendet, hieße aufgrund der Anpassung der Kalendertage die Februar- Märzrevolution und die Oktober- Novemberrevolution.

⁹¹ Der Kriegseintritt erfolgte für die UdSSR erst im Jahr 1941 mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf ihr Territorium. Der Zweite Weltkrieg wird in ehemaligen Sowjetstaaten als ‚Großer Vaterländischer Krieg‘ erinnert.

⁹² Russ. Donecko-Krivorozkaja Sovetskaja Respublika, ukr. Donec'ko-Kryvoriz'ka Radjans'ka Respublika.

⁹³ Vgl. Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

Diese Einschätzung teilt auch der Historiker Sergij Mykolajovyč Plochij, der in diesem Zusammenhang und mit Verweis auf die Parallelen zur heutigen Volksrepublik Donezk von „roots in historical memory“⁹⁴ spricht. Diese Wurzeln im historischen Gedächtnis beziehen sich auf die kurzlebige politische Einheit, die die Sowjetrepublik von Februar bis März 1918 darstellte. Donez-Kriwoi Rog umfasste die Gebiete der heutigen ukrainischen Oblaste⁹⁵ Sumy,⁹⁶ Charkiw,⁹⁷ Donezk, Dnipropetrowsk, Cherson⁹⁸ sowie Teile der heutigen russischen Oblast Rostow.⁹⁹ Die Errichtung der Sowjetrepublik wurde von ukrainischen *Bolschewiki*¹⁰⁰ initiiert und war eine Reaktion auf die im Ersten Weltkrieg stattfindenden Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrussland und den Mittelmächten, die mit dem heute als *Friedensvertrag von Brest-Litowsk* bezeichneten Schlussdokument im Winter 1918 finalisiert wurden. Mit der Unterzeichnung des Vertrages schied Sowjetrussland als partizipierende Partei aus dem Weltkrieg aus und verlor in der Folge beträchtliche Gebiete in seinem europäischen Westen. Der Ukraine wurde in einem Separatfrieden¹⁰¹ die Unabhängigkeit und somit die Loslösung vom Russischen Reich¹⁰² garantiert.¹⁰³

Die Hinwendung der Ukraine zu den Mittelmächten bedeutete für Russland nicht nur den territorialen Wegfall, sondern auch den Verlust einer Einflusssphäre und eines bedeutsamen Verbündeten. Während die Mehrheit der West- und Zentralukraine die Assoziation mit dem Westen als Kompromiss für ihre Unabhängigkeit akzeptierte, stieß dies im Südosten der Ukraine auf wenig Verständnis.¹⁰⁴ Unter Anbetracht der historischen Gegebenheiten, die in der Südostukraine durchwegs von einer Abhängigkeit vom und einer brüderlichen Beziehung zum Russischen Reich geprägt waren, erscheint diese Divergenz folgerichtig.

⁹⁴ Serhii Plokhy, *The Gates of Europe. A History of Ukraine* (Great Britain 2015) 348.

⁹⁵ In der Sowjetunion und einigen ihrer Nachfolgestaaten – so auch der Ukraine – wurden und werden größere Verwaltungseinheiten in sogenannte Oblaste unterteilt.

⁹⁶ Ukr. Sumy.

⁹⁷ Ukr. Charkiv.

⁹⁸ Ukr. Cherson.

⁹⁹ Vgl. Ivan Katchanovski, Zenon Kohut, Bohdan Nebesio, Myroslav Yurkevich, *Historical Dictionary of Ukraine* (2. Aufl., Historical Dictionaries of Europe, Lanham/Toronto/Plymouth 2013) 136–137.

¹⁰⁰ Russ. Bol'seviki, ukr. Bil'sovyky.

¹⁰¹ Der Separatfrieden zwischen der Ukraine und den Mittelmächten sollte später als ‚Brotfrieden‘ Bekanntheit erlangen, denn als Gegenleistung für die Anerkennung der unabhängigen Ukraine forderten die Mittelmächte dringend notwendige Lebensmittellieferungen von der ‚Kornkammer Europas‘. Diesen Beinamen erhielt die Ukraine aufgrund ihrer fruchtbaren Schwarzerdeböden. Dass die ukrainische Agrarwirtschaft im Ersten Weltkrieg gleichsam gelitten hatte und selbst für die eigene Bevölkerung nicht ausreichend produzieren konnte, wurde bei Unterzeichnung des Separatfriedens nicht berücksichtigt.

¹⁰² Das Ende des Ersten Weltkrieges bedeutete nicht nur den Zerfall des Russischen, sondern auch des Habsburger und des Osmanischen Reiches. In ganz Europa drängten Nationalstaaten auf ihre Unabhängigkeit, die europäische Landkarte veränderte sich in wenigen Jahren erheblich.

¹⁰³ Vgl. Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 171–176.

¹⁰⁴ Vgl. Plokhy, *The Gates of Europe*, 348–349.

Laut Friedensvertrag sollten demnach auch die Territorien im Gebiet der heutigen Ostukraine an die neue, unabhängige Ukraine angegliedert werden, womit ukrainische Vertreter*innen der *Bolschewiki* nicht einverstanden waren.¹⁰⁵ Sie lehnten die *Zentralna Rada*, das für die Ukraine bis 1920 für politische Entscheidungen zuständige Organ in Kiew, die mitunter auch die Interessen der Mittelmächte vertrat, ab und riefen am 12. Februar 1918 die Sowjetrepublik Donez-Kriwoi Rog aus. Charkiw wurde zur Hauptstadt des autonomen Territoriums deklariert. Mit der Etablierung von Donez-Kriwoi Rog sollte die Einflussnahme der *Zentralna Rada* auf den Donbass und seine Industrieregionen unterbunden werden. Aufgrund des Einwirkens Vladimir Il'ič Ul'janovs, der besser unter seinem Pseudonym *Lenin* bekannt ist, wurde die Sowjetrepublik bereits im März 1918 beim zweiten *Allukrainischen Sowjetkongress* aufgelöst.¹⁰⁶ Lenin missfiel die Etablierung neuer Grenzen, die durch die Gründung der Sowjetrepublik Donez-Kriwoi Rog entstanden waren.¹⁰⁷

*Lenin's disapproval, however, had a long-standing impact on the territorial demarcation of Ukraine: Moscow acknowledged that much of the Donbas, including the Russophone industrial towns and settlements, belonged to Ukraine.*¹⁰⁸

In Folge der angeordneten Auflösung der Sowjetrepublik Donez-Kriwoi Rog wurden auch diese restlichen Gebiete der Ukraine von deutschen Truppen besetzt.¹⁰⁹

4.2 Die sowjetische Musterstadt Stalino

Der Donbass spielte als eine der bedeutendsten Industrieregionen zu Sowjetzeiten eine wirtschaftlich entscheidende Rolle für die UdSSR und diente in Folge als Vorbild für propagandistische Zwecke des sowjetischen Regimes. Obwohl das Donezbecken bereits ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts große Bedeutung für die Industrie des Russischen Reiches erlangte, bemühten sich die politischen Akteure*innen um eine sowjetische Assoziation.¹¹⁰

*[D]ie Sowjetführung war bestrebt, die Erinnerung an diese frühere Erfolgsgeschichte der Industrialisierung in den Köpfen auszuradieren und einen neuen stalinistischen Gründungsmythos zu etablieren.*¹¹¹

Im Zuge der sozialistischen Industrialisierung wurde mit Aleksej Grigor'evič Stachanov und der nach ihm benannten *Stachanov-Bewegung* ein Held des Proletariats geschaffen.

¹⁰⁵ Vgl. ebenda, 348–349.

¹⁰⁶ Vgl. Vasyl Markus, Donets-Kryvyi Rih Soviet Republic. In: Volodymyr Kubijovyč (Hg.), Encyclopedia of Ukraine. Volume I A–F (Toronto/Buffalo/London 1984) 741–742, hier 741–742.

¹⁰⁷ Vgl. Kuromiya, Freedom and Terror in the Donbas, 99.

¹⁰⁸ Ebenda, 99.

¹⁰⁹ Vgl. ebenda, 99.

¹¹⁰ Vgl. Penter, Kohle für Stalin und Hitler, 14–15.

¹¹¹ Ebenda, 15.

Stachanov war Bergmann im Donezbecken und übertraf laut sowjetischen Berichten in seinen Arbeitsschichten regelmäßig um ein Vielfaches die im Fünfjahresplan vorgeschriebene Norm.¹¹² Generell nutzte die sowjetische Regierung die Industriearbeiter*innen am Donbass für propagandistische Zwecke und proklamierte mit ihnen den „*Prototypen des neuen «Sowjetmenschen»*“,¹¹³ der sich uneigennützig dem Wohle des Staates zur Verfügung und somit das Kollektiv vor sich selbst stellte.

Jusowka etablierte sich somit als sowjetische Musterstadt und wurde 1924 zu Ehren Stalins in Stalino umbenannt. Die Forcierung der Schwer- und nicht zuletzt der Rüstungsindustrie bescherte Stalino ein neues Produktionshoch.¹¹⁴ „*Die Bedeutung des Donbass zeigt sich daran, dass in der Region vor 1941 zwei Drittel des Eisens und Stahls der Sowjetunion produziert wurden.*“¹¹⁵ Lenin persönlich betonte während des elften Parteitags des Zentralkomitees der KPdSU im Jahr 1922 die zentrale Rolle des Donbass für die sowjetische Wirtschaft. Infolgedessen wurde ab den 1920er Jahren monetäres Kapital für die Region mobilisiert. Bestehende Werke wurden modernisiert, etliche neue Betriebe zusätzlich erbaut.¹¹⁶ Mit der Entstehung weiterer Fabriken und Unternehmen konnte Stalino zudem ein hohes Bevölkerungswachstum verzeichnen. Ende der 1930er Jahre lag die Einwohner*innenzahl bereits bei 500 000. Zu den russischen Arbeitern*innen kamen nun vermehrt auch ukrainische Bewohner*innen der Bauernschaft sowie jüdische Bevölkerung hinzu.¹¹⁷

Die Forcierung des Industriestandorts Donbass brachte ein Ungleichgewicht in die Ukraine. Während die Produktion in den östlichen Regionen florierte, dominierte in der westlichen und Zentralukraine weiterhin die Landwirtschaft. Diese Regionen blieben hinsichtlich des Lebensstandards und wirtschaftlicher Reformen oft hinter der Ostukraine zurück.¹¹⁸

*Dieses sowjetische ‚Modell‘ der ‚Eisernen Konzeption‘ führte nicht nur zu einer einseitigen Entwicklung der Wirtschaft und der Regionalstruktur, verbunden mit einer entsprechenden Sozialstruktur, sondern blieb in seiner Persistenz und Raumwirksamkeit über den Zweiten Weltkrieg hinaus und weiter bis in die Zeit der Transformationsprozesse nach 1991 eine Ursache für politische und ökonomische Konflikte.*¹¹⁹

¹¹² Vgl. Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates (2., überarbeitete und erweiterte Aufl., München 2017) 542–543.

¹¹³ Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

¹¹⁴ Vgl. ebenda.

¹¹⁵ Ebenda.

¹¹⁶ Vgl. Penter, Kohle für Stalin und Hitler, 159–160.

¹¹⁷ Vgl. Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

¹¹⁸ Vgl. Horst Förster, Ukraine: Konflikte, Krieg und Föderalisierung?. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF) (Hg.), Jahrbuch des Föderalismus 2015. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa (Bd. 16, Baden-Baden 2015) 318–336, hier 320.

¹¹⁹ Ebenda, 320.

Die 1930er Jahre erwiesen sich als Schreckensjahre für die gesamte Sowjetunion, insbesondere aber für die Ukraine. Der erste Fünfjahresplan der UdSSR von 1928 bis 1932 bedeutete eine verstärkte Industrialisierung sowie die Verstaatlichung der Landwirtschaft. 1931 wurde nach einer besonders schlechten Ernte auch das Saatgut für die darauffolgenden Jahre beschlagnahmt, um so auf die festgesetzten Erträge zu kommen. Dieses staatliche Misswirtschaften hatte fatale Folgen für die Bevölkerung der UdSSR. In den Jahren von 1932 bis 1933 kam es in der gesamten Ukraine zu einer verheerenden Hungersnot, die in die Geschichtsschreibung als *Holodomor*¹²⁰ einging. Ihr fielen „zwischen sechs und sieben Millionen Menschen nicht nur in der Ukraine (dort bis zu 3,5 Millionen), sondern auch in Teilen Russlands und in Kasachstan zum Opfer“.¹²¹ In der Ukraine wurde der *Holodomor* im November 2006 vom damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Andrijovyč Juščenko offiziell zum Genozid erklärt.¹²² Obwohl diese Behauptung vorrangig im Westen Unterstützung fand, ist sie international durchaus umstritten, denn die *Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes der Vereinten Nationen* von 1948 hielt die Absicht „*to destroy, in whole or in part, a national, ethnical, racial or religious group*“¹²³ fest. Dass die Hungersnot nicht – nur – auf die ukrainische Bevölkerung abzielte, sondern auch andere Ethnien betroffen waren, sehen Gegner*innen der Genozid-Theorie als ausschlaggebende Entkräftigung.

Da die Menschen am Donbass aufgrund der florierenden Industrie jedoch im Durchschnitt mehr verdienten als jene in vielen anderen Teilen der Ukraine, besonders im Gegensatz zur bäuerlich geprägten Landbevölkerung, hatte Stalino in diesem Zusammenhang weniger Tote zu verzeichnen.¹²⁴ Hinzu kam, dass der Donbass in seiner Rolle als Prestigeregion in der Gunst Stalins stand und die Bevölkerung dadurch die „*landesweit höchsten Brotzuteilungen*“¹²⁵ genoss.

*Stalino war dagegen schwer vom stalinschen Terror und von den «Säuberungen» betroffen, denen vor allem Ingenieure, Techniker und Parteifunktionäre zum Opfer fielen.*¹²⁶

Diese Tatsache scheint paradox, da sich Stalin stets als Freund der Bergarbeiter*innen inszenierte und an ihrem Beispiel die Forcierung des Ideals des Sowjetmenschen

¹²⁰ Der Begriff *Holodomor* setzt sich aus den beiden Wörtern ‚holod‘, zu Deutsch ‚Hunger‘, und ‚mor‘, zu Deutsch ‚Seuche‘, ‚Tod‘ oder ‚Massensterben‘, zusammen und heißt frei übersetzt ‚Tod durch Hunger‘.

¹²¹ Penter, Kohle für Stalin und Hitler, 96.

¹²² Vgl. Ulrich Schmid, Genozid oder Tragödie?. In: Neue Zürcher Zeitung, 09.04.2008, online unter <https://www.nzz.ch/genozid_oder_tragoedie-1.704866?reduced=true> (23.11.2021).

¹²³ Definitions: Genocide. In: United Nations Office on Genocide Prevention, online unter <<https://www.un.org/en/genocideprevention/genocide.shtml#>> (09.12.2021).

¹²⁴ Vgl. Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

¹²⁵ Penter, Kohle für Stalin und Hitler, 160.

¹²⁶ Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

vorangetrieben wurde. Die Paranoia Stalins ist jedoch weithin bekannt und machte – wie auch vor eigenen Familienmitgliedern¹²⁷ – nicht vor seinen Günstlingen im Donbass halt.

Die sowjetische Prägung des Donbass und sein Emporheben als Musterregion der UdSSR tragen zu seinem beispiellosen Selbstverständnis bei, das bereits in der Vergangenheit¹²⁸ zu ebenso unikalen historischen Entwicklungen geführt hatte. Penter bringt dies in ihren Ausführungen folgendermaßen auf den Punkt:

In der ethnisch heterogenen Grenzregion des Donbass, die maßgeblich durch die wirtschaftliche Bedeutung des Bergbaus und der Schwerindustrie zusammengehalten wurde, besaß das regionale Sonderbewusstsein bei den Bewohnern traditionell starke Wurzeln, während ukrainisch-nationale Ideen weit weniger Anklang fanden.¹²⁹

Die regionale Prägung wurde von der sowjetischen Propaganda aktiv forciert und sollte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bewohner*innen des Donbass stärken.¹³⁰ Die jahrzehntelange Indoktrinierung der besonderen Stellung des Donbass bestimmt daher bis heute die Identität der Bevölkerung der Ostukraine und trägt einen wesentlichen Teil zum eingeschlagenen Sonderweg der beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk nach den *Euromaidan*-Ereignissen bei.

4.3 Das Narrativ der Faschisten*innen

Trotz des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts überfiel die deutsche Wehrmacht 1941 unter dem Decknamen *Unternehmen Barbarossa* die Sowjetunion. Als Teil der UdSSR wurden auch die ukrainischen Territorien von deutschen Truppen besetzt, was anfangs von der ukrainischen Bevölkerung zum Teil auch begrüßt wurde. Der Einmarsch wurde vielerorts als Befreiungsschlag von der Diktatur und den Repressalien der Sowjetmacht betrachtet und man erhoffte sich unter den neuen Besatzern*innen bessere Lebensbedingungen, vielleicht sogar die spätere Unabhängigkeit der Ukraine. Aus diesem Grund unterstützten besonders ukrainische Nationalisten*innen die deutschen Fremdherrscher*innen, allen voran der ukrainisch-nationalistische Politiker Stepan Andrijovyč Bandera¹³¹ und die *Organisation Ukrainischer Nationalisten*. Die erhoffte Verbesserung der Lebensrealitäten trat für die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung jedoch nicht ein. Auf die Schreckensherrschaft Stalins folgte jene Hitlers

¹²⁷ Vgl. Elena Šmaraeva, Semejnoe delo. Kak repressirovali rodstvennikov Stalina. In: Radio Svoboda, 05.03.2019, online unter <<https://www.svoboda.org/a/29804293.html>> (23.11.2021).

¹²⁸ Siehe Kapitel 4.2.

¹²⁹ Penter, Kohle für Stalin und Hitler, 160.

¹³⁰ Vgl. ebenda, 160–161.

¹³¹ Im Zuge der Konstruktion einer ukrainischen Nationalgeschichte stilisierte der spätere Präsident Juščenko Bandera und andere offenkundige Nazi-Befürworter*innen zu Nationalhelden*innen, was in großen Teilen der Bevölkerung und im Ausland auf Empörung stieß.

und zahlreiche Ukrainer*innen fielen den Verbrechen des Nationalsozialismus zum Opfer. An diesen war auch eine Vielzahl inländischer Kollaborateure*innen beteiligt, die sich dadurch entweder Vorteile oder auch nur ihr eigenes Überleben sicherten. Zur Kollaboration meldeten sich Freiwillige aus der gesamten Ukraine, aus der Westukraine, rund um die ehemals österreichisch-ungarische Region Galizien,¹³² wurde jedoch der größte Zuwachs verzeichnet, was auf die historisch weniger ausgeprägte Verbundenheit zu den östlichen Nachbarn und eine vermehrte Assoziation mit der deutschen Besatzungsmacht hindeutet.¹³³

Zusammenarbeit zwischen Ukrainern und Deutschen gab es vor allem in den ersten Monaten der Besatzung, als die Ukrainer Hoffnungen auf die neuen Herren setzten. Dies ist angesichts der schlimmen Erfahrungen, die die Ukrainer in den dreißiger Jahren unter dem Stalinismus gemacht hatten, verständlich. Weshalb sollten sie dem Regime Loyalität zeigen, das sie terrorisiert und Millionen von ihnen hatte umbringen lassen?¹³⁴

Am 20. Oktober 1941 erreichten die deutschen Truppen Stalino. Wie es auch in Westrussland die Vorgehensweise war, wurden von der Sowjetmacht in den bedeutendsten Industriestädten des Donbass zum Schutz vor dem Feind vorab ganze Fabriken demontiert und zusammen mit qualifizierten Facharbeitern*innen nach Sibirien gebracht.¹³⁵ Die vor allem für die Kriegswirtschaft unerlässliche industrielle Produktion konnte dadurch teilweise aufrechterhalten werden. Werke, die nicht rechtzeitig abgetragen werden konnten, wurden zerbombt, um sie nicht der heranrückenden deutschen Wehrmacht für ihre eigenen Zwecke zu überlassen.¹³⁶ In den verbliebenen intakten Fabriken ließen die Nationalsozialisten*innen während ihrer Okkupation die ukrainische Bevölkerung Zwangsarbeit verrichten.

Nach den *Stalinschen Säuberungen* und Kriegen war vom heterogenen ukrainischen Staat nicht mehr viel übrig. Ein Großteil der jüdischen Bewohner*innen war ermordet worden, Überlebende emigrierten zumeist freiwillig. Die polnische Bevölkerung der Westukraine wurde unter Zwang ausgesiedelt. Die ansässige deutsche Bevölkerung¹³⁷ wurde nach dem Sieg über die Nationalsozialisten*innen in Lager in

¹³² Ukr. Halyčyna.

¹³³ Vgl. *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine, 216–217.

¹³⁴ Ebenda, 220.

¹³⁵ Diese teilweise Umsiedelung der Industrie legte den Grundstein für eine Vielzahl sibirischer Städte, die bis heute eine wesentliche Rolle im Wirtschaftsgeschehen der Russischen Föderation einnehmen.

¹³⁶ Vgl. *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine, 216–217.

¹³⁷ Die Gründe für die Ansiedlung deutschsprachiger Bewohner*innen auf heutigem ukrainischem Staatsgebiet sind mannigfältig. Unter anderem siedelte die russische Zarin Ekaterina II. Alekseevna Velikaja Deutsche im gesamten Russischen Zarenreich – somit auch der Ukraine – an und erhoffte sich dadurch wirtschaftlichen sowie kulturellen Fortschritt. Ende des 18. Jahrhunderts tat es ihr Kaiserin Maria Theresia von Österreich gleich und besiedelte die Region Galizien, die damals ein Teil der Habsburgermonarchie war, mit Deutschsprachigen.

den fernen Osten der UdSSR deportiert¹³⁸ oder flüchtete mit der abziehenden Wehrmacht nach Westen. Die einzige nichtukrainische Bevölkerungsgruppe von Bedeutung „waren die 1989 etwa 12 Millionen Russen, die damit nicht weniger als 22 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.“¹³⁹ Die Russische Föderation machte sich seit jeher für die Rechte dieser Minderheit in der Ukraine und die Möglichkeit zur Ausübung ihrer Muttersprache stark. Umgekehrt lebten um 1989 ungefähr vier Millionen Ukrainer*innen in der Russischen Föderation. Ihnen eine ukrainische Bildung zu ermöglichen, wurde von russischer Seite nicht debattiert.¹⁴⁰

Die Phase des nationalsozialistischen Faschismus ist bis heute im kollektiven Gedächtnis der ukrainischen Bevölkerung verankert und der *Tag des Sieges* über die Nationalsozialisten*innen wird in den ehemaligen Sowjetstaaten jedes Jahr am 9. Mai feierlich begangen. Diese hostile Erinnerung an die deutschen Besatzer*innen, die in der Sowjetunion und ihren heutigen Nachfolgestaaten vereinfacht als Faschisten*innen bezeichnet werden, machten sich die Gegner*innen einer prowestlichen Politik im späteren Ukraine-Konflikt zu Nutzen. So sollen die Protestierenden am Maidan¹⁴¹ rechtsextreme Neofaschisten*innen gewesen sein, die mit den Nationalsozialisten*innen verglichen werden konnten. „*Die neue Regierung sei wie die Nazis in Deutschland an die Macht gekommen und bestehe aus Banditen.*“¹⁴² Dies war das Wording des ins russische Exil geflüchteten ukrainischen Ex-Präsidenten Viktor Fedorovyč Janukovyč und eines großen Teils der russisch-ukrainischen Medienberichterstattung. Vor allem im Osten der Ukraine stießen diese Behauptungen auf Gehör und der Schutz vor den Faschisten*innen war einer der Vorwände, derer sich die russische Seite zur Einmischung in den Konflikt in der Ostukraine bediente.¹⁴³ Auch die russischen Medien nutzten das Bild der Ukraine als Kollaborateurin der Nationalsozialisten*innen. „*Der Vorwurf, dass die Kiewer Regierung faschistisch sei, diente zur Legitimation des eigenen Handelns, das damit als anti-faschistisch*

¹³⁸ Sie wurden aufgrund ihrer Herkunft unter Generalverdacht gestellt und auch, wenn sie nicht am Kriegsgeschehen beteiligt waren, mussten sie mit Repressalien rechnen.

¹³⁹ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 270.

¹⁴⁰ Vgl. ebenda, 269–270.

¹⁴¹ Der ‚Majdan Nezaležnosti‘, zu Deutsch ‚Platz der Unabhängigkeit‘, ist der zentrale Platz in der ukrainischen Hauptstadt Kiew, auf dem die Proteste der *Euromaidan*-Bewegung ihren Anfang nahmen. Die Verwendung des Begriffes ‚Majdan‘ bezieht sich in der vorliegenden Arbeit auf den Platz in Kiew, mit dem Terminus *Euromaidan* sind die Ereignisse ab November 2013 gemeint.

¹⁴² Steffen Dobbert, Putins Lügen über die Krim. In: Zeit Online, 02.03.2014, online unter <<https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/putin-ukraine-russland-krim-krieg-gruende-luegen>> (21.11.2021).

¹⁴³ Vgl. ebenda.

erscheinen sollte.“¹⁴⁴ Diese Propaganda war für die Russische Föderation altbekannt, denn die Historiographie hatte sich seit dem Zweiten Weltkrieg dieser Rhetorik bedient:

Die Vorstellung, dass die Ukrainer alle Nationalisten, Faschisten, Antisemiten und Banderevcy¹⁴⁵ seien, war in der sowjetrussischen Gesellschaft seit dem Großen Vaterländischen Krieg verbreitet.¹⁴⁶

Guido Hausmann und Tanja Penter verorten in dieser Anschauung die Tatsache, dass sich Russland selbst nie mit seiner Kollaborationsgeschichte auseinandergesetzt und diese aufgearbeitet habe.¹⁴⁷

Kappeler lehnt diese Verallgemeinerung von faschistisch gelenkten *Euromaidan*-Protesten jedoch ab. Dass rechtsextreme Kräfte Teil der Proteste am Maidan waren, solle nicht bestritten werden, es handle sich aber nicht ausschließlich um Rechtsextremisten*innen. Auf dem Maidan kam es zu einer Ansammlung von Vertretern*innen diverser politischer Richtungen der Opposition. Um dem Mythos sein Gewicht zu nehmen, argumentiert Kappeler zudem, dass auch Mitglieder rechter und rechtsextremer Gruppierungen unter den Separatisten*innen in den beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk vertreten waren. Sogenannte Faschisten*innen gäbe es in ganz Europa. Die Präsenz auf beiden Seiten mindere andererseits jedoch auch keinesfalls die Gefahr, die von ihnen ausgehe.¹⁴⁸

4.4 Der Zusammenbruch der UdSSR

Die Sowjetunion war einer der letzten Vielvölkerstaaten des 20. Jahrhunderts auf dem europäischen Kontinent. Dies lag nicht etwa daran, dass es in der UdSSR kein Aufkommen nationalstaatlicher Bestrebungen der einzelnen – und durchaus zahlreichen – Ethnien gegeben hätte, sie wurden jedoch vom Terrorregime Stalins stets rasch unterbunden. Erst nach seinem Tod 1953 und der in den Folgejahren einsetzenden ersten *Tauwetterperiode*¹⁴⁹ der sogenannten *Entstalinisierung*, die 1956 durch den damaligen KPdSU-Vorsitzenden Chruščëv eingeleitet worden war, wurde es – langsam

¹⁴⁴ Guido Hausmann, Tanja Penter, *Der Gebrauch der Geschichte. Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie*. In: Osteuropa. Gefährliche Unschärfe: Russland, die Ukraine und der Krieg im Donbass 64:9 (2014) 35–50, hier 39.

¹⁴⁵ Gemeint sind Anhänger*innen Banderas. Sein Geschichtsbild ist bis heute umstritten.

¹⁴⁶ Hausmann, Penter, *Der Gebrauch der Geschichte*, 40.

¹⁴⁷ Vgl. ebenda, 40.

¹⁴⁸ Vgl. Andreas Kappeler, *Ukraine-Konflikt: Keine Faschisten, keine Verschwörung*. In: Der Standard, 12.12.2014, online unter <<https://www.derstandard.at/story/2000009327026/ukrainekonflikt-keine-faschisten-keine-verschwoerung>> (21.11.2021).

¹⁴⁹ Die meteorologischen Begriffe ‚Tauwetter‘ und ‚Frost‘ in einen kulturpolitischen Zusammenhang zu setzen, geht auf den Schriftsteller Il'ja Grigor'evič Ėrenburg zurück, der mit der *Tauwetterperiode* die Zeit nach Stalins Tod und die damit einhergehende Liberalisierung sowie die Lockerung der Zensur in der Sowjetunion meinte. Perioden des Frostes bedeuteten hingegen eine repressive, von Terror geprägte Politik. Die Kontinuität der Verwendung dieser Begriffe vor allem in der Kultur- und Literaturwissenschaft dauert bis heute an und ist somit nicht nur auf die Stalinära beschränkt.

und weiterhin begrenzt – möglich, eine eigene persönliche sowie politische Meinung zu äußern. Aufkeimende Strömungen nationalstaatlichen Gedankenguts wurden jedoch bis in die 1980er Jahre mit einer gezielten Russifizierung und neuen Säuberungswellen immer wieder unterdrückt.¹⁵⁰ Der Erhalt der UdSSR und ihrer Organisation sollte mit allen Mitteln verteidigt werden.

Mit der Wahl Michail Sergeevič Gorbačëvs zum neuen Vorsitzenden des *Zentralkomitees* der KPdSU im Jahr 1985 wurde ein neuer politischer Stil etabliert. Gorbačëv erkannte den Aufholbedarf der Sowjetunion, vor allem in ihren wirtschaftlichen Strukturen, und setzte auf Modernisierung und Reformen. Seine Politik war geprägt von den heute ihm zugeschriebenen Begriffen *Glasnost'* und *Perestrojka*, zu Deutsch „Transparenz“ und „Umbau“.¹⁵¹ Die aufgrund der Lockerungen neu gewonnene Perspektive der Meinungsfreiheit der Völker ließ auch Diskussionen über die Nationalstaatenfrage und Unabhängigkeitsbestrebungen aufkommen.¹⁵² Die Forderungen nach Selbstbestimmung wurden in der Folge so laut, dass sie zum Zerfall der UdSSR und zur Bildung der 15 Nachfolgestaaten¹⁵³ führten, mit der Russischen Föderation als offiziellem Rechtsnachfolger der Union, der als einziger der ehemaligen Sowjetrepubliken nicht seine Unabhängigkeit verkündete. Gorbačëv räumte später ein: „„Wir standen unvorbereitet da, als die akutesten Probleme, die sich unter der Kruste scheinbarer Eintracht angesammelt hatten, diese durchbrachen und hervorströmten.““¹⁵⁴

Auch der Donbass forderte zu diesem Zeitpunkt die Unabhängigkeit der Ukraine und eine Loslösung von Moskau. Die Streiks der Bergarbeiter*innen, die bereits mit der Liberalisierung unter Chruščëv in den 1960er Jahren ihren Anfang genommen hatten, erreichten 1989 ihren Höhepunkt, nachdem zuvor auch heftige Proteste der Bergarbeiter*innen in den sibirischen Industriegebieten vorausgegangen waren. „*Their*

¹⁵⁰ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 230–241.

¹⁵¹ Mit seiner Politik, die sich häufig an westlichen Werten orientierte, konnte Gorbačëv zwar die Beziehungen zu Europa und den USA verbessern, im eigenen Land wurden seine Entscheidungen jedoch nicht immer positiv bewertet. So wird er zum Beispiel unter Sowjet-Nostalgikern*innen für den Zerfall der UdSSR verantwortlich gemacht.

¹⁵² Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 246–249.

¹⁵³ Neben den 15 international anerkannten Nachfolgestaaten der UdSSR erklärten auch die Regionen Transnistrien und Gagausien in der heutigen Republik Moldau sowie Arzach, Abchasien, Tschetschenien und Südossetien im Kaukasusgebiet ihre Unabhängigkeit. Von der internationalen Staatengemeinschaft wurden diese Regionen offiziell jedoch nicht anerkannt. In vielen dieser Gebiete kam es in Folge ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen nach dem Zerfall der Sowjetunion zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die zum Teil bis heute immer wieder aufflammen.

¹⁵⁴ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 246.

main grievances were economic, ranging from the lack of consumer goods to low wages to poor housing.“¹⁵⁵

Die Bewohner*innen des Donezbeckens fühlten sich demnach von Moskau ausgebeutet, nachdem mehrere Rufe nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen ungehört geblieben waren. Donezk¹⁵⁶ stimmte im Zuge des Referendums zur Unabhängigkeit der Ukraine im Dezember 1991 mit 84 Prozent für eine Loslösung von der UdSSR, die Wahlbeteiligung lag dort bei 76,7 Prozent. Da sich durch die Unabhängigkeit der Ukraine jedoch keine nennenswerten wirtschaftlichen Verbesserungen für die Bevölkerung des Donbass abzeichneten, wandte sie sich spätestens 1993/94 auch von der Kiewer Regierung ab und forderte eine regionale Autonomie sowie eine freie Wirtschaftszone für die Region Donbass.¹⁵⁷ Obwohl in den darauffolgenden Jahren auch wieder eine stärkere Anbindung an Moskau zum Thema wurde, ist dieses Streben nach Selbstständigkeit für den Donbass und seine Bewohner*innen ein wiederkehrendes Muster:

The Donbas has remained a problem child for both Moscow and Kiev. It has retained the reputation and, to a degree, the substance of the free steppe where people, far away from the political metropolis of Moscow or Kiev, fiercely defend their own interests, often behaving like opportunists [...] to safeguard their freedom. Paradoxically, the Donbas has also retained elements of the wild field where a wild exploitation of people was the norm.¹⁵⁸

¹⁵⁵ Kuromiya, Freedom and Terror in the Donbas, 332.

¹⁵⁶ 1961 erhielt Stalino im Zuge der Entstalinisierungspolitik der Sowjetunion seinen heutigen Namen Donezk. Angelehnt ist diese Bezeichnung an den für die Ostukraine bedeutenden Donez, einen Nebenfluss des sich in Südwestrussland erstreckenden Flusses Don.

¹⁵⁷ Vgl. Kuromiya, Freedom and Terror in the Donbas, 332–333.

¹⁵⁸ Ebenda, 334.

5 Die Unabhängigkeit der Ukraine

Von 19. bis 21. August 1991 kam es in Moskau zum sogenannten *Augustputsch*. Vereinzelte Mitglieder der KPdSU beabsichtigten Gorbačëv, der damals das Amt des Präsidenten der UdSSR innehatte, zu stürzen und ein eigenes Regime zu etablieren. Grund für den Zwischenfall war die Ablehnung der für die Opponenten*innen zu liberalen Politik Gorbačëvs, die in der Wahrnehmung der Putschisten*innen eine zu große Selbstbestimmtheit der sowjetischen Unionsrepubliken zuließ. Der *Augustputsch*, beziehungsweise vielmehr seine Vereitelung, beschleunigte jedoch eben diesen Prozess, denn als Reaktion auf die kurzzeitig drohende Reetablierung der alten Strukturen kam es zu einer Vielzahl von Unabhängigkeitserklärungen einzelner Sowjetrepubliken, darunter zu jener der Ukraine. Die *Werchowna Rada*¹⁵⁹ verkündete am 24. August 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine und ließ diese durch ein Referendum am 1. Dezember 1991 von der Bevölkerung bestätigen. Über 90 Prozent der Wähler*innen stimmten im Zuge dessen für einen unabhängigen ukrainischen Staat.¹⁶⁰ Zum ersten Präsidenten wurde Leonid Makarovyč Kravčuk gewählt, der eine politische Laufbahn in der *Kommunistischen Partei der Ukraine* vorweisen konnte.¹⁶¹ Im Gegensatz zu anderen Sowjetrepubliken, die bereits Monate vor dem *Augustputsch* ihre Unabhängigkeit proklamiert hatten¹⁶² und mit militärischen Interventionen Moskaus konfrontiert waren, verlief der Übergang in die Unabhängigkeit für die Ukraine vornehmlich gewaltlos. Kappeler weist in diesem Zusammenhang auf einen nicht zu vernachlässigenden Umstand hin, der die weitere Entwicklung der ukrainischen Gesellschaft betraf:

*Die Ukrainer erreichten die Unabhängigkeit rasch und ohne größere Konflikte und Rückschläge. Im Gegensatz zu den Litauern, Esten oder Georgiern fiel ihnen der neue Staat fast kampflos in den Schoß. Für die Staatsbildung fehlt ihnen deshalb die integrative Wirkung des gemeinsamen Befreiungskampfes.*¹⁶³

Für die meisten ehemaligen sowjetischen Völker und Staaten war das gemeinsame Streben nach Unabhängigkeit und in weiterer Folge deren Erlangen ein identitätsstiftender sowie vereinender Moment in ihrer historischen Genese. Laut dem Zitat von Kappeler hat somit ausgerechnet die Ukraine, ein aufgrund seiner diversen Regionalgeschichten durch und durch heterogener Staat, auch diese zusammenführende

¹⁵⁹ *Werchowna Rada*, zu Deutsch ‚Oberster Rat‘, wird das Parlament in der Ukraine genannt. Es hat seinen Sitz in der Hauptstadt Kiew und setzt sich aus 450 Abgeordnetenmandaten zusammen. Sie löste die *Zentralna Rada* der USSR ab.

¹⁶⁰ Neben zahlreichen anderen Faktoren war die atomare Katastrophe von Tschernobyl (ukr. Čornobyl') im April 1986 und das nicht vorhandene Krisenmanagement Moskaus ausschlaggebend für die allmähliche Abwendung von der zentralistisch geführten Union.

¹⁶¹ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 252–253.

¹⁶² Litauen verkündete beispielsweise als erste Sowjetrepublik bereits am 11. März 1990 seine Unabhängigkeit.

¹⁶³ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 253–254.

Entwicklung nicht durchgemacht. Das fehlende Einigkeitsgefühl der Teilregionen der Ukraine lässt sich zu einem gewissen Teil auf diesen Umstand zurückführen. Die neue Situation mit einer Zusammenfassung der ukrainischen Länder in einem unabhängigen Staat und ohne eine von Moskau zentralistisch vorgegebene Lenkung stellte für die Ukraine eine Herausforderung dar:

*[. . .] Ukrainians [. . .] were faced with two tasks – 'state-building' and 'nation-building' – at the same time. The first – the creation of the institutional paraphernalia of statehood – they shared with all the other ex-Soviet nationalities. The second – the creation of a workable idea of what it meant to be a 'Ukrainian' – was theirs alone.*¹⁶⁴

Zwar erklärt die von Kappeler beschriebene fehlende Integration innerhalb der Ukraine nicht die Separationsbestrebungen der Volksrepublik Donezk an sich. Der historische Rahmen und das daraus resultierende gesellschaftliche Klima sind aber im Hinblick auf die Kontextualisierung und für die weitere Analyse bis zur Ausrufung der Volksrepublik Donezk durchaus relevant, da die angeschlagene Verbundenheit mit Kiew und den restlichen ukrainischen Regionen des Landes zum Teil zu den Separationsbestrebungen beigetragen haben.

Die Ukraine musste sich in der Rolle eines nun unabhängigen Staates in den Jahren nach 1991 mit einer Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen sowie sozialen Themen auseinandersetzen. Alle vorhandenen politischen Strukturen waren auf den übergeordneten Einheitsstaat der ehemaligen UdSSR ausgelegt und mussten reorganisiert werden.¹⁶⁵ Anna Reid spricht in Bezug auf die Personalebene auch von einem Jahrzehntelangen Brain-Drain nach Moskau,¹⁶⁶ in das als Dreh- und Angelpunkt der zentralistisch regierten UdSSR stets die vielversprechendsten Köpfe der Union rekrutiert wurden.¹⁶⁷ Die Planwirtschaft sollte allmählich in eine Marktwirtschaft überführt und die auf allen Ebenen bestehende Abhängigkeit von Moskau durch eine staatliche Selbstständigkeit ersetzt werden. Für die ehemaligen Unionsrepubliken galt es außenpolitische Beziehungen aufzubauen und sich in der internationalen Staatengemeinschaft zu positionieren, nachdem diese Aufgabe über Jahrzehnte hinweg die UdSSR erfüllt hatte, die die Sowjetrepubliken nach außen hin einheitlich repräsentierte.¹⁶⁸ Einen Meilenstein der unabhängigen Ukraine stellte das am 5. Dezember 1994 unterzeichnete *Budapester Memorandum* dar. In diesem wurde

¹⁶⁴ Anna Reid, *Borderland. A Journey Through the History of Ukraine* (New York 2015) 218.

¹⁶⁵ Vgl. Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 255.

¹⁶⁶ Moskau wurde 1918 von den *Bolschewiki* zur Hauptstadt ernannt. Das Machtzentrum verlagerte sich somit von der Zarenhauptstadt Petrograd – dem heutigen Sankt Petersburg – weiter in den Südosten und sollte eine neue postmonarchische Ära einleiten.

¹⁶⁷ Vgl. Reid, *Borderland*, 219.

¹⁶⁸ Vgl. Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 255.

festgehalten, dass die Ukraine sowie auch Belarus und Kasachstan auf ihre Nuklearwaffen verzichteten – alle drei wurden aufgrund der Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Territorium nach dem Zerfall der UdSSR zu Atommächten.¹⁶⁹ Im Gegenzug garantierten die Vereinigten Staaten von Amerika,¹⁷⁰ das Vereinigte Königreich und Russland den drei ehemaligen Sowjetrepubliken ihren unabhängigen Status und politische Integrität.¹⁷¹ Wie nachfolgenden Kapiteln zu entnehmen ist, hat die Russische Föderation mit dem Einmarsch auf der Krim und in der Ostukraine diesen Vertrag gebrochen.

Neben den wirtschaftlichen und politischen Umstrukturierungen sah sich die Bevölkerung zudem mit der Herausforderung einer neuen sozialen Ordnung konfrontiert. Ukrainer*innen stellten zwar die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe in der ehemaligen Sowjetunion dar, nun waren sie jedoch die Mehrheitsbevölkerung in ihrem eigenen Staat, während sich die Russen*innen auf dem Territorium der Ukraine als – wenngleich größte – ethnische Minderheit wiederfanden.¹⁷²

5.1 Das Donbass-,Referendum¹

Wie im vorherigen Abschnitt erwähnt, wurde die Unabhängigkeit der Ukraine auch von der Mehrheit der Bevölkerung des Donbass befürwortet. Bereits seit den 1960er Jahren musste die Arbeiterschaft der Industrie, des bedeutendsten Wirtschaftssektors des Donezbeckens, mitverfolgen, wie Russland seinen Fokus und seine Subventionen auf moderne und demnach produktivere Industrieregionen – vorrangig in Sibirien – verlagerte. Von Moskau war keine große Unterstützung mehr zu erwarten und so vertrauten die Ansässigen im Donbass auf eine bessere Ausgangssituation in einer unabhängigen Ukraine. Laut Meinungsumfragen erwarteten sich die Bewohner*innen der Ukraine von der Unabhängigkeit des Staates primär eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise, die Bekämpfung der allgegenwärtigen Korruption und eine allgemeine Aufwertung des Lebensstandards.¹⁷³ Auch ein Bericht der Weltbank prophezeite der Ukraine eine wirtschaftlich aussichtsreiche Zukunft. Der Eisenerzabbau und die Stahlindustrie zählten zu den größten der UdSSR, zudem konnte durch den

¹⁶⁹ Die Ukraine verfügte nach 1991 über das weltweit drittgrößte Nuklearwaffenarsenal.

¹⁷⁰ Kurz USA.

¹⁷¹ Vgl. Hintergrund: Budapest Memorandum zur Integrität der Ukraine. In: Süddeutsche Zeitung, 24.03.2014, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/atom-hintergrund-budapester-memorandum-zur-integrität-der-ukraine-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140324-99-07026>> (05.12.2021).

¹⁷² Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 270–271.

¹⁷³ Vgl. Andreas Wittkowsky, Nationalstaatsbildung in der Ukraine. Die politische Ökonomie eines „historischen Kompromisses“. In: Osteuropa 48:6 (1998) 576–594, hier 579–580.

fruchtbaren Schwarzerdeboden die Lebensmittelversorgung der Bewohner*innen sichergestellt werden.¹⁷⁴

Die Erwartungen der Ukrainer*innen wurden allerdings nicht erfüllt. Im Gegenteil kam es unter dem ersten Präsidenten der Ukraine Kravčuk zu einer Wirtschaftskrise mit einer hohen Inflation und einem Rückgang des Lebensstandards für die meisten Ukrainer*innen. Das Realeinkommen sank von 1990 bis 1993 um 70 Prozent. „*Der monatliche Durchschnittslohn betrug im April 1994 umgerechnet etwa 19 US-Dollar.*“¹⁷⁵ Eine Vielzahl hatte damit zu kämpfen, ihre Familien zu ernähren. Neben der wirtschaftlichen Frustration kam für die ostukrainische Bevölkerung die Angst vor der Unterdrückung ihrer kulturellen Identität hinzu, die mit einer von Kravčuk vorangetriebenen Ukrainisierung zum Thema wurde.

*Im Ostteil der Ukraine erlebte die Bevölkerung also eine ‚doppelte Enttäuschung‘ ihrer an die Unabhängigkeit geknüpften Erwartungen. Zum einen blieb die erhoffte Wohlstandssteigerung aus, zum anderen wurde die öffentlich dominierende kulturelle Ausrichtung des Nationalstaats als Bedrohung der eigenen Lebenspraxis wahrgenommen.*¹⁷⁶

Vor den Präsidentschaftswahlen 1994 wurden in der Ostukraine regionale Umfragen zur unabhängigen Ukraine abgehalten. Laut diesen hätten sich 1994 nur noch 24 Prozent der ostukrainischen Bevölkerung für eine unabhängige Ukraine entschieden, 47 Prozent hätten dagegen gestimmt.¹⁷⁷

Der Begriff ‚Referendum‘ wird in diesem Unterkapitel deshalb unter Anführungszeichen gesetzt, da die ukrainisch- und russischsprachige Berichterstattung im Zusammenhang mit den Erhebungen von 1994 überwiegend nicht von einer Meinungsumfrage der regionalen Behörden, sondern von einem offiziellen Referendum ausgeht. Dass sich die Mehrheit der Bewohner*innen von Donezk in diesen Erhebungen für Autonomie, eine wirtschaftliche Bindung an den eurasischen Markt sowie die Aufwertung des Russischen aussprach, dies jedoch keine Konsequenzen nach sich zog, betrachteten viele als Verrat. Die Donezker Bevölkerung sah sich in ihrer Annahme bestätigt, dass die Kiewer Regierung die Interessen der Bevölkerung im Donbass nicht ernst zu nehmen schien und dieser auf staatlicher Ebene nicht repräsentiert wurde.

Dass die Forderungen der ostukrainischen Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt nicht weiterverfolgt wurden, ist zu großen Teilen den politischen Eliten im Donbass zuzuschreiben. Sie hatten ein wirtschaftliches Interesse an einer Integration im

¹⁷⁴ Vgl. Reid, Borderland, 223.

¹⁷⁵ Wittkowsky, Nationalstaatsbildung in der Ukraine, 580.

¹⁷⁶ Ebenda, 581.

¹⁷⁷ Vgl. ebenda, 581.

ukrainischen Staat und an einer Zusammenarbeit mit Kiew.¹⁷⁸ Da Entscheidungsträger*innen aus Politik und Wirtschaft in den 1990er Jahren in der Ukraine noch enger miteinander verbunden waren, fand eine Einigung auf die Stilllegung der politischen Forderungen statt, um wirtschaftlichen Wohlstand für die Eliten sicherzustellen.

5.2 Die Sprachenpolitik

Erst am 28. Juni 1996 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. „*Die Ukraine war damit die letzte ehemalige Sowjetrepublik, in der die sowjetische Verfassung von 1978 ersetzt wurde.*“¹⁷⁹ Mit Artikel 10 wurde das Ukrainische als alleinige Amtssprache der Ukraine in der Verfassung verankert, womit das Russische erstmals seit Jahrhunderten seine Dominanz innerhalb der ukrainischen Grenzen verlor. In diesem sogenannten ‚Sprachenartikel‘ wurden jedoch auch „[. . .] die freie Entwicklung, der Gebrauch und der Schutz der russischen Sprache und der anderen Sprachen der nationalen Minderheiten der Ukraine garantiert.“¹⁸⁰

Zwar wurde der russischsprachigen Bevölkerung sowie anderen sprachlichen Minderheiten mit diesem Zusatz ihre Daseinsberechtigung zuerkannt, jedoch wurden die nichtukrainischsprachigen Bewohner*innen durch den Sprachenartikel dazu aufgefordert, sich im öffentlichen Bereich mit der Amtssprache auseinanderzusetzen. Damit wurde eine Ukrainisierung der Bevölkerung initiiert.¹⁸¹

Während der Amtszeit des ukrainischen Präsidenten Janukovyč kam es 2012 zum sogenannten *Kivalov-Kolesničenko-Sprachengesetz*.¹⁸² Nach diesem sollten neben der Amtssprache Ukrainisch auch weitere Regionalsprachen in jenen Regionen eingeführt werden, in denen die jeweiligen Sprachen von mindestens 10 Prozent der ansässigen Bevölkerung gesprochen werden. Betroffen waren vorwiegend das Russische in südöstlichen, aber auch das Moldauische, Rumänische oder Ungarische in westlichen Oblasten der Ukraine.

Das Gesetz war trotz massiver Proteste der Hüter der ukrainischen Sprache und unter Missachtung der Geschäftsordnung des Parlaments verabschiedet worden

¹⁷⁸ Vgl. Wittkowsky, Nationalstaatsbildung in der Ukraine, 585.

¹⁷⁹ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 259.

¹⁸⁰ Vgl. Konstytucija Ukraïny. In: Verchovna Rada Ukraïny, 28.06.1996, online unter <<https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/254%D0%BA/96-%D0%B2%D1%80#Text>> (21.11.2021).

¹⁸¹ Vgl. Juliane Besters-Dilger, Nation und Sprache seit 1991: Ukrainisch und Russisch im Sprachkonflikt. In: Andreas Kappeler (Hg.), Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung (Köln/Weimar/Wien 2011) 375–388, hier 380.

¹⁸² Namensgebend waren die beiden Verfasser des Gesetzes Serhij Vasyl'ovyč Kivalov und Vadym Vasyl'ovyč Kolesničenko, die als Abgeordnete der Partei der Regionen in der Werchowna Rada saßen.

und wurde schlagartig zu einem Symbol der antide mokratischen und antiukrainischen Politik¹⁸³ des Janukovyč-Regimes.¹⁸⁴

Bei der vorwiegend russischsprachigen Bevölkerung der Ostukraine stieß das Gesetz auf positive Resonanz, denn für sie kam es dadurch zu Erleichterungen im Alltag. Nach den *Euromaidan*-Ereignissen beabsichtigte die Übergangsregierung, das von der ukrainischsprachigen Bevölkerung als Affront wahrgenommene *Kivalov-Kolesničenko-Sprachengesetz* als eine ihrer ersten Amtshandlungen jedoch wieder zurückzunehmen.¹⁸⁵

Am 23. Februar 2014, unmittelbar nach dem Sturz Viktor Janukovyčs,¹⁸⁶ stimmte die neue Mehrheit in der Verchovna Rada [. . .] für die Aufhebung des geltenden Sprachengesetzes aus dem Jahr 2012. [. . .] Dies bot den Gegnern der neuen Regierung in der Ukraine und außerhalb des Landes eine willkommene Vorlage für heftige Kritik.¹⁸⁷

Inwieweit das *Kivalov-Kolesničenko-Sprachengesetz* die verschiedenen Sprachgruppen der Ukraine tatsächlich einschränkte, bevorzugte oder generell tangierte, ist umstritten. Dennoch nutzten es Politiker*innen beider Lager – das heißt Gegner*innen und Befürworter*innen des Sprachengesetzes – für ihre Kampagnen, um Wähler*innenstimmen zu generieren. Das Instrumentalisieren von Sprache für politische Zwecke ist ein häufig zu beobachtendes Phänomen, auch „*in der Ukraine [ist sie] ein Politikum.*“¹⁸⁸ Dabei impliziert die bevorzugt genutzte Sprache im Allgemeinen jedoch nicht automatisch eine politische Haltung. So können nationalistisch gesinnte Ukrainer*innen Russisch als ihre Muttersprache angeben und Vertreter*innen der krimtatarischen Minderheit gegen den autonomen Status der Halbinsel Krim votieren. Sprache kann zwar identitätsstiftend sein, von einer Pauschalialisierung dieser Annahme muss jedoch abgesehen werden. Die dauerhafte Eingliederung der ukrainischen Gebiete in das Russische Reich beziehungsweise später in die Sowjetunion hat durch Wellen der Russifizierung und der zeitweisen Unterdrückung der ukrainischen Sprache zu einer weiten Verbreitung des Russischen in der heutigen Ukraine geführt. Die russische Sprache wird dort somit naturgemäß häufig als Muttersprache angeführt und ohne näheres politisches Motiv an nächste Generationen weitergegeben. Eine russlandtreue

¹⁸³ Siehe Kapitel 6.1.

¹⁸⁴ Volodymyr Kulyk, Einheit und Identität. Sprachenpolitik nach dem Majdan. In: Osteuropa. Zerreißprobe: Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg 64:5 (2014) 227–237, hier 228.

¹⁸⁵ Vgl. ebenda, 227–228.

¹⁸⁶ Siehe Kapitel 6.3.

¹⁸⁷ Kulyk, Einheit und Identität, 227.

¹⁸⁸ Zaur Gasimov, Mova und Jazyk. Die Sprachenfrage in der Ukraine. In: Osteuropa. Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine 60:2 (2010) 403–411, hier 403.

Gesinnung ist dabei, wie geschildert, nicht zwangsläufig gegeben. Studien¹⁸⁹ der 1970er und 1980er Jahre zur ukrainischen Identität zeigen, dass nicht vorrangig die Sprache ausschlaggebend für das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Volksgruppe ist. Die geografische und kulturelle Umgebung, in der eine Person sozialisiert wird, ist mithin maßgebender für die Herausbildung einer ethnischen Identität und einer politischen Gesinnung.¹⁹⁰ Soziale und kulturelle Identifikation ist in den ehemaligen Sowjetrepubliken außerdem damit verbunden, ob man die UdSSR noch aktiv miterlebt hat oder nicht. Sie ist damit sozusagen eine Generationenfrage. Jüngere Generationen, die am zeitlichen Ende oder nach dem Zerfall der UdSSR sozialisiert worden sind, nehmen eine russische Assoziation demnach als weniger ansprechend wahr und tendieren eher zu westlichen Lebensformen.

Die Verbundenheit zur UdSSR oder die Attraktivität des Putin'schen Regierungsstils ist auch eine Frage der Generationszugehörigkeit: Russophile oder sowjetnostalgische Einstellungen sind unter jungen Ukrainern wenig verbreitet.¹⁹¹

Obwohl eine Koexistenz beider – und auch weiterer – Sprachen möglich wäre und die Bevölkerung aufgrund der historischen Gegebenheiten zu einem gewissen Grad zumeist auch beide Sprachen, das heißt sowohl das Russische als auch das Ukrainische, beherrscht,¹⁹² wird in der heutigen am Westen orientierten Ukraine das Russische häufig als Sprache des ehemaligen Okkupators angesehen, das Ukrainische hingegen als Symbol der staatlichen Selbstständigkeit. Dies ist jedoch, wie beschrieben, auf die Politisierung der Sprache zurückzuführen. Zudem korreliert der Gebrauch einer Sprache oft nicht mit der politischen Gesinnung der jeweiligen Person. Dennoch wird vor allem in den letzten Jahren vermehrt auf die Ukrainisierung der staatlichen Prozesse und der ukrainischen Medienlandschaft gesetzt.

Die Aufhebung des Sprachengesetzes von 2012 durch die Interimsregierung in Kiew kam jenen politischen Akteuren*innen in Donezk und anderen Teilen der Süd- und Ostukraine gelegen, die sich gegen die neue politische Richtung ihres Landes aussprachen. Die Empörung über die Absetzung Janukovyc', der sich als russischsprechender, in der Oblast Stalino geborener Politiker für die Interessen der

¹⁸⁹ Zielgruppe dieser Studien waren russischsprachige Staatsbürger*innen der Ukraine, die als ihre nationale Identität ukrainisch anführten.

¹⁹⁰ Vgl. Paul Magocsi, *A History of Ukraine. The Land and Its Peoples* (2., bearbeitete und erweiterte Aufl., Toronto/Buffalo/London 2010) 714.

¹⁹¹ Sommerbauer, *Die Ukraine im Krieg*, 26.

¹⁹² Die parallele Verwendung des Russischen und Ukrainischen führte zudem auch zu einer Mischform der beiden Sprachen, dem sogenannten *Suržyk*, die in der Umgangssprache oftmals Verwendung fand und findet.

Ostukrainer*innen stark gemacht hatte,¹⁹³ und der scheinbare Angriff auf die russische Sprache wurde von den Medien in der Ostukraine verstärkt aufgegriffen.

Einflussreiche Politiker aus der Ost- und Südukraine stellten die Aufhebung des Gesetzes von 2012 in den von ihnen kontrollierten Medien als Ausdruck der Feindseligkeit der neuen Regierung gegenüber den russischsprachigen Bürgern dar. Moskau [...] sprach von einer Unterdrückung der russischsprachigen Bevölkerung.¹⁹⁴

Die Beschäftigung mit der innerukrainischen Sprachenpolitik während der drohenden Separationsbestrebungen der Ostukraine wurde von Personen verschiedenster politischer Standpunkte negativ bewertet und als Mitauslöser für die Abspaltung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk interpretiert.¹⁹⁵

Selbst ukrainischsprachige Intellektuelle, die sich zwei Jahre zuvor gegen Janukovyčs Sprachengesetz ausgesprochen hatten, kritisierten den Beschluss zu seiner Aufhebung scharf. Angesichts der Bedrohung der territorialen Integrität der Ukraine bewerteten sie die Aufhebung des Gesetzes als gefährlich.¹⁹⁶

5.3 Die *Orange Revolution*

Die *Orange Revolution* ereignete sich von November 2004 bis Januar 2005 und markierte einen der ersten vom Volk ausgehenden Aufstände der seit 1991 unabhängigen Ukraine. Obwohl sie häufig für Vergleiche mit den *Euromaidan*-Protesten, die sich über eine ähnlich lange Zeitspanne – nämlich von November 2013 bis Februar 2014 – erstreckten, herangezogen wird, sind die Unterschiede der beiden Umwälzungen größer als ihre Gemeinsamkeiten. Gegenstand etlicher Gegenüberstellungen ist in diesem Zusammenhang beispielsweise die Frage, warum die *Orange Revolution* durchwegs friedlich verlief, während es im Zuge des *Euromaidan* zu gewaltvollen Auseinandersetzungen gekommen ist. Beiden Ereignissen liegt die politische sowie soziale Unzufriedenheit der ukrainischen Bevölkerung und ihre Mobilisierung gegen bestehende Machtstrukturen zugrunde. Die *Orange Revolution* gilt somit partiell als Wegbereiter der Revolution am Maidan und die politischen Ereignisse vor, während und nach der *Orangen Revolution* sind daher durchaus relevant für die Unruhen neun Jahre später sowie für die Unabhängigkeitsbestrebungen in der Ostukraine.

¹⁹³ Die politischen Ereignisse des *Euromaidan* abseits der Sprachenpolitik werden in Kapitel 6 detaillierter untersucht.

¹⁹⁴ Kulyk, Einheit und Identität, 228.

¹⁹⁵ Aufgrund des Widerstandes wurde das Sprachengesetz in den Folgejahren der *Euromaidan*-Ereignisse nicht – wie von der Übergangsregierung angekündigt – zurückgenommen. Erst 2018 kam es unter Präsident Petro Oleksijowyč Porošenko zu einem neuen Versuch der Stärkung der ukrainischen Sprache.

¹⁹⁶ Kulyk, Einheit und Identität, 228–229.

Im Herbst 2004 standen in der Ukraine Präsidentschaftswahlen bevor. Der auf Kravčuk folgende, amtierende Präsident Leonid Danylovych Kučma konnte nach zwei Amtszeiten nicht erneut für die Präsidentschaft kandidieren. Obwohl sich über 20 Kandidaten*innen für die Wahl aufstellen ließen, kristallisierten sich rasch die Opponenten Janukovyč und Juščenko als die wahrscheinlichsten Wahlsieger heraus. Beide konnten eine politische Karriere – unter anderem jeweils als Ministerpräsident der Ukraine – vorweisen.¹⁹⁷

Janukovyč wurde sowohl von Kučma als auch vom amtierenden Präsidenten der Russischen Föderation offiziell unterstützt. Alles deutete darauf hin, dass er die politische Linie Kučmas weiterführen und eine russlandfreundliche Politik sowie den Erhalt der russischen Sprache in der Ukraine anstreben würde. Selbst aus der Ostukraine stammend, setzte er sich für die dortigen Eliten ein und hatte unter anderem den einflussreichen *Donezker Clan* hinter sich.¹⁹⁸

Der Gegenkandidat Juščenko trat für eine Loslösung von der russischen Assoziation und eine Hinwendung zum Westen ein, somit konnte er seinen Wahlkampf durch – nicht nur monetäre – Unterstützung der USA und der Europäischen Union¹⁹⁹ führen. Auch innerukrainisch konnte Juščenko prominente Befürworter*innen wie Julija Volodymyrivna Tymošenko²⁰⁰ gewinnen. Ihr versprach er bei einem Wahlsieg das Amt der Ministerpräsidentin. Im Gegensatz zu Janukovyč war Juščenko ukrainischer Muttersprachler, gab sich volksnah und sicherte der ukrainischen Bevölkerung Wirtschaftsreformen und den Kampf gegen Korruption zu.²⁰¹

Janukovyč und Juščenko konnten in ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Priorisierungen unterschiedlicher nicht sein und spalteten im Zuge des Wahlkampfes die ukrainische Bevölkerung nachhaltig.²⁰² Bei der Präsidentschaftswahl am 31. Oktober 2004 konnten beide Favoriten über 39 Prozent der Wähler*innenstimmen vorweisen, wobei Juščenko knapp führte.²⁰³ Bei der anschließenden Stichwahl – die Präsidentschaftswahlen setzen sich aus einem ersten

¹⁹⁷ Vgl. *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine, 282–283.

¹⁹⁸ Vgl. ebenda, 282.

¹⁹⁹ Kurz EU.

²⁰⁰ Tymošenko ist eine ukrainische Politikerin und Unternehmerin, die in den 1990er Jahren durch Gasgeschäfte zu erheblichem Reichtum gelangte.

²⁰¹ Vgl. *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine, 282–283.

²⁰² Im Zuge der Präsidentschaftswahl wurde ein zum Teil schmutziger Wahlkampf geführt und beide Seiten scheuten vor gegenseitigen Anklagen nicht zurück. Der Machtkampf gipfelte in einem Vergiftungsversuch Juščenkos. Obwohl der Kreis um Präsident Kučma verdächtigt wurde, konnten die tatsächlichen Urheber*innen des Anschlags nicht aufgedeckt werden. Juščenko überlebte nur knapp und fiel in der entscheidenden Phase des Präsidentschaftswahlkampfes aus, auch bei seinen späteren Auftritten war er sichtlich geschwächt. Seit diesem Vorfall lebt Juščenko mit vernarbter Haut im Gesicht und am Körper.

²⁰³ Später stellte sich heraus, dass nicht nur die darauffolgende Stichwahl, sondern auch die Ergebnisse des ersten Wahlgangs zugunsten Janukovyč' gefälscht worden waren.

Wahlgang und einer darauffolgenden Stichwahl zusammen, sofern bei ersterem keine absolute Mehrheit²⁰⁴ erreicht wird – am 21. November 2004 gewann Janukovyc mit 49,5 Prozent der Stimmen, Juščenko erhielt laut offiziellen Angaben 46,6 Prozent. „Verlässliche exit-polls hatten 53 % für Juščenko und 44 für Janukovyc ergeben.“²⁰⁵ Sich häufende Unregelmäßigkeiten und Einschüchterungen beim Wahlgang deuteten jedoch auf eine Wahlfälschung hin.²⁰⁶

*Die zahlreichen Fälschungen waren voller Widersprüche und zum Teil von naiver Plumpheit. So sollten in Donec'k 100 % der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme Janukovyc gegeben haben.*²⁰⁷

Kurz nach der offiziellen Verkündung des Wahlausgangs am Morgen des 22. November 2004 versammelten sich mehr als 200 000 Protestierende am Unabhängigkeitsplatz in Kiew und forderten eine Wiederholung der Präsidentschaftswahl. An der Spitze der Bewegung positionierten sich von Beginn an die beiden Politiker*innen Juščenko und Tymošenko, die mit emotionalen Reden das Volk mobilisierten. Die Farbe Orange, die Juščenko für seinen politischen Wahlkampf gebraucht hatte und die jetzt seine Anhänger*innen als Zeichen der Unterstützung verwendeten, wurde zum zentralen Symbol und später auch namensgebend für die Proteste. Während Putin Janukovyc prompt zum Wahlsieg gratulierte, erkannten die USA sowie die EU das Wahlergebnis der ukrainischen Präsidentschaftswahl nicht an. Die Ereignisse erregten in den globalen Medien großes Aufsehen und am 26. November 2004 kam es zu Vermittlungsversuchen mit internationaler Beteiligung seitens der EU und Russlands in Kiew.²⁰⁸

Die Tage nach der Wahl waren in der Hauptstadt und in weiterer Folge in anderen Städten der Ukraine von täglichen abendlichen Demonstrationen geprägt, die zu ihrem Höhepunkt über eine Million Teilnehmer*innen umfassten. Zeitgleich kam es in der Ostukraine, der Hochburg der Janukovyc-Anhänger*innen, zu Gegenkundgebungen seiner Befürworter*innen. Etwa 10 000 von ihnen reisten auf eigene Initiative nach Kiew oder wurden mit Hilfe der herrschenden Eliten dorthin gebracht. Auch sie schlügen in der Hauptstadt Zeltlager auf und stellten sich den Juščenko-Anhängern*innen entgegen. Trotz der teils angespannten Atmosphäre aufgrund der direkten lokalen Gegenüberstellung der beiden Lager kam es im Zuge der *Orangen Revolution* jedoch zu keinen gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen

²⁰⁴ Eine absolute Mehrheit beim ersten Wahlgang erzielte in der Geschichte der unabhängigen Ukraine bis dato nur Porošenko 2014 mit 54 Prozent der Wähler*innenstimmen. Bei allen anderen Präsidentschaftswahlen war eine anschließende Stichwahl notwendig.

²⁰⁵ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 285.

²⁰⁶ Vgl. ebenda, 285.

²⁰⁷ Ebenda, 285.

²⁰⁸ Vgl. ebenda, 285–286.

den Demonstrierenden. Angesichts der nicht nachlassenden Proteste entschied die *Werchowna Rada* am 27. November 2004, das Ergebnis der Stichwahl nicht anzuerkennen und deren Wiederholung wurde für den 27. Dezember 2004 angesetzt.²⁰⁹ Bei dieser Wahl gewann Juščenko mit den prognostizierten 52 Prozent der Stimmen, Janukovyč erreichte hingegen nur 44 Prozent. Die Wahl lief laut Beobachtern*innen unter regulären Bedingungen ab und Juščenko wurde zum dritten Präsidenten der Ukraine angelobt.²¹⁰

*The Orange Revolution raised enormous hopes. [. . .] Yushchenko was treated like a Messiah, [. . .] [p]eople were euphoric; their feet really left the ground. [. . .] For a few months things seemed to go well.*²¹¹

Juščenko konnte die Erwartungen der Bevölkerung jedoch nicht erfüllen, denn obwohl im Zuge der *Orangen Revolution* der Bevölkerung Veränderung und eine Abkehr vom veralteten politischen System zugesagt wurden, konnte der Großteil der Versprechungen nicht eingehalten werden.

*Weder die bekannten Wahlbetrüger von 2004 noch die mutmaßlichen Mörder des Journalisten Georgij Gongadze²¹² von 2000 sind bestraft worden. Wie in der Kučma-Periode ist Korruption allgegenwärtig. Diese Liste ließe sich fortsetzen.*²¹³

Da sich nach der *Orangen Revolution* auf politischer Ebene de facto nicht viel verändert hat, gibt es Stimmen, die den Begriff der Revolution im Zusammenhang mit den Geschehnissen in der Ukraine von 2004 bis 2005 ablehnen.²¹⁴ Auch Kappeler schließt sich der Einschätzung von Andreas Umland an und meint:

*Zwar war sie eine Massenbewegung, die einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte der Ukraine bedeutete, doch brachte sie keine fundamentale Umwälzung in Staat oder Gesellschaft.*²¹⁵

Die Bedeutung der *Orangen Revolution* für den weiteren Demokratisierungsprozess der Ukraine darf jedoch nicht unterschätzt werden:

²⁰⁹ Anfang Dezember beschloss das ukrainische Parlament noch eine von Kučma angeregte Verfassungsänderung, die die Rechte des Präsidenten einschränken und die des Parlaments stärken sollte. Im Jahr 2006 trat dieses Gesetz in Kraft und limitierte die Handlungsfähigkeit des zu der Zeit amtierenden Präsidenten Juščenko.

²¹⁰ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 285–287.

²¹¹ Reid, Borderland, 249.

²¹² Heorhij Ruslanovyč Gongadze war ein politisch aktiver Journalist, der im Jahr 2000 Berichte über Korruption auf höchster Ebene im Zusammenhang mit dem damaligen ukrainischen Präsidenten Kučma und Personen aus dessen Umfeld publizierte. Im September desselben Jahres verschwand Gongadze spurlos, sein entthaupteter Leichnam wurde im darauf folgenden November entdeckt. Die genauen Umstände seiner Ermordung konnten bis heute nicht zur Gänze geklärt werden.

²¹³ Andreas Umland, Orange Revolution als Scheideweg. Demokratisierungsschub in der Ukraine, Restaurationsimpuls in Russland. In: Osteuropa. Zugzwang: Europäische Wege 1989–2009 59:11 (2009) 109–120, hier 109.

²¹⁴ Vgl. ebenda, 112.

²¹⁵ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 288.

*War der Ukraine die Unabhängigkeit im Jahre 1991 quasi in den Schoß gefallen, so hatte sie jetzt sich selber und der Welt bewiesen, dass sie die Demokratie mit zivilgesellschaftlichen Mitteln zu verteidigen imstande war.*²¹⁶

Die Erfahrung des gemeinsamen Protestes sollte auch für die Ereignisse neun Jahre später ausschlaggebend sein.

Für den Großteil der Donezker Bevölkerung wurde nicht der von ihnen favorisierte Kandidat neuer Präsident der Ukraine. Schon während der *Euromaidan*-Proteste gingen etwa 150 000 Bürger*innen von Donezk auf die Straßen und bekundeten ihre Abneigung gegen Juščenko „*und regionale Gouverneure drohten für ihre Regionen die Autonomie zu erklären.*“²¹⁷ Bei der Wahlwiederholung im Dezember 2004 erlangte Janukovyč in Donezk 93,5 Prozent der Stimmen.²¹⁸ Dieses Ergebnis – Janukovyč stieß auch in weiteren Gebieten der Süd- und Ostukraine auf große Zustimmung – zeigt die politischen Differenzen innerhalb der Ukraine auf. Die so unterschiedlichen Profile der beiden Präsidentschaftskandidaten verdeutlichten erneut die tiefen Gräben insbesondere zwischen westlichen und südöstlichen Regionen. Mit dem neuen Präsidenten Juščenko fühlten sich die Bewohner*innen der zweitgenannten Regionen in der Hauptstadt und somit auch auf nationaler Ebene nicht mehr repräsentiert.

Die Forderungen nach mehr Autonomie in Donezk und anderen ostukrainischen Regionen wurden vorrangig von den lokalen Machthabern*innen vorangetrieben. Für den 9. Januar 2005 wurde ein Referendum über die Autonomie von Donezk angesetzt, das wenig später aber zurückgenommen wurde.²¹⁹ Die Donezker Eliten waren eng mit Janukovyč, der selbst im Donbass geboren worden und dort als Unternehmer und Lokalpolitiker tätig war, verbunden und befürchteten mit dem neuen Präsidenten Juščenko eine Einschränkung ihres Geltungsbereichs. Die Konsequenzen ihrer aufpeitschenden Reden für die Bevölkerung und den Status von Donezk waren zweitrangig:

*It was not that the issues surrounding separatism weren't real. It's just that this time they were being fanned by cynical local leaders whose local control was then so strong they assumed they could easily put whatever genie they released back in the bottle. They also knew that if they lost, it would be somebody else's mess to clean up.*²²⁰

²¹⁶ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 288.

²¹⁷ Ebenda, 287.

²¹⁸ Vgl. ebenda, 287.

²¹⁹ Vgl. Andrew Wilson, Ukraine's Orange Revolution (New Haven/London 2005) 145–146.

²²⁰ Ebenda, 146.

5.4 Die Vorbereitung des *Euromaidan*

Schnell wurde klar, dass die Gallionsfiguren der *Orangen Revolution* – Präsident Juščenko und Ministerpräsidentin Tymošenko – ihr Versprechen hinsichtlich weitreichender Reformen nicht einhalten würden. Tymošenko griff zu Beginn ihrer Amtsperiode noch zu populistischen Maßnahmen, indem sie den Kampf gegen Korruption ankündigte und die Pensionen sowie andere Sozialleistungen erhöhte. Auch nahm sie einige fragwürdige Privatisierungen der Kučma-Ära²²¹ zurück und verkaufte die Betriebe zu einem angemessenen Preis erneut. Zahlreiche von der Regierung angekündigte Reformen wurden jedoch nie in die Tat umgesetzt. Auch wurde die Forcierung der versprochenen Neuerungen bald nachrangig, da es zwischen dem Präsidenten Juščenko und seiner Ministerpräsidentin Tymošenko früh zu Spannungen kam. Der mit Juščenko befreundete Politiker und Oligarch Porošenko zeigte Ambitionen auf das Amt des Ministerpräsidenten und positionierte sich als Vorsitzender des *Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates* gegen Tymošenko. Juščenko geriet somit zwischen die Fronten der beiden rivalisierenden Politiker*innen und sprach sich abwechselnd für die eine oder die andere Seite aus. Als der Streit zwischen Tymošenko und Porošenko zu eskalieren drohte, setzte er Tymošenko am 8. September 2005 als Ministerpräsidentin ab und Jurij Ivanovyč Jechanurov, ein Politiker der Partei Juščenkos, der zum Teil auch Zustimmung seitens des Janukovyč-Bloks erhielt, wurde kommissarisch zum Ministerpräsidenten ernannt. Somit kam es zum Bruch zwischen den ehemals Verbündeten der *Orangen Revolution* und Tymošenko präsentierte sich dem Volk als einzige noch für deren Werte eintretende Politikerin. Juščenko stärkte zwar die ukrainische Sprache und während seiner Präsidentschaft kam es zu einer Lockerung der Pressefreiheit, eine zugesagte Reform der Justiz wurde jedoch nie umgesetzt. Auch bediente sich Juščenko zunehmend jener Praktiken, die er während der *Orangen Revolution* selbst angeprangert hatte und suchte „Unterstützung bei Oligarchen und Exponenten der alten Ordnung“.²²² Zudem machten Familienangehörige Juščenkos durch ihren dekadenten Lebensstil auf sich aufmerksam und damit den Politiker in der Bevölkerung vermehrt unbeliebt.²²³

Bei den am 26. März 2006 stattfindenden Parlamentswahlen zeigte sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit den bestehenden politischen Strukturen durch

²²¹ Es ist bekannt, dass Kučma staatliche Betriebe zu Freundschaftspreisen an Investoren*innen und Oligarchen*innen verkaufte, von denen er sich im Gegenzug politische Unterstützung und Finanzierung seines Wahlkampfes erwartete. Unter diesen Günstlingen Kučmas befanden sich unter anderem Rinat Leonidovyč Achmetov und Viktor Mychajlovyc Pinčuk, die zwei reichsten Personen der Ukraine. Pinčuk war zudem Schwiegersohn Kučmas, nachdem er dessen Tochter geehelicht hatte.

²²² Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 290.

²²³ Vgl. ebenda, 288–290.

den Sieg der *Partei der Regionen* Janukovyč'. Diese erlangte 32,1 Prozent der Stimmen.²²⁴ Auf den zweiten Platz gelangte der *Blok Juliī Tymošenko*²²⁵ mit 22,3 Prozent, gefolgt von Juščenkos Partei *Unsere Ukraine* mit 13,9 Prozent. Die Drei-Prozent-Hürde in die *Werchowna Rada* schafften zudem auch die sozialistische sowie die kommunistische Partei, was fünf Parteien im Parlament zur Folge hatte.²²⁶ Trotz der Wahlniederlage der Partei Juščenkos, die als Zeichen des Protests gegen den amtierenden Präsidenten gedeutet werden kann, stellten die Parteien der *Orangen Revolution – Unsere Ukraine* und *BJuT* – die Mehrheit im Parlament und Tymošenko erhob erneut Ansprüche auf das Amt der Ministerpräsidentin. Die Regierungsbildung gestaltete sich jedoch aufgrund erneuter, interner Querelen schwierig und zog sich über mehrere Monate hin. Letztendlich kam es zum Bruch mit den Sozialisten und innerhalb der Partei *Unsere Ukraine*, deren Parlamentarier*innen sich in der Folge teilweise dem Oppositionsblock anschlossen. Der Orange Block verlor somit die Mehrheit in der *Werchowna Rada*.²²⁷

*Der Weg war frei für eine Regierung Janukovyč, der am 4. August 2006 zum zweiten Mal Ministerpräsident wurde, vier Jahre zuvor unter Kučma, diesmal neben Präsident Juščenko, seinem Konkurrenten in den skandalösen Wahlen von 2004. [. . .] Tymošenko und ihr Block blieben die einzige nennenswerte Opposition.*²²⁸

Wie zu erwarten, kam es zwischen Präsident Juščenko und Ministerpräsident Janukovyč zu politischen Machtkämpfen, die die Regierungsgeschäfte beeinflussten und die politische Agenda oftmals in den Hintergrund rücken ließen. Zudem kehrte Janukovyč trotz des Versprechens von Reformen zu seinem gewohnten russlandtreuen Stil zurück. Juščenko beschloss am 2. April 2007 die Auflösung der *Werchowna Rada* und es kam zu vorgezogenen Parlamentswahlen, die aufgrund von internen Uneinigkeiten und Protesten beider Seiten mehrmals verschoben werden mussten. Am 30. September 2007 wählten die Ukrainer*innen mit 34,4 Prozent die *Partei der Regionen*, mit 14,2 Prozent *Unsere Ukraine* und mit 30,7 Prozent *BJuT*. Insgesamt schafften es erneut fünf Parteien in die *Werchowna Rada*. Den Erfolg Tymošenkos begründen einige mit ihrer einenden Politik, im Rahmen derer sie nicht Regionen und ethnische Unterschiede, sondern gemeinukrainische Ziele hervorhob. Nach längeren Verhandlungen wurde sie am 18. Dezember 2007 zum zweiten Mal zur Ministerpräsidentin ernannt. Wie schon

²²⁴ Janukovyč hatte sich vor den Parlamentswahlen als neuer Reformator inszeniert und in seiner *Partei der Regionen* einen Gegenpol – nämlich Gegner*innen der Orangen Revolution – versammelt. Die Partei wurde vorrangig durch Gelder Donezker Oligarchen*innen finanziert und auch ein Großteil ihrer Mitglieder waren Ostukrainer*innen, darunter der einflussreiche Achmetov.

²²⁵ Kurz *BJuT*.

²²⁶ Angetreten waren 45 Parteien.

²²⁷ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 290–291.

²²⁸ Ebenda, 291.

während ihrer ersten Amtszeit blockierten sich die verschiedenen politischen Akteure*innen durch interne Machtkämpfe zusehends selbst und hielten somit auch alle anderen in der *Werchowna Rada* von ihrer Arbeit ab. Das Verhältnis zwischen Juščenko und Tymošenko verschlechterte sich weiter. Angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen 2010 wurde die tagesaktuelle politische Agenda weiter in den Hintergrund gerückt. An ihre Stelle trat ein Wettkampf populistischer Versprechungen, mit denen sich die Präsidentschaftskandidaten*innen gegenseitig zu übertreffen versuchten.²²⁹

*Die Bilanz der Herrschaft der «Orangen» war verheerend. [. . .] Im Vordergrund standen Machtkämpfe,²³⁰ endlose gegenseitige Beschuldigungen und Diskussionen um Personalfragen. Innerhalb von fünf Jahren fanden drei Parlamentswahlen statt, und fünf Regierungen wechselten sich ab.*²³¹

Der Wunsch nach politischer Partizipation, den die Bevölkerung im Zuge der *Orangen Revolution* eindrücklich unter Beweis gestellt hatte, wich erneut Verdruss und Misstrauen gegenüber der Politik. Als Konsequenz der unzureichenden politischen Leistung der Orangen siegte Janukovyč bei der Präsidentschaftswahl im Januar respektive Februar 2010 mit 35,3 beziehungsweise 48,95 Prozent der Stimmen. Die OSZE beobachtete die Stimmenabgabe und versicherte einen fairen Wahlausgang.²³²

Neben den politisch turbulenten Zeiten hatte die Ukraine Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts mit wirtschaftlichen Einbrüchen zu kämpfen. Auch wurde sie stark von der Weltwirtschaftskrise 2008 getroffen. Im hochindustrialisierten Osten der Ukraine, der landesweit eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen vorweisen konnte, zeigte sich dies anhand der unzeitgemäßen Industrie, die zunehmend subventioniert werden musste. Auch kam es durch die veralteten Strukturen unter anderem in Donezk häufig zu Arbeitsunfällen und tödlichen Unglücken in den Kohlegruben.²³³

*Angesichts dieser Probleme und der Unsicherheiten der sozialen und wirtschaftlichen Lage ist es nicht verwunderlich, dass vor allem im Osten und Süden und unter älteren Menschen Sowjetnostalgie verbreitet war. Die späte Sowjetzeit wurde hier als Zeit der Stabilität und der sozialen Sicherheit, nicht als Epoche der Parteidiktatur und Abhängigkeit von Moskau erinnert.*²³⁴

²²⁹ Vgl. ebenda, 292–295.

²³⁰ In der *Werchowna Rada* kam es im Zuge der hitzigen Diskussionen regelmäßig zu Handgreiflichkeiten zwischen Parlamentariern*innen, was dem Ansehen der ukrainischen Politik in der Bevölkerung und auf internationaler Ebene eklatant schadete.

²³¹ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 295.

²³² Vgl. ebenda, 295–296.

²³³ Vgl. ebenda, 314–318.

²³⁴ Ebenda, 319.

Die Identität und die Verbundenheit mit anderen Staaten – sei es jene mit Westeuropa oder jene mit der ehemaligen Sowjetunion – wurden nicht nur vom Volk, basierend auf sprachlichem und kulturellem Zugehörigkeitsgefühl, geäußert, sondern von der Politik instrumentalisiert und von Politikern*innen aktiv konstruiert. Juščenko strebte ein zum Nationalismus tendierendes Narrativ der ukrainischen Geschichte an und betonte die Notwendigkeit der Loslösung vom sowjetischen und später russischen Einfluss. Unter anderem verankerte er den *Holodomor*²³⁵ als Genozid der UdSSR am ukrainischen Volk in der Verfassung. Janukovyč änderte die ukrainische Geschichtsschreibung hin zu einer andauernden Verbundenheit mit der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten. Unter seiner Präsidentschaft wurde erstmals seit 1991 ein Denkmal zu Ehren Stalins errichtet. Interesse an einer pro-sowjetischen und pro-russischen Geschichtsschreibung hatte auch das russische Staatsoberhaupt,²³⁶ das seine selbsterklärte Hegemonialmacht über die ehemaligen Sowjetrepubliken aufrechterhalten wollte.²³⁷ Putins Ablehnung Juščenkos und Zustimmung für Janukovyč äußerte sich in der medialen Berichterstattung über das ukrainische Nachbarland in den staatlich kontrollierten Medien Russlands.²³⁸

*Diese Politik und die herablassende Haltung wurden von national bewussten Ukrainern als Gefährdung der Unabhängigkeit und kulturellen Eigenständigkeit, als Fortsetzung der Unterdrückungspolitik der Zaren und Sowjets betrachtet.*²³⁹

²³⁵ Siehe Kapitel 4.2.

²³⁶ Putin ist mit Ausnahme einer vierjährigen Pause von 2008 bis 2012, in der er das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete, seit dem Jahr 2000 Präsident der Russischen Föderation.

²³⁷ Dass die Staatsrepräsentanten*innen Russlands die Ukraine nach wie vor als Bestandteil der russischen Einflusssphäre betrachten, zeigt sich in ihrer Verwendung der beiden Lokalpräpositionen ‚v‘ und ‚na‘, die beide ‚in‘ – in Verbindung mit einem Ort – beziehungsweise ‚nach‘ – in Verbindung mit einer Richtung – bedeuten. Die Präposition ‚v‘ suggeriert ein souveränes Staatsgebiet, das durch eine Grenze von der Russischen Föderation getrennt ist. So würde man zum Beispiel ‚v Evrope‘, zu Deutsch ‚in Europa‘, kombinieren. Im Gegensatz dazu bezeichnet die Präposition ‚na‘ ein nicht souveränes Staatsgebiet, das durch keine Grenze von der Russischen Föderation getrennt ist, zum Beispiel ‚na Urale‘, zu Deutsch ‚im Ural‘. In Kombination mit der Ukraine wird von russischer Seite die Präposition ‚na‘ verwendet, die dem Staat auf sprachlicher Ebene seine Souveränität abspricht.

²³⁸ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 328–333.

²³⁹ Ebenda, 333.

6 Der Ukraine-Konflikt

Nach den unglücklichen Jahren unter Juščenko, von dem sich die Bevölkerung im Donbass auf keiner Ebene vertreten fühlte, brach mit dem Präsidenten Janukovyč eine neue Zeit an. Janukovyč erhielt im Donezbecken viel Zuspruch, da er im Donbass sozialisiert worden war und sein politischer Aufstieg dort begonnen hatte. Er wurde vom *Donezker Clan* aufgebaut und finanziert. Im Gegenzug erwarteten sich die Donezker Eliten die Repräsentation des Donbass in Kiew und ein Handeln des Politikers zu ihren Gunsten, was auch der Arbeiterschaft und den Bewohnern*innen Vorteile brachte. Mit seiner Absetzung und der Hinwendung Kiews zur EU fühlte sich die Bevölkerung im Donbass erneut vor den Kopf gestoßen.

6.1 Die Amtszeit Janukovyč'

Der neu gewählte Präsident Janukovyč hatte den entscheidenden Vorteil, einen Ministerpräsidenten aus der eigenen *Partei der Regionen*, Mykola Janovyč Azarov, an seiner Seite zu wissen. Azarov war in der russischen Sowjetrepublik sozialisiert worden und lernte Janukovyč bereits kennen, als dieser noch in der regionalen Politik in Donezk agierte. Politische Vorhaben konnte der Präsident mit einem gleichgesinnten Ministerpräsidenten wesentlich schneller und ohne großen Widerstand durchsetzen. Eine der ersten Maßnahmen Janukovyč' war die Rücknahme der Verfassungsänderung, die 2004 vom damaligen Präsidenten Kučma beschlossen und 2006 unter Juščenko in Kraft getreten war. Sie beschränkte die Handlungsfähigkeit des Präsidenten²⁴⁰ und weitete jene des Parlaments aus. Mit der Aufhebung trat die ukrainische Verfassung von 1996 neuerlich in Kraft.²⁴¹ Um seine Macht weiter auszubauen, begann Janukovyč, Schlüsselpositionen in Politik und Verwaltung mit Nahestehenden der *Partei der Regionen* – vornehmlich aus dem Osten und dem Süden der Ukraine – zu besetzen. Mit der neu gewonnenen Machtfülle des Präsidenten ging auch die staatliche Zensur und die Unterdrückung Andersdenkender einher.²⁴² „Es hielt ein Klima der Angst Einzug, genährt durch Einschüchterungen, Vorladungen beim Geheimdienst und gezielte Verhaftungen.“²⁴³

Um seine größte Rivalin und politische Bedrohung zu eliminieren, wurde drei Monate nach Aufnahme der Präsidentschaft Janukovyč' ein bereits 2003 eingeleitetes

²⁴⁰ Die Beschränkung der Macht des Präsidenten war mit ein Grund für das erschwerende politische Durchsetzungsvermögen Juščenkos.

²⁴¹ Sowohl die Verfassungsänderung unter Kučma im Jahr 2004 als auch deren Rücknahme unter Janukovyč im Jahr 2010 sind unter rechtlich umstrittenen Rahmenbedingungen erfolgt, die Legitimität beider Vorgänge ist demnach zweifelhaft.

²⁴² Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 297–298.

²⁴³ Ebenda, 298.

Korruptionsverfahren gegen Tymošenko fortgesetzt. Auch wurde 2010 wegen Missbrauchs öffentlicher Gelder eine Strafanzeige gegen sie erstattet. Die Politikerin solle sich 2009 bei Erdgasgeschäften mit Russland persönlich bereichert und einem zu hohen Preis zugestimmt haben, was dem ukrainischen Staat einen Verlust in dreistelliger Millionenhöhe eingebracht haben soll. Tymošenko wurde im Oktober 2011 zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Die politisch motivierte Inhaftierung sorgte international für Aufsehen. Tymošenko, die unter chronischen Rückenbeschwerden litt und der eine adäquate Behandlung verwehrt wurde, trat mehrmals vergeblich aus Protest in einen Hungerstreik.²⁴⁴

Die systematische Ausschaltung der politischen Opposition erschwerte die Etablierung eines glaubwürdigen Gegenkandidaten zu Janukovyč. Aus den Parlamentswahlen 2012²⁴⁵ ging die *Partei der Regionen* erneut als stärkste Partei hervor. Mit 25,5 Prozent folgten die *Allukrainische Vereinigung „Vaterland“*, die sich aus *BJuT* herausgebildet hatte, sowie mit 14,0 Prozent die Partei *Ukrainische demokratische Allianz für Reformen*²⁴⁶ des ehemaligen Boxers Vitalij Volodymyrovyc Klyčko. Tymošenko saß zu diesem Zeitpunkt ihre Haftstrafe ab und Klyčko, der sich zwar bereits im Zuge der *Orangen Revolution* in die ukrainische Innenpolitik eingebracht hatte, konnte keinerlei Regierungserfahrung vorweisen. Juščenkos Partei erreichte nur knapp ein Prozent der Wähler*innenstimmen und verlor somit jegliche politische Relevanz. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung unter dem Präsidenten Janukovyč wuchs jedoch auch ohne oppositionspolitische Gallionsfigur, da die in seinem Wahlkampf propagierte soziale und wirtschaftliche Verbesserung der Lebensverhältnisse der Ukrainer*innen ausblieb. Gleichzeitig bereicherten sich der Politiker und sein Umfeld zunehmend, „*was ihm den Ruf des Kleptokraten einbrachte.*“²⁴⁷ Im Mai 2013 kam es zu Demonstrationen von Anhänger*innen der Oppositionsparteien in Kiew, an denen 50 000 Personen teilnahmen. Gleichzeitig gingen Unterstützer*innen Janukovyč' für Gegendemonstrationen in der Hauptstadt auf die Straße.²⁴⁸

²⁴⁴ Vgl. ebenda, 299–301.

²⁴⁵ Die EU und die OSZE prangerten erneut die Wahlen an und stellten zahlreiche Unregelmäßigkeiten fest.

²⁴⁶ Das offiziell verwendete Akronym ‚UDAR‘, abgeleitet von der ukrainischen Bezeichnung ‚Ukraїns'kyj Demokratyčnyj Al'jans za Reformy‘, ist das ukrainische beziehungsweise das russische Wort für ‚Schlag‘.

²⁴⁷ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 305.

²⁴⁸ Vgl. ebenda, 302–306.

6.2 Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine

Nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch kam die Ukraine nicht zur Ruhe. Die jahrhundertelange Assoziation mit Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken wurde mit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 in Frage gestellt. Zum ersten Mal konnte die Ukraine auf eigene Initiative Beziehungen zum Ausland etablieren und einen selbstbestimmten Weg einschlagen. Die günstige geografische Lage zwischen West- und Mittel- sowie Osteuropa machte die Ukraine als Verbündeten sowohl für die EU als auch die Russische Föderation attraktiv. Für die Ukraine war dies Fluch und Segen zugleich. Einerseits bemühten sich beide Seiten mit diversen Abkommen und Einladungen zu Mitgliedschaften in einschlägige Organisationen um die Gunst der ehemaligen Sowjetrepublik, andererseits wurde die Ukraine dadurch immer öfter vor die Wahl hinsichtlich ihrer zukünftigen politischen Ausrichtung und in Folge oftmals vor eine Zerreißprobe gestellt. Die Entscheidung über eine West- oder Ostorientierung hing nicht nur von der Bevölkerung ab, die sich aufgrund der unterschiedlichen historischen Prozesse der einzelnen ukrainischen Länder immer schon ambivalent verhalten hatte, sondern vorrangig von den politischen Entscheidungsträgern*innen. Während Präsident Kučma von 1994 bis 2005 eine russlandtreue Politik verfolgte, kam es unter Juščenko – seine Präsidentschaft dauerte von Januar 2005 bis Februar 2010 an – und nach der *Orangen Revolution* zu einem am Westen orientierten Kurs.

Juščenko bekundete bereits in seinem Wahlkampf das Streben nach einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine und stellte die europäischen vor die russischen Beziehungen. Seit der EU-Osterweiterung 2004 war die Ukraine, die im Westen Landesgrenzen mit Polen, der Slowakei und Ungarn teilt, direkter Nachbar der EU.²⁴⁹ „*Die Ausweitung des Schengener Abkommens*²⁵⁰ auf diese Länder verfestigte die Grenze zwischen Ukraine und Europäischer Union.“²⁵¹

Die Ukraine reagierte bereits 2005 mit der Aufhebung der Visapflicht für einreisende EU-Bürger*innen, die umgekehrt für ukrainische Staatsbürger*innen in die EU erst 2017 erfolgte. Auch der EU war eine freundschaftliche Nachbarschaftspolitik²⁵² ein Anliegen, war die Ukraine doch ein direkter Brückenstaat zu Russland. Einer EU-

²⁴⁹ Vgl. ebenda, 306–307.

²⁵⁰ Das *Schengener Abkommen* wurde 1985 beschlossen und sieht die Etablierung eines gemeinsamen Binnenmarktes sowie die Aufhebung der europäischen Binnengrenzen aller Mitgliedsstaaten vor.

²⁵¹ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 307.

²⁵² Seit 2008 forcierte die EU ihren Einfluss in den ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine mit einem Programm, das als *Östliche Partnerschaft* bezeichnet wird. Das Projekt an den unmittelbaren Grenzen der Russischen Föderation wurde von dieser als Affront wahrgenommen.

Mitgliedschaft der Ukraine sah man 2004 von europäischer Seite jedoch noch mit Skepsis entgegen und knüpfte diese an die Bedingung wirtschaftlicher und politischer Reformen. Die EU stellte aber als Zeichen der Annäherung ein Freihandels- und Assoziierungsabkommen in Aussicht.²⁵³ Eine wirtschaftliche Hinwendung der Ukraine zum Westen markierte ihre Aufnahme in die *Welthandelsorganisation* im Mai 2008. „*Dies wurde als wichtiger Schritt zur Integration der Ukraine in den europäischen und globalen Markt und als Abwendung von der GUS und deren Wirtschaftsraum gewertet.*“²⁵⁴

Die Ukraine war neben der Russischen Föderation und Belarus eines der drei Gründungsmitglieder der *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*,²⁵⁵ die nach dem Zerfall der UdSSR eine gemeinsame Wirtschafts- und Sicherheitszone der ehemaligen Sowjetrepubliken vorsah. Sitz der Organisation ist bis heute die belarussische Hauptstadt Minsk. Der GUS traten in weiterer Folge die nunmehr unabhängigen Staaten Armenien, Aserbaidschan, Georgien,²⁵⁶ Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan bei. Die baltischen Staaten strebten keine Mitgliedschaft an, da sie sich nicht als Nachfolgestaaten, sondern als ehemals okkupierte Territorien der UdSSR verstanden.²⁵⁷ 2014 brach – wie zuvor Georgien – auch die Ukraine mit der GUS. Als Antwort auf die Annexion der Krim und die Eskalationen in der Ostukraine sowie die Tatsache, dass sich kein Mitglied der GUS der Ukraine gegenüber solidarisch positionierte, kündigte diese an, die Organisation zu verlassen. Der Austritt wurde am 19. Mai 2014 – am sogenannten *Europatag* der Ukraine – vom damaligen Präsidenten Porošenko feierlich verkündet. Porošenko betonte im Zuge der Abkehr von der GUS, dass die Zukunft der Ukraine in Europa läge.²⁵⁸

Juščenko äußerte auch Interesse an einer Mitgliedschaft in der *North Atlantic Treaty Organization*,²⁵⁹ worauf Russland – nicht zuletzt wegen der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim in Sewastopol²⁶⁰ – empfindlich reagierte. Russland berief sich dabei auf die Zusage des Westens, dass es keine Osterweiterung der NATO geben würde. Dies ist zwar in der *NATO-Russland-*

²⁵³ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 306–307.

²⁵⁴ Ebenda, 307.

²⁵⁵ Kurz GUS.

²⁵⁶ Georgien trat der GUS erst 1993 bei und verließ die Organisation bereits 2009 als Reaktion auf den Kaukasuskrieg im Jahr 2008, bei dem sich Georgien und Russland militärisch gegenüberstanden.

²⁵⁷ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 253.

²⁵⁸ Vgl. Illia Ponomarenko, Ukraine withdraws all envoys from CIS bodies. In: Kyiv Post, 19.05.2018, online unter <<https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/ukraine-withdraws-envoys-cis-bodies.html>> (29.11.2021).

²⁵⁹ Kurz NATO.

²⁶⁰ Ukr. Sevastopol'.

Grundakte von 1997 nicht schriftlich festgehalten, wurde jedoch bei verschiedenen Gelegenheiten der Russischen Föderation mündlich zugesichert. Die NATO bestreitet allerdings, der Russischen Föderation ein solches Zugeständnis gemacht zu haben.²⁶¹ Auch sprach sich zusätzlich zur Kritik Russlands nur ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung für eine Mitgliedschaft im Militär- und Verteidigungsbündnis aus und es kam zu Protestkundgebungen der Bevölkerung.²⁶² „*Ein NATO-Gipfel lehnte im Jahre 2008 den Antrag der Ukraine [. . .] trotz amerikanischer Unterstützung vorläufig ab.*“²⁶³

Russland warf Juščenko russophobe Politik und die Diskriminierung der Russischsprachigen in der Ukraine, speziell im Osten des Landes, vor. Die russisch-ukrainischen Beziehungen hatten einen einstweiligen Tiefpunkt erreicht und beide Seiten erwogen die Aufkündigung des *Freundschaftsvertrages* von 1999. Russland drohte mit Einstellung der Gaslieferungen, die Ukraine mit der Nichtverlängerung des 2017 auslaufenden Vertrags über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol. Erst mit dem neuen Präsidenten Janukovyč entspannte sich die Lage. Mit seiner sogenannten multivektoralen Politik strebte dieser freundschaftliche Beziehungen sowohl zur Russischen Föderation als auch zur EU an. Die Ukraine sollte ein eigenständiger politischer Raum werden und als Brücke zwischen Ost und West agieren. Mit der EU wurde das *Assoziierungsabkommen* finalisiert, das unter anderem eine Freihandelszone mit der Ukraine vorsah. Zudem gab es weitere Gespräche über eine angestrebte EU-Mitgliedschaft der Ukraine. Parallel dazu erhielt die Ukraine von russischer Seite die Einladung, der 2010 gegründeten Zollunion mit Russland, Kasachstan und Belarus beizutreten.²⁶⁴

*Vladimir Putin verfolgte mit der Zollunion das Ziel einer eurasischen Wirtschaftsunion unter russischer Hegemonie, die als Gegenmodell zur Europäischen Union möglichst viele ehemalige Sowjetrepubliken umfassen sollte.*²⁶⁵

Janukovyč nahm vorerst nur in einer Beobachterrolle und ohne schriftliche Bindung an den Sitzungen der Zollunion teil. Im Frühjahr 2011 reagierten sowohl Vertreter*innen der EU als auch der Russischen Föderation auf die zweigleisigen Verhandlungen Janukovyč' und stellten die Ukraine vor die Wahl zwischen einer Mitgliedschaft in der Freihandelszone der EU und der *Eurasischen Zollunion*. Eine Zugehörigkeit zu beiden

²⁶¹ Vgl. Uwe Klüsemann, Matthias Schepp, Klaus Wiegrefe, »Absurde Vorstellung«. In: Der Spiegel, 22.11.2009, online unter <<https://www.spiegel.de/politik/absurde-vorstellung-a-a18a7cab-0002-0001-0000-000067871653?context=issue>> (21.11.2021).

²⁶² Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 308.

²⁶³ Ebenda, 308.

²⁶⁴ Vgl. ebenda, 308–313.

²⁶⁵ Ebenda, 313.

wäre demnach ausgeschlossen und vertraglich nicht umsetzbar.²⁶⁶ Obwohl mit den Ultimaten Russlands und der EU vor allem politische Interessen verfolgt wurden, waren dafür aber auch tatsächliche wirtschaftliche Auswirkungen entscheidend. Putin begründete dies im Gespräch mit dem ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta im November 2013 wie folgt:²⁶⁷

*This means that if we maintain a free trade zone with Ukraine, we have every reason to believe that goods originating in Europe will directly enter our market, transiting through Ukraine's territory either as European products, or labelled as Ukrainian goods. This poses a serious threat to our economy.*²⁶⁸

Janukovyč hielt an seiner multivektoralen Politik fest, verhandelte weiterhin das *Assoziierungsabkommen* mit der EU und erfüllte den Großteil der von ihr auferlegten Bedingungen²⁶⁹ zur Unterzeichnung. Das Abkommen sollte während des EU-Gipfels am 28. und 29. November 2013 in der litauischen Hauptstadt Vilnius unterzeichnet werden. Mit der herannahenden Ratifizierung verstärkte Russland im Sommer 2013 seine Aggression gegen das Nachbarland. Die Importe aus der Ukraine wurden für einen kurzen Zeitraum gänzlich gestoppt und danach stark reduziert, was angesichts des hohen Stellenwertes des Export-Abnehmers Russland für die Ukraine einen bedeutenden Einschnitt in die ukrainische Wirtschaftsleistung darstellte. Auch drohte man der Ukraine mit der Einführung einer Visapflicht, die für ukrainische Arbeitskräfte in der Russischen Föderation sowie für auf beiden Seiten der Ländergrenze lebende Familien²⁷⁰ beträchtliche Konsequenzen gehabt hätte. Die Maßnahmen sollten der Ukraine die negativen Auswirkungen einer Hinwendung zur EU aufzeigen. Im russischen Fernsehen wurde die negative Berichterstattung über die Ukraine intensiviert. Gleichzeitig wurde versucht, mit einem Kredit russischer Banken in Höhe von 750 Millionen Euro und einer Inaussichtstellung der temporären Senkung der

²⁶⁶ Vgl. ebenda, 313.

²⁶⁷ Vgl. Frederick Mills, Understanding the Euromaidan: The View from the Kremlin. In: David Marples, Frederick Mills (Hg.), Ukraine's Euromaidan. Analyses of a Civil Revolution (Stuttgart 2015) 239–260, hier 252.

²⁶⁸ Russian-Italian interstate consultations. In: President of Russia, 26.11.2013, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/19701>> (04.12.2021).

²⁶⁹ Einzig der Freilassung der inhaftierten Politikerin Tymošenko kam Janukovyč nicht nach. Diese appellierte jedoch an Vertreter*innen der EU, die Unterzeichnung des *Assoziierungsabkommens* nicht ihretwegen scheitern zu lassen. Die EU-Außenminister*innen hielten ihre Einwilligung zur Ratifizierung des Abkommens bis zum Schluss offen.

²⁷⁰ Aufgrund der jahrhundertelang geteilten Außengrenzen mit dem Russischen Reich und der UdSSR war es speziell im Osten der Ukraine nicht selten, im jeweils anderen Staat einer Tätigkeit nachzugehen oder dass Familienangehörige sowohl auf ukrainischem als auch russischem Territorium ansässig waren. Die Grenzen waren fließend, einer territorialen Trennlinie bedurfte es allmählich erst nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991.

Gaspreise durch *Gazprom*²⁷¹ Anreize für eine russische Assoziation zu schaffen. Dennoch hielt der ukrainische Ministerpräsident Azarov am *Assoziierungsabkommen* mit der EU fest und bekundete noch am 20. November 2013 das Vorhaben seiner Unterzeichnung. Am Folgetag wurde „*die Aussetzung der Vorbereitung für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU*“²⁷² bekannt. Als Grund für die plötzliche Kehrtwende wurden die erheblichen Einbußen im Zusammenhang mit den Wirtschaftssanktionen der Russischen Föderation genannt. Anstelle der EU wolle man mit Russland und den GUS-Staaten an einem gemeinsamen Wirtschaftsraum arbeiten. Azarov betonte zudem, dass der Entscheidung rein wirtschaftliche Überlegungen zugrunde lagen.²⁷³

*Obwohl zunächst davon nicht die Rede war, ist anzunehmen, dass Russland schon zu diesem Zeitpunkt nicht nur die Peitsche der Wirtschaftssanktionen, sondern auch das Zuckerbrot finanzieller Zusagen einsetzte. Diese wurden erst am 17. Dezember bei einem Treffen Janukovyč' mit Putin in Moskau offiziell bekannt gegeben. Russland versprach einen Kredit von 15 Milliarden Dollar [. . .]. Außerdem sagte Gazprom eine zeitlich begrenzte Senkung des Gaspreises von 400 auf 270 Dollar pro Kubikmeter zu.*²⁷⁴

6.3 Die Proteste am Maidan

Als Reaktion auf den plötzlichen Richtungswechsel der ukrainischen Regierung versammelten sich bereits am Abend des 21. Novembers 2013 Demonstrierende am Unabhängigkeitsplatz in Kiew, der auch schon als Austragungsort für die *Orange Revolution* gedient hatte. Die Proteste dauerten während der Folgetage an und breiteten sich auf mehrere Städte der West- und Zentralukraine aus. Janukovyč reiste zwar am 28. und 29. November 2013 zum EU-Gipfel nach Vilnius, unterzeichnete aber, wie angekündigt, das *Assoziierungsabkommen* nicht. Dennoch signalisierte er Vertretern*innen der EU weiterhin die Absicht einer zukünftigen EU-Eingliederung der Ukraine.²⁷⁵ In der Nacht auf den 30. November, als sich mehrere Zehntausende am Unabhängigkeitsplatz eingefunden hatten, begann eine bewaffnete Spezialeinheit der

²⁷¹ Der Erdgaskonzern *Gazprom* gilt als weltgrößter Energielieferant und hat seinen Sitz in Moskau. Dem russischen Staat gehören 50 Prozent seiner Anteile, außerdem stellen Vertreter*innen des Staates die Mehrheit der Mitglieder im Aufsichtsrat des Konzerns. Die Beteiligung dient der Russischen Föderation oftmals als Druckmittel für politische Zwecke.

²⁷² Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 337.

²⁷³ Vgl. ebenda, 334–337.

²⁷⁴ Ebenda, 337.

²⁷⁵ Die EU begrüßte zwar die von der Ukraine angekündigte Fortsetzung des Dialogs, lehnte jedoch vorgeschlagene trilaterale Verhandlungen mit Russland und der Ukraine ab. Auch Russland sprach sich dagegen aus.

ukrainischen Polizei²⁷⁶ den Platz unter Gewaltanwendung zu räumen. Es kam zu ersten Verletzten auf Seiten der Protestierenden und der *Berkut*. Um weitere Eskalationen zu vermeiden, wurde ein Versammlungsverbot für den Maidan ausgesprochen, das die Demonstrierenden jedoch angesichts ihrer Empörung über die Gewaltanwendung der ukrainischen Polizei ignorierten. Am 1. Dezember wurden „zwischen 400 000 und 700 000 Menschen“²⁷⁷ auf dem Maidan verzeichnet. Ab diesem Zeitpunkt ging die Gewalt auch von Teilen der Bevölkerung aus, die die *Berkut* mit Pflastersteinen bewarfen. Diese antwortete wiederum mit Tränengas und Schlägen. Die Protestierenden nahmen die Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung und das Haus der Gewerkschaften ein, das sie von nun als ihr Hauptquartier nutzten. Etliche Aufständische wurden im Zuge der Ausschreitungen festgenommen.²⁷⁸ Insgesamt waren bei den Protesten am Maidan etwa 130 Tote²⁷⁹ zu beklagen, 18 von ihnen waren Polizisten*innen. Unzählige weitere Personen wurden verletzt.²⁸⁰

Diese Gewaltanwendung war ein Novum im ukrainischen Staat. Weder die Ausrufung der Unabhängigkeit 1991 noch die *Orange Revolution* 2004/05 – als die beiden bedeutendsten Zäsuren der jüngeren Geschichte – hatten Verletzte oder gar Todesopfer gefordert. Umso vehemente forderten die Protestierenden des *Euromaidan* den Rücktritt Janukovyč’ und der ukrainischen Regierung.²⁸¹ Sie erhofften sich mit einer Neubesetzung der politischen Ämter auch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Ukraine. In einer im Dezember 2013 landesweit durchgeführten Umfrage wurden die Bewohner*innen der Ukraine über ihre Meinung zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation im Land befragt.²⁸²

Als die brennendsten Probleme wurden Inflation, Armut und Arbeitslosigkeit genannt, gefolgt von Korruption und einem maroden Gesundheitswesen. 74 Prozent der Befragten hatten kein Vertrauen zu den politischen Institutionen,

²⁷⁶ Hierbei handelte es sich um die Sondereinheit *Berkut*, zu Deutsch ‚Steinadler‘, die während des *Euromaidan* zusehends in Kritik geriet und der nachträglich Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurden. Auf Betreiben des damaligen Innenministers Arsen Borysovych Avakov – die Spezialeinheit war dem Innenministerium unterstellt – wurde sie noch im Februar 2014 aufgelöst.

²⁷⁷ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 338.

²⁷⁸ Vgl. ebenda, 338–339.

²⁷⁹ Repräsentativ für die Verstorbenen des *Euromaidan* wurde der Begriff *Himmlische Hundertschaft* eingeführt. Diese Personen werden in der Ukraine heute als Nationalhelden*innen verehrt und unter dem aktuellen ukrainischen Präsidenten, Volodymyr Oleksandrovych Zelens'kyj, soll für sie ein Denkmal in Kiew errichtet werden.

²⁸⁰ Vgl. Florian Hassel, Die bitteren Früchte der Maidan-Revolte. In: Süddeutsche Zeitung, 21.11.2018, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-maidan-kiew-proteste-2013-1.4219128>> (05.12.2021).

²⁸¹ Die Nichtunterzeichnung des *Assoziierungsabkommens* war nach den gewalttamen Eskalationen in Kiew längst nicht mehr der für die Proteste ausschlaggebende Faktor.

²⁸² Vgl. Ukraine 2013 Public Opinion Poll Shows Dissatisfaction with Socio-Political Conditions. In: International Foundation for Electoral Systems, 05.12.2013, online unter <<https://www.ifes.org/news/ukraine-2013-public-opinion-poll-shows-dissatisfaction-socio-political-conditions>> (08.12.2021).

*am wenigsten zu dem von Korruption durchsetzten Parlament und zur Regierung [. . .]. Zwei Drittel misstrauten dem noch amtierenden Präsidenten [. . .] Janukowitsch [. . .].*²⁸³

Auch kritisierten die Befragten das Verständnis von Demokratie in der Ukraine.²⁸⁴

Obwohl sich auch wie bei der *Orangen Revolution* politische Vertreter*innen der Oppositionsparteien, unter ihnen Arsenij Petrovyč Jacenjuk von der *Allukrainischen Vereinigung „Vaterland“*, Klyčko von der *UDAR-Partei* und Oleh Jaroslavovyč Tjahnybok von der *Allukrainischen Vereinigung „Swoboda“*, den Protesten anschlossen, wurden sie nicht – wie Juščenko und Tymošenko während der *Orangen Revolution* – zu führenden Gallionsfiguren des *Euromaidan* emporgehoben. Vielmehr ergriff im Winter 2013/14 die Zivilgesellschaft die Initiative und lenkte die Geschicke selbst. Nachdem der politische Machtwechsel im Jahr 2005 wenig Veränderung und nur einen Austausch der herrschenden Eliten bedeutet hatte, wollte man die Zukunft der Ukraine nicht erneut in die Hand von bereits etablierten Politikern*innen – wenngleich auch augenscheinlich verbündeten Oppositionspolitikern*innen – übergeben. Die Proteste dauerten folglich an und am 8. Dezember wurden je nach Quelle 500 000 bis eine Million Menschen am Maidan gezählt.²⁸⁵ Trotz der enormen Kälte der Wintermonate – die Temperaturen sanken stellenweise auf bis zu -20 Grad Celsius – wurden Zeltlager aufgeschlagen und die Demonstrierenden begannen sich untereinander mit Verpflegungsketten zu organisieren. Eine Schlichtung der festgefahrenen Situation war nicht in Aussicht, da die Vertreter*innen der Oppositionsparteien sich weigerten, mit Janukovyč an einem Verhandlungstisch zusammenzukommen. Auch Porošenko, der 2012 noch das Amt des Wirtschaftsministers bekleidet hatte, wandte sich zusehends von Janukovyč ab und unterstützte mit seinem Fernsehsender *5. Kanal „objektive Berichterstattung“*.²⁸⁶ Im Zuge der von Russland verhängten Sanktionen war der Import von Produkten der im Besitz Porošenkos stehenden Schokoladenfabrik *Roshen* vollständig gestoppt worden, was das Unternehmen – Russland war Hauptabnehmer der Produkte – wirtschaftlich traf. Porošenko setzte sich in Folge vermehrt für eine EU-Assoziiierung ein. Auf internationaler Ebene sicherten die EU und die USA der ukrainischen Opposition ihre Unterstützung zu.²⁸⁷ „Als Reaktion auf

²⁸³ Klaus Müller, Die Clans der Ukraine. Machtverhältnisse in einer Demokratie, die nie existiert hat. In: Le Monde diplomatique, 09.10.2014, online unter <<https://monde-diplomatique.de/artikel/!284424>> (08.12.2021).

²⁸⁴ Vgl. ebenda.

²⁸⁵ Die Kundgebung am 8. Dezember 2013 wird heute auch als ‚Marsch der Millionen‘ bezeichnet.

²⁸⁶ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 340.

²⁸⁷ Vgl. ebenda, 339–342.

Menschenrechtsverletzungen während der gewaltsamen Zusammenstöße erließen die EU und die USA Sanktionen gegen einzelne ukrainische Politiker.“²⁸⁸

Russland andererseits verurteilte die Demonstrationen am Maidan und Putin verhandelte mit Janukovyc weiter den Beitritt der Ukraine zur *Eurasischen Zollunion*. „*Die russischen Medien bezeichneten den Euro-Majdan als vom Ausland gesteuerte Aktion gekaufter Söldner.*“²⁸⁹ Die gezielte Propaganda sollte jeden Sympathiegedanken mit den Demonstrierenden unterbinden, um eine ähnliche Entwicklung in Russland abzufangen.²⁹⁰

Am 16. Januar 2014, als das ukrainische Parlament das Demonstrationsrecht de jure massiv einschränkte, kam es erneut zu gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstrierenden und der Polizei. Insgesamt 200 Personen wurden auf beiden Seiten verletzt und vor allem unter den Demonstrierenden fand eine Radikalisierung statt, die sich im Einsatz von Molotow-Cocktails und in der teilweisen Bewaffnung – allen voran des rechten Sektors – zeigte. Die ukrainische Regierung setzte gezielt Drohungen, körperliche Gewalt, Verhaftungen und Entführungen gegen Journalisten*innen und Aktivisten*innen ein. Am 24. Januar kam es im Zusammenhang mit dem *Euromaidan* zu ersten Todesopfern, es handelte sich dabei um fünf Demonstrierende und einen Polizisten. Am 28. Januar wurden die Einschränkungen des Demonstrationsrechts zurückgenommen und die ukrainische Regierung trat samt Ministerpräsidenten Azarov geschlossen zurück. Da Janukovyc jedoch weiterhin das Präsidentenamt bekleidete,²⁹¹ dauerten die Proteste den Februar hinweg an und wurden zunehmend gewaltsamer. Allein im Februar verstarben im Zuge der Proteste über 80 Personen, Zahlreiche wurden verletzt. Das vom Präsidenten angeordnete Blutvergießen veranlasste 35 Abgeordnete der *Partei der Regionen* zum Übertritt in den Oppositionssektor, was diesem die Mehrheit im Parlament einbrachte. Auch solidarisierten sich etliche Polizisten*innen und Militärs mit den *Euromaidan*-Protestierenden und wechselten auf deren Seite.²⁹²

*Die Aktivisten des Majdan kontrollierten nun Kiev weitgehend. Janukovyc’ Residenz wurde für das Publikum geöffnet, das sich über den Luxus empörte und über dessen extravaganten Geschmack wunderte.*²⁹³

²⁸⁸ Ebenda, 341.

²⁸⁹ Ebenda, 342.

²⁹⁰ Vgl. ebenda, 342.

²⁹¹ Mit dem Rücktritt der Regierung bat Janukovyc dem Oppositionspolitiker Jacenjuk sein Amt an, das dieser jedoch ablehnte.

²⁹² Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 340–343.

²⁹³ Ebenda, 344.

Am 21. Februar wurde vom ukrainischen Parlament die Verfassung von 2004/06 wiedereingeführt, die diesem mehr und dem Präsidenten weniger Kompetenzen zusprach. Präsident Janukovyč wurde seines Amtes enthoben und Neuwahlen wurden beschlossen.²⁹⁴

*Damit sprengte das Parlament zwar seine verfassungsmäßigen Vollmachten, die die Absetzung eines Präsidenten nur über ein langwieriges Amtsenthebungsverfahren ermöglicht hätte. Dieser Bruch der politischen Spielregeln war zwar an sich bedenklich, doch in der gegebenen Situation notwendig, um ein Machtvakuum zu verhindern und die Situation zu stabilisieren. Janukovyč' Amtsenthebung wurde von der Europäischen Union sofort anerkannt, nicht aber von Russland.*²⁹⁵

Die Proteste am Maidan wurden nicht geschlossen von der ukrainischen Bevölkerung befürwortet. Seit ihrem Einsetzen gab es ebenfalls Gegendemonstrationen für das Janukovyč-Regime, darunter auch in Kiew. Die meisten Pro-Regierungskundgebungen fanden jedoch in der Ostukraine – die als Hochburg der Janukovyč-Anhänger*innen galt – und vermehrt in Donezk statt. Während in der Hauptstadt das letzte noch stehende Lenin-Denkmal zu Boden gebracht wurde, konnte die Bevölkerung in der Ostukraine sich mit der Abwendung von Russland und der Hinwendung zur EU nicht identifizieren. Auch die verfassungswidrigen Handlungen des ukrainischen Parlaments, das sich zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich aus der politischen Opposition zusammensetzte, und die Amtsenthebung Janukovyč' stießen in der Ostukraine auf Unmut. So scheint es nicht verwunderlich, dass Janukovyč zuerst von Kiew in die Ostukraine flüchtete, bevor er sich anschließend nach Russland absetzte.²⁹⁶ Die Ankündigung, das Sprachengesetz von 2012 aufzuheben, erzeugte zusätzliche Missstimmung, war doch die Mehrheit in der Ostukraine russischsprachig. Das Sprachengesetz hatte folglich vorrangig Auswirkung auf den Gebrauch des Russischen im Alltag der Ostukrainer*innen.²⁹⁷ Die Ankündigung der Aufhebung des Sprachengesetzes nutzten *Euromaidan*-Gegner*innen, um Stimmung in der Ostukraine zu machen und die Unterdrückung des Russischen sowie eine bevorstehende Ukrainisierung der Region vorherzusagen.

Zudem nahmen die Forderungen zu, dass das aufgrund seiner Industrie für die Ukraine wirtschaftlich bedeutende Donezbecken nicht mehr länger die restliche Ukraine finanzieren solle. Die Machthaber*innen in Kiew gäben das Geld der Donbasser Arbeiter*innen aus, während diese Regionen auf Bundesebene vergessen würden und

²⁹⁴ Vgl. ebenda, 343.

²⁹⁵ Ebenda, 344.

²⁹⁶ Janukovyč hatte bereits Mitte Februar Vorkehrungen für den Fall seiner politischen Absetzung getroffen und Teile seines Vermögens ins Ausland transferiert.

²⁹⁷ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 339–349.

deren Bewohner*innen mit ihrem geringen Gehalt ihre Lebensverhältnisse nicht verbessern könnten.²⁹⁸

In der neuen Kiewer Regierung war die *Partei der Regionen* Janukovyč' nicht mehr vertreten. Beteiligt waren jedoch Vertreter*innen der rechtsextremistischen Partei *Swoboda*.²⁹⁹ Wie in Kapitel 4.3 erläutert wurde, erfuhr die Ostukraine eine sozialistische sowie kommunistische historische Prägung nahe an Russland und der Sowjetunion. Nationalistisches und rechtsextremistisches Gedankengut war eher in der westlichen Ukraine verbreitet, die während des Zweiten Weltkriegs auch die höchste Zahl an Nazi-Kollaborateuren*innen hervorgebracht hatte. Eine Regierungsbeteiligung der sogenannten Faschisten*innen widersprach jeglichen politisch wünschenswerten Szenarien, die in der Ostukraine über lokale und russische Kanäle jahrelang verbreitet worden waren.³⁰⁰ Russland intensivierte mit den *Euromaidan*-Ereignissen seine politische Propaganda über Nachrichtenkanäle in der Ostukraine und berichtete von einem vom Ausland und von Faschisten*innen gelenkten Umsturz.³⁰¹ Dass die Mitglieder des rechtsextremen Sektors bei den Protesten und später in der *Werchowna Rada* nur einen kleinen Teil ausmachten, wurde unterschlagen.

Am 21. März wurde das *Assoziierungsabkommen* mit der EU unterzeichnet, was die endgültige Hinwendung der Ukraine zum Westen und die Abkehr von Russland einleitete. Die Gesamtheit dieser vielfältigen politischen und sozialen Schritte repräsentierte nicht die Mehrheit der Bevölkerung der Ostukraine.³⁰² Demnach

[. . .] hatte im Osten und Süden, wie Umfragen zeigten, die Orientierung auf Russland und die Zollunion erheblich mehr Anhänger als die Integration in die Europäische Union. So war der Euro-Majdan von Anfang an nicht ihre Sache, sondern eine Veranstaltung der Kiever Oppositionspolitiker und der Westukrainer.³⁰³

Auch Putin lehnte von Beginn an die *Euromaidan*-Bewegung ab und erkannte die neue Kiewer Regierung nicht an. Grund dafür war die Sorge vor dem Verlust des ukrainischen Territoriums als Einflussgebiet der Russischen Föderation. Als es zum politischen Umsturz und zur Absetzung Janukovyč' kam, reagierte Russland mit einer politischen Polarisierung. Die sogenannten ‚Landsleute‘ auf der Halbinsel Krim und in der Ostukraine mussten der russischen Kommunikation nach zu urteilen vor der neuen

²⁹⁸ Vgl. Reid, Borderland, 242.

²⁹⁹ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 345.

³⁰⁰ Auch dem Ausland bereitete die Regierungsbeteiligung von *Swoboda* Besorgnis.

³⁰¹ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 349.

³⁰² Die Ostukraine gilt nicht als geschlossene politische Einheit und auch dort gab es Befürworter*innen des neuen politischen Weges, genauso wie es im Westen und Zentrum der Ukraine auch Gegner*innen der Maßnahmen gab.

³⁰³ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 349.

politischen Führung in Kiew geschützt werden. Auch drohte laut Putin die Unterdrückung der russischen Sprache und die Ukrainisierung. Mit diesen Argumenten verunsicherte Putin nicht nur die Bewohner*innen der betroffenen Regionen, sondern rechtfertigte auch das militärische Eingreifen zuerst auf der Halbinsel Krim und später in der Ostukraine. Die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation war bereits im März 2014 vollzogen.³⁰⁴ Der im Frühjahr 2014 amtierende kanadische Außenminister John Baird äußerte, dass ihn die auf Ethnie und Nation basierenden Rechtfertigungen Putins an das nationalsozialistische Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnere. Er verglich den Einmarsch russischer Streitkräfte auf der Krim und in der Ostukraine mit der Annexion des Sudetenlandes in der ehemaligen Tschechoslowakei durch die Nationalsozialisten*innen 1938.³⁰⁵ Aber auch Putin zieht – wie so oft in seiner Rhetorik – den Vergleich zu den Nationalsozialisten*innen. Die Einkesselung und die Zerstörung ohne Rücksicht auf Verluste in der ansässigen Bevölkerung der Ostukraine erinnere ihn an die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Mit dieser Blockadetaktik hatte die Wehrmacht unter anderem von September 1941 bis Januar 1944 die Stadt Leningrad³⁰⁶ belagert und die dortige Bevölkerung ausgehungert.³⁰⁷ Die Separatisten*innen in der Ostukraine würden sich laut Putin nur gegen die Belagerer*innen verteidigen.³⁰⁸

De jure gehört die Krim zur Ukraine, de facto jedoch zu Russland, was nicht zuletzt 2015 mit dem Bau der Krim-Brücke zwischen der russischen Stadt Taman³⁰⁹ und der ukrainischen Stadt Kertsch³¹⁰ manifestiert wurde.³¹¹ Russland wurde als Konsequenz der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim aus der *Gruppe der Acht*³¹² ausgeschlossen und bis dato nicht wieder aufgenommen. In Russland wurde die ‚Rückholung der Krim‘ von der Bevölkerung positiv bewertet und Putins Umfragewerte nahmen kurzzeitig deutlich zu.³¹³

³⁰⁴ Vgl. ebenda, 351–354.

³⁰⁵ Vgl. Steven Chase, Harper compares Russia’s Crimea moves to Third Reich aggression. In: The Globe and Mail, 04.03.2014, online unter <<https://www.theglobeandmail.com/news/politics/canada-suspends-military-activities-with-russia/article17289679/>> (08.12.2021).

³⁰⁶ Russ. Leningrad.

³⁰⁷ Dieser sogenannten *Leningrader Blockade* fiel etwa eine Million Menschen zum Opfer. Im kollektiven Gedächtnis ist sie eine traumatische Episode des russischen Staates.

³⁰⁸ Vgl. Putin: Ukrainische Armee ist wie die Wehrmacht. In Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.08.2014, online unter <<https://www.faz.net/aktuell/politik/russlands-praesident-putin-ukrainische-armee-ist-wie-die-wehrmacht-13124988.html>> (05.12.2021).

³⁰⁹ Russ. Taman'.

³¹⁰ Ukr. Kerč.

³¹¹ Die Brücke wurde am 15. Mai 2018 von Putin persönlich mit einer Fahrt in einem Lastkraftwagen vom russischen Festland auf die ukrainische Halbinsel eingeweihrt.

³¹² Kurz G8.

³¹³ Vgl. Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg, 46–47.

Dass sich die politische Legitimation nicht bloß auf die Krim bezog, machte Putin schon Anfang März deutlich, als er verkündete, dass die russischen Streitkräfte in einem extremen Fall in anderen Teilen des Landes einschreiten könnten. Russland behalte sich alle Mittel zum Schutz der Russen in der Ukraine vor. «Wir werden nicht zusehen, wenn sie verfolgt und vernichtet werden.»³¹⁴

Dass die Kiewer Regierung auf der Krim nicht militärisch einschritt und die ukrainische Armee generell schlecht aufgestellt war, bestärkte Putin in seinem Vorhaben, in die Ostukraine einzugreifen.³¹⁵

6.4 Die Ausrufung der Volksrepublik Donezk

Die auf allen Ebenen bestehende Nähe des Donbass zu Russland, die in den vorangegangenen Kapiteln skizziert wurde, war ausschlaggebend dafür, dass Russland die Drohungen schon bald Realität werden ließ. Das Donezbecken galt während des Zarenreichs und der Sowjetunion als Zentrum der Schwerindustrie und auch in der unabhängigen Ukraine war es für die Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Die Industriezentren, aus denen sich später Städte wie Donezk herausbildeten, lockten russische Arbeitssuchende in den Donbass, was die Grundlage für die russischsprachige Population bildete – 2014 stellte diese in den ländlichen Regionen 40 Prozent, in den Städten bis zu 90 Prozent der ansässigen Bevölkerung dar. Nur die Krim übertraf den Donbass mit der höchsten Anzahl Russischsprechender auf ukrainischem Staatsgebiet.³¹⁶

Obwohl die Ostukrainer*innen die Geschehnisse am Maidan überwiegend ablehnten, hielten sie laut einer Umfrage im Frühjahr 2014 an einer unabhängigen Ukraine fest und sprachen sich gegen eine Eingliederung in die Russische Föderation aus. Jedoch forderten sie einen autonomen Status des Donbass und die Stärkung der russischen Sprache. Die Bevölkerung des Donezbeckens war allerdings politisch eher passiv geprägt.³¹⁷ Zwar organisierten sich Gegendemonstrationen zur *Euromaidan*-Bewegung, diese erreichten aber nicht annähernd die Zahl der Teilnehmer*innen vom Unabhängigkeitsplatz in Kiew. Von den Ereignissen in Kiew verunsichert, war die Bevölkerung jedoch anfällig für Propaganda, die die Russische Föderation im Donbass forcierte und die zunehmend aufhetzender wurde.³¹⁸

³¹⁴ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 356.

³¹⁵ Vgl. Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg, 46–47.

³¹⁶ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 357.

³¹⁷ Diese Passivität lässt sich unter anderem auf die lange Phase der fehlenden Möglichkeit zur politischen Partizipation unter den Bergleuten und Schwerindustriearbeitern*innen zurückführen. Die Industriezentren waren lange nicht als Städte und somit nicht als politische Einheiten institutionalisiert. Politische Entscheidungen wurden meist außerhalb des Donbass oder von den Besitzern*innen der jeweiligen Betriebe getroffen. Die Meinung der Bevölkerung wurde dabei nicht berücksichtigt.

³¹⁸ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 357–358.

*Die täglichen Sendungen des russischen Fernsehens über die Ukraine [. . .] berichteten etwa von Konzentrationslagern für prorussische Aktivisten und von einem Genozid an den russischsprachigen Bewohnern der Ukraine.*³¹⁹

Russland bestritt – ebenso wie auch zuvor hinsichtlich der Geschehnisse auf der Krim – lange seine Einmischung in der Ostukraine, gleichzeitig konnte die internationale Gemeinschaft beobachten, wie russische Militärs mit einer Truppenstärke von bis zu 40 000 Soldaten*innen an der Grenze zur Ostukraine aufmarschierten.³²⁰

*Anknüpfend an die Besetzung der Krim, führte Russland keinen offenen Krieg, sondern unterstützte separatistische Gruppen im Donbass mit Kriegsgerät aller Art, schleuste Spezialtruppen samt Offizieren des Auslandsgeheimdienstes sowie ganze Bataillone von Söldnern³²¹ ein [. . .].*³²²

Die Involvierung Russlands bestätigte sich im Verlauf der nachfolgenden Ereignisse vermehrt und Russland versuchte später, die Intervention auch nicht mehr abzustreiten.³²³

Mit dem Regierungswechsel in Kiew begann sich die ostukrainische Bevölkerung zu mobilisieren. Obwohl zunächst für beide politischen Lager demonstriert wurde, überwog zunehmend jenes der *Euromaidan*-Kritiker*innen. Die Demonstrierenden wurden dabei aktiv von der im Donbass noch einflussreichen *Partei der Regionen* unterstützt, die wiederum von der Russischen Föderation gelenkt wurde. Die zunächst gegen den *Euromaidan* gerichteten Demonstrationen entwickelten sich zu prorussischen Protesten und die russische Fahne sowie die Hymne waren als Symbole der Zugehörigkeit schnell allgegenwärtig. Bei Zusammenstößen zwischen prorussischen und Pro-*Euromaidan*-Aufmärschen kam es zu hunderten Verletzten und am 13. und 14. März forderten die Konfrontationen erste Todesopfer. Auch wurden Gebäude der öffentlichen Verwaltungen und Polizeistationen von prorussischen Demonstrierenden besetzt.³²⁴

Die Aktivisten forderten eine Föderalisierung der Ukraine, die Anerkennung des Russischen als zweite Staatssprache und ein Referendum über den künftigen

³¹⁹ Ebenda, 358.

³²⁰ Vgl. ebenda, 358.

³²¹ Prägend wurde in diesem Zusammenhang die Bezeichnung ‚Grüne Männchen‘, da die Mitglieder der russischen Streitkräfte in grüner Kampfuniform, jedoch ohne Kennzeichnung durch ein Hoheitsabzeichen auf die Krim und in die Ostukraine einmarschierten. In der Russischen Föderation wurde hingegen der Begriff ‚Höfliche Menschen‘ für eben diese Streitkräfte verwendet.

³²² Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 357–358.

³²³ Vgl. ebenda, 375.

³²⁴ Vgl. ebenda, 358–359.

*Status der Ostukraine. Erstmals hörte man auch Stimmen, die Russland um direkte Hilfe baten.*³²⁵

Kiew verlor zusehends die Kontrolle über die Gebiete im Donbass, als sich immer mehr Bewohner*innen den separatistischen und/oder prorussischen Protesten anschlossen. Vorrangig waren dies Personen aus ökonomisch schwächeren Schichten, die vom ukrainischen System enttäuscht waren und sich von der Eingliederung in die Russische Föderation eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erhofften. Auch ältere Teile der Bevölkerung befürworteten zunehmend die Proteste, da sie sich mit Wehmut an die ihrer Ansicht nach besseren Sowjetzeiten zurückinnerten. Oft schlossen sich auch Polizisten*innen und Mitarbeiter*innen der lokalen Verwaltung den Demonstrierenden an. Die Städte des Donbass glichen immer mehr dem Kiew des Winters 2013/14.³²⁶

*Seit Anfang April 2014 setzten sich die prorussischen Aktivisten in den Städten des Donbass fest und richteten sich in den von ihnen besetzten Gebäuden der Regionalverwaltung, der Polizei und des Sicherheitsdienstes ein.*³²⁷

Am 7. April 2014 wurde schließlich von einer selbsternannten Volksversammlung die souveräne Volksrepublik Donezk ausgerufen. Denis Volodymyrovych Pušylin wurde zum ersten „Staatschef“ der Volksrepublik ernannt.³²⁸

6.5 Oligarchen und Clans

Während der Weg zur Ausrufung der Volksrepublik Donezk in dieser Arbeit primär anhand zivilgesellschaftlicher Strukturen und Repräsentanten*innen politischer Ämter analysiert wurde, gibt es eine weitere Personengruppe, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Position beträchtlichen Einfluss auf das politische Geschehen in der Ukraine nimmt. In Kapitel 3 wurden bereits die *Roten Direktoren*innen* genannt, die als Wirtschaftsmagnaten*innen zu Sowjetzeiten in der Industrieregion Donbass die Entwicklungen der Region bestimmten. Davor waren es Industrielle wie Hughes, die zum Aufstieg des Donbass beitrugen und als Gegenleistung von den russischen Zaren*innen Macht zugesprochen bekamen. Ihnen wurde relative Handlungsfreiheit über die Industriewerke und zudem über die Arbeiterschaft gewährt, solange sie mit den Zentren – damals des Russischen Reiches – kooperierten. Ähnliche Strukturen gibt es auch heute. Diese sogenannten Clans sind jedoch nicht mehr nur im Donbass aktiv,

³²⁵ Ebenda, 359.

Die fortwährende russische Propaganda über Faschisten*innen und ausländische Mächte, die die Ukraine besetzen wollten, zeigte Erfolg: Wie schon während des Großen Vaterländischen Krieges, als man geeint in der Sowjetunion die Faschisten*innen besiegte, zählte man auch nun auf den „großen Bruder“ Russland.

³²⁶ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 359–360.

³²⁷ Ebenda, 360.

³²⁸ Vgl. ebenda, 360.

sondern haben sich landesweit organisiert. An ihrer Spitze stehen zumeist Oligarchen*innen, die aufgrund ihres Reichtums zu Ansehen und Macht gelangt sind. Möglich machte diese Verbände die grassierende Korruption, die noch immer den politischen Alltag der Ukraine bestimmt.

In den 1990er Jahren bildeten sich die drei heute dominierenden Clans der Ukraine heraus. Der *Donezker Clan*, mit dem Oligarchen und reichsten Ukrainer Rinat Leonidovyč Achmetov an der Spitze, unterstützte die *Partei der Regionen* und verhalf Janukovyč zu seinem Aufstieg in der Politik. Der *Dnipropetrowsker Clan* organisierte sich um den Oligarchen und zweitreichsten Ukrainer Viktor Mychajlovyc Pinčuk und zählte unter anderem Kučma und Tymošenko zu seinen politischen Verbündeten.³²⁹ Der *Kiewer Clan* wird vom weniger einflussreichen³³⁰ Oligarchen Viktor Volodymyrovyc Medvedčuk geleitet und ist zusehends im Medien- und Bankensektor aktiv.³³¹ Das für Außenstehende oftmals undurchsichtige Agieren dieser Clans berührte und berührt bis heute alle öffentlichen Lebensbereiche der ukrainischen Bevölkerung.

*Diese oligarchischen Strukturen sorgen dafür, dass das Verhältnis zwischen nationalen Bewegungen, Parteien, Medien und politischer Macht von außen kaum zu durchschauen ist.*³³²

Die geschilderte Organisation ist jedoch keineswegs starr und die Verbindungen zwischen, innerhalb und außerhalb der Clans verändern sich im Rahmen politischer und wirtschaftlicher Interessen, die zumeist von Opportunismus gelenkt werden.³³³

Der für seinen Hang zur Machtausweitung bekannte Janukovyč machte Anstalten, sich während seiner Präsidentschaft der Kontrolle des *Donezker Clans*, allen voran Achmetovs, zu entziehen. Dieser hatte Janukovyč zwar mitaufgebaut und seinen Wahlkampf finanziert, der Präsident wollte jedoch nicht länger die Interessen des Clans verfolgen müssen, sondern seine eigenen geltend machen. Janukovyč besetzte hierfür zentrale Ämter der Ukraine mit ihm nahestehenden Personen, unter anderem mit seinem Sohn Oleksandr Viktorovyč Janukovyč und dessen Freunden. So konnte Janukovyč nach und nach einen Machtzirkel – bekannt als die ‚Familie‘ – um sich etablieren, der ihm ergeben handelte, während seine Mitglieder im Gegenzug zu Reichtum gelangten. Janukovyč konnte auf diese Weise Einfluss auf das Verfassungsgericht der Ukraine

³²⁹ Vgl. Müller, Die Clans der Ukraine.

³³⁰ Im Gegensatz zu Achmetov und Pinčuk soll sich das Vermögen Medvedčuks auf weniger als eine Milliarde US-Dollar belaufen, was ihm im Vergleich weniger Handlungsspielraum ermöglicht.

³³¹ Vgl. Paul Flückiger, Die Cliques-Wirtschaft. In: Zeit Online, 04.01.2005, online unter <<https://www.zeit.de/2005/02/Ukraine/komplettansicht>> (03.01.2022).

³³² Müller, Die Clans der Ukraine.

³³³ Vgl. ebenda.

gewinnen, was willkürliche Anklagen und Prozesse gegen seine Kritiker*innen ermöglichte.³³⁴

*Nach der Justiz unterstellte der Präsident zwei weitere Gebiete der Staatsmacht seiner Kontrolle: die bewaffnete Macht, bestehend aus Streitkräften, Polizei und Geheimdienst, sowie die Institutionen der Staatsfinanzen – vor allem Zentralbank, Finanzministerium und Steuerbehörde.*³³⁵

Der reichste Mensch der Ukraine ist zugleich auch Oberhaupt des einflussreichen *Donezker Clans*. Ihm gehören unzählige Bauten und Firmen in Donezk, unter anderem ist er auch Präsident des international bekannten Fußballklubs *Schachtar Donezk*.³³⁶ Aufgrund seines großen Einflusses in Donezk waren viele erstaunt, dass er die kriegerischen Auseinandersetzungen im Zuge der Separationsbestrebungen in der Ostukraine zuließ. Immerhin gehörten Achmetov etliche Fabriken und andere Gebäude in Donezk, die nun dem Beschuss ausgesetzt waren. Achmetov sprach sich zwar offiziell für einen Verbleib des Donbass in der Ukraine aus,³³⁷

*[. . .] aber die scheinbare Passivität, mit welcher er die bewaffneten Separatisten in ‚seinem‘ Donbass gewähren ließ, nährte Zweifel. [. . .] Fachleute sagten, er lasse die Kämpfer gewähren, um durch das Chaos im Lande die neue prowestliche Führung in Kiew, die eigentlich versprochen hat, Oligarchen wie ihn zu bekämpfen, unter Druck zu setzen. Andere verwiesen zur Erklärung seiner Tatenlosigkeit auf die Abhängigkeit seines Konzerns vom russischen Markt und auf die Notwendigkeit, seine Schiffe durch die seit der Annexion der Krim wieder von Moskau beherrschte ‚Enge von Kertsch‘³³⁸ am Ausgang des Asowschen Meeres zu bringen.*³³⁹

An den meisten politischen Entscheidungen der Ukraine sind Machenschaften, die im Hintergrund die Politik lenken, beteiligt. Geld ist dabei das bewährte Gut, das Akteure*innen gegen Macht eintauschen.³⁴⁰ Aus diesem Grund sind die Köpfe der drei einflussreichsten Clans der Ukraine Oligarchen. Die Strukturen und Interessen der Hintergrundpersonen der Politik sind dabei jedoch nicht immer transparent und ihre Absichten können oft nur erahnt, nicht aber offiziell bestätigt werden. Im Zuge der

³³⁴ Vgl. Konrad Schuller, Das Prinzip Familie. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.08.2012, online unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/praezident-janukowitsch-das-prinzip-familie-11870003.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3> (06.12.2021).

³³⁵ Ebenda.

³³⁶ Ukr. Šachtar Donec'k.

³³⁷ Vgl. Konrad Schuller, Ruhe in der Ostukraine. Das Machtwort des Oligarchen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.05.2014, online unter <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ruhe-in-der-ostukraine-das-machtwort-des-oligarchen-12939734.html>> (05.12.2021).

³³⁸ Die Straße von Kertsch zwischen der Halbinsel Krim und dem russischen Festland verbindet das Asowsche mit dem Schwarzen Meer und ist daher sowohl für die russische als auch für die ukrainische Schifffahrt von Bedeutung. Seit der Annexion der Krim betrachtet die Russische Föderation die Straße von Kertsch als russisches Gewässer und erschwert ukrainischen Schiffen regelmäßig das Passieren der Meerenge.

³³⁹ Schuller, Ruhe in der Ostukraine.

³⁴⁰ Die Ukraine zählte und zählt somit nach wie vor zu den korruptesten Ländern Europas.

Ausrufung der Volksrepublik Donezk kann daher nur spekuliert werden, dass Achmetov und der *Donezker Clan* an den Entwicklungen Interesse hatten und für sich einen Vorteil sahen. Diese Vermutung teilt und beschreibt auch Konrad Schuller im vorangegangenen Zitat. Aufgrund der Intransparenz soll diesen Thematiken nur ein Unterkapitel der vorliegenden Arbeit gewidmet werden. Für die Vollständigkeit der Analyse und zum Verständnis der Strukturen innerhalb der Ukraine ist die Thematisierung der innerukrainischen Machteliten jedoch notwendig.

7 Die Volksrepublik Donezk heute

Nach der Ausrufung der beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk konnten die Separatisten*innen rasch weitere bedeutende Städte des Donbass einnehmen. Dabei machten sie vor politischer Einschüchterung, Folter und Entführungen nicht halt. Es herrschte ein „*Klima der Gesetzlosigkeit*“.³⁴¹ Am 11. Mai 2014 wurde ein Referendum über den Status der Volksrepubliken Donezk und Luhansk abgehalten, der mit 89 beziehungsweise 96 Prozent von der Bevölkerung bestätigt wurde.³⁴²

*Das Referendum war völkerrechtlich illegal, und seine Vorbereitung und Durchführung entsprachen noch weniger den internationalen Standards als schon das Referendum auf der Krim.*³⁴³

Um den Gebieten im Donezbecken wieder Herr zu werden, starteten die ukrainischen Streitkräfte Mitte April 2014 eine militärische Offensive. Nicht kriegsgeübt konnten sie jedoch wenig gegen die Separatisten*innen ausrichten, die sowohl personell als auch durch Waffen- und Artillerielieferungen von Russland unterstützt wurden. Die Fronten verhärteten sich und zahlreiche Personen, auch auf Seiten der Zivilisten*innen, wurden verletzt und getötet. „Am 29. Mai schossen die Separatisten einen Heliokopter der ukrainischen Armee ab, wobei zwölf Soldaten ums Leben kamen.“³⁴⁴ Dass ukrainische Streitkräfte auf ihre eigenen Bürger*innen schossen, bestärkte die Bevölkerung im Donbass nur mehr in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Machthabern*innen in Kiew.³⁴⁵

Die EU und die USA verhängten als Reaktion auf die Aggressionen Russlands erneut diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen gegen das Land. So wurden der geplante EU-Russland-Gipfel 2014 sowie alle weiteren bilateralen Treffen in dieser Konstellation abgesagt. Zudem wurden Gespräche über eine Mitgliedschaft in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und in der Internationalen Energie-Agentur vorübergehend eingestellt. Die Wirtschaftsbeziehungen mit der Russischen Föderation wurden eingeschränkt, der Import und Export bestimmter Handelsgüter strenger kontrolliert. Auch richteten sich die Sanktionen gegen Einzelpersonen. Ihnen wurde die Einreise in die EU verwehrt und ihre Bankkonten wurden eingefroren. Die Sanktionen werden im Abstand von sechs

³⁴¹ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 361.

³⁴² Vgl. ebenda, 360–361.

³⁴³ Ebenda, 361.

³⁴⁴ Ebenda, 364.

³⁴⁵ Vgl. ebenda, 364.

Monaten regelmäßig reevaluiert und können aufgehoben oder adaptiert werden.³⁴⁶ Während der Entstehung der vorliegenden Masterarbeit waren die Sanktionen jedoch noch aufrecht. „*Die Russische Föderation wiederum verhängte ihrerseits vis à vis der Europäischen Union Importverbote.*“³⁴⁷ Als weitere Maßnahme einigte man sich auch darauf, Beobachter*innen der OSZE in der Ukraine zu stationieren, um die kriegerischen Ereignisse zu dokumentieren. Die Forderung an Russland, sein Einwirken in der Ostukraine zu beenden, wies Putin mit dem Hinweis auf eine fehlende russische Beteiligung zurück.³⁴⁸ Die Ukraine wurde durch die Ereignisse in Kiew, auf der Krim und im Donbass zusehends destabilisiert. Der Wegfall der bedeutsamsten Industrieregion im Donezbecken und die politische Unsicherheit resultierten in einer wirtschaftlichen Notlage, die durch Streitigkeiten über Gaspreise mit Russland weiter verstärkt wurde.³⁴⁹ „*Die Ukraine zählt zu den auf wirtschaftlichem Gebiet am wenigsten erfolgreichen osteuropäischen Ländern.*“³⁵⁰

Der am 25. Mai 2014 zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählte Porošenko konnte eine leichte Stabilisierung der Verhältnisse im Land erzielen:

Though his share of the vote was markedly lower in the east than in the west, it was hoped that being genuinely bilingual and hailing from central Vynnytsya³⁵¹ province, he might also be in a good position to unify the country.³⁵²

Er machte es sich zur Aufgabe, die Souveränität der Ukraine wiederherzustellen und den Konflikt in der Ostukraine zu beenden. Dazu rief er eine Kontaktgruppe ins Leben, bestehend aus Vertretern*innen der OSZE, dem russischen Botschafter in Kiew sowie dem ukrainischen Außenminister. Auch stand er in regelmäßigem Austausch mit dem russischen Präsidenten Putin. Die Separatisten*innen in der Ostukraine wollten jedoch keine Zugeständnisse machen und lehnten jegliche Verständigungen ab. Als sich auch die Kämpfe weiter intensivierten, änderte Porošenko seine Strategie der Friedensfindung und ging in die Offensive. Als die Separatisten*innen Niederlagen erfuhrten und von ihnen besetzte Städte zurückerobert wurden, verstärkte auch Putin die

³⁴⁶ Vgl. Restiktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine. In: Rat der Europäischen Union, 12.10.2021, online unter <<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/>> (05.12.2021).

³⁴⁷ Sven Singhofen, Russland, Europa und der Krieg in der Ukraine – Ende der (strategischen) Partnerschaft?. In: Peter-Christian Müller-Graff (Hg.), Die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Spannung und Kooperation (Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Sonderband 2017, integration, Baden-Baden 2017) 50–89, hier 77.

³⁴⁸ Diese ambivalente Haltung Russlands erschwert zusehends die Befriedung der ostukrainischen Regionen, hatte Putin doch zuvor keinen Hehl mehr über die Einmischung in die Ostukraine gemacht.

³⁴⁹ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 365–367.

³⁵⁰ Dieter Segert, Die Ukraine – ein gespaltenes Land. In: WeltTrends. Das außenpolitische Journal 23:102 (2015) 21–27, hier 22.

³⁵¹ Ukr. Vinnycja.

³⁵² Reid, Borderland, 281.

Lieferungen von Munition und Personal. Oft waren diese als Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen getarnt und konnten unkontrolliert über von Separatisten*innen besetzte Grenzposten an der ukrainisch-russischen Grenze eingeführt werden. Im Zuge der Erhärtung des Konfliktes kam es zu einer Massenflucht der ostukrainischen Bevölkerung. Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen, als am 17. Juli 2014 ein Passagierflugzeug der *Malaysian Airlines* über der Ostukraine abgeschossen wurde und alle 298 Insassen*innen starben. Bei diesen handelte es sich mehrheitlich um niederländische Staatsbürger*innen.³⁵³

*Die von Russland sekundierten Separatisten der «Volksrepublik Donec'k» und die ukrainische Regierung gaben sich gegenseitig die Schuld an dem Unglück. [...] Experten waren sich einig, dass nur russische Spezialisten fähig waren, mit den komplizierten Luftabwehr-Raketen umzugehen.*³⁵⁴

Obwohl Russland seine Beteiligung in der Ostukraine lange bestritt, wurde „*Anfang September [...] erstmals offiziell zugegeben, dass ein russischer Soldat in der Ukraine den Helden Tod gestorben sei.*“³⁵⁵

Im September 2014 einigten sich erstmals Vertreter*innen der Ukraine, Russlands, der Separatisten*innen und der OSZE darauf, einen Waffenstillstand zu diskutieren. Um die heutigen politischen sowie sozialen Entwicklungen in der Volksrepublik Donezk nachvollziehen zu können, ist es daher notwendig, sich zunächst zwei im Zuge dieser Verhandlungen ratifizierte Vereinbarungen zu vergegenwärtigen: das *Protokoll von Minsk* von September 2014 und das *Minsker Abkommen* von Februar 2015, kurz auch *Minsk I* und *Minsk II* genannt. Beide Memoranda bildeten die Grundlage für alle darauffolgenden multilateralen und bilateralen Gespräche den Frieden und die Zukunft in der Ostukraine betreffend.

7.1 *Minsk I* und *Minsk II*

Namensgebend für das *Protokoll* sowie das spätere *Abkommen von Minsk* war die belarussische Hauptstadt, die beide Male als Austragungsort der Gespräche gewählt worden war. Anlass des ersten Zusammentreffens in Minsk war die eskalierende Gewalt in den beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk und das damit verbundene Anliegen, sich gemeinsam auf einen Waffenstillstand für die ostukrainischen Gebiete zu verständigen. Am Verhandlungstisch für *Minsk I* und *Minsk II* saßen Vertreter*innen der Ukraine, Russlands und der OSZE. Als sogenannte Teilnehmer*innen der

³⁵³ Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 368–372.

³⁵⁴ Ebenda, 372.

³⁵⁵ Ebenda, 375.

trilateralen Kontaktgruppe³⁵⁶ unterzeichneten die Diplomatin Heidi Tagliavini für die OSZE, der frühere Präsident Kučma für die Ukraine sowie der Botschafter der Russischen Föderation in der Ukraine, Michail Jur'evič Zurabov, das Protokoll. Mit deutlichem Abstand zu den anderen drei Signaturen der Kontaktgruppe setzten auch die beiden Vertreter der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, Oleksandr Volodymyrovych Zacharčenko und Ihor Venedyktovyč Plotnyc'kyj, ihre Unterschrift unter das Dokument. Sie wohnten den Gesprächen zwar als geladene Gäste bei, ihnen wurde jedoch lediglich eine Beobachterrolle eingeräumt, da eine Einbindung in die Verhandlungen auf Augenhöhe einer De-facto-Anerkennung der beiden Volksrepubliken entsprochen hätte. Die zentralen der zwölf beschlossenen Punkte des *Protokolls von Minsk* waren ein unverzüglicher Waffenstillstand, die Etablierung einer Beobachterkommission durch die OSZE, die Dezentralisierung der Kiewer Regierung – um angemessen auf regionale Unterschiede in der Bevölkerung reagieren zu können – sowie die Errichtung einer Sicherheitszone entlang der umkämpften innerukrainischen Grenze.³⁵⁷ Obwohl die gemeinsame Verständigung positiv bewertet wurde, fehlte dem *Minsker Protokoll* eine konkrete Vorgehensweise und vor allem ein abgestimmter Fahrplan zur Durchführung der einzelnen Punkte. Die Maßnahmen von *Minsk I* wurden daher in weiterer Folge kaum umgesetzt und der vereinbarte Waffenstillstand bereits nach wenigen Tagen gebrochen. Vertreter*innen der Volksrepubliken argumentierten dies damit, dass sie nur in einer passiven Rolle den Verhandlungen beigewohnt und sie mit ihrer Unterschrift lediglich die Kenntnisnahme von, nicht aber die Zustimmung zu *Minsk I* bekundet hatten.³⁵⁸

Bei einem weiteren Treffen im Februar 2015 sollte daher nachgebessert werden. Ergänzend zum *Protokoll von Minsk* wurde von den Staats- und Regierungsoberhäuptern – darunter Porošenko für die Ukraine, Putin für die Russische Föderation, Angela Merkel für die Bundesrepublik Deutschland und François Hollande für die Französische Republik – ein Maßnahmenkomplex zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung³⁵⁹ ausgehandelt. Im *Minsker Abkommen* wird in 13 Punkten die gemeinsame Vorgehensweise zur Umsetzung des *Protokolls von Minsk* konkretisiert. Unterzeichnet wurde das Abkommen erneut von der trilateralen Kontaktgruppe sowie

³⁵⁶ Vgl. Protokol po itogam konsul'tacij Trechstoronnej kontaktnoj gruppy otnositel'no sovmestnykh šagov, napravlennyh na implementaciju Mirnogo plana Prezidenta Ukrayiny P.Porošenko i iniciativ Prezidenta Rossii V.Putina. In: Organization for Security and Co-operation in Europe, 01.09.2014, online unter <<https://www.osce.org/files/f/documents/a/a/123258.pdf>> (29.11.2021).

³⁵⁷ Vgl. ebenda.

³⁵⁸ Vgl. Die Waffenruhe im Donbass hält nicht. In: Zeit Online, 14.09.2014, online unter <<https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/ukraine-donezk-gefechte>> (21.11.2021).

³⁵⁹ Vgl. Kompleks mer po vypolneniju Minskikh soglašenij. In: Organization for Security and Co-operation in Europe, 12.02.2015, online unter <<https://www.osce.org/files/f/documents/5/b/140221.pdf>> (29.11.2021).

den Vertretern der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, wobei diesen abermals keine Verhandlungskompetenzen eingeräumt wurden.³⁶⁰ Experten*innen prophezeiten dem Abkommen bereits kurz nach seiner Ratifizierung schlechte Erfolgsaussichten,

*[. . .] denn beide Kriegsparteien haben ihre Ziele nicht erreicht: Kiew konnte seine Herrschaft über die Territorien, die von den Separatisten gehalten werden, nicht zurückgewinnen, und die Aufständischen konnten nicht genug Gebiet dauerhaft sichern, um damit ihre Unabhängigkeitsforderungen zu untermauern.*³⁶¹

Drei Tage nach der Unterzeichnung wurde der in *Minsk II* bekräftigte Waffenstillstand erneut gebrochen.

Laut dem letzten Bericht des regelmäßig erscheinenden *Reports on the human rights situation in Ukraine* des *United Nations High Commissioner for Refugees*³⁶² sind seit Beginn des Ukraine-Konflikts im April 2014 bis einschließlich Januar 2021 3077 Zivilisten*innen ums Leben gekommen. Werden die 298 Toten des *Malaysian Airlines* Fluges MH17 inkludiert, beläuft sich die Zahl der zivilen Opfer auf 3375.³⁶³ Die Gesamtzahl der im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ostukraine getöteten Personen wird laut *UNHCR* für den Zeitraum April 2014 bis Februar 2020 mit 13 000 bis 13 200 Personen beziffert. In der gleichen Zeitspanne wurden in der Ostukraine 29 000 bis 31 000 Personen verletzt.³⁶⁴

7.2 Alltag und aktuelle politische Lage

Auch wenn die Volksrepublik Donezk weltweit von keinem Staat offiziell anerkannt wurde, existiert sie dennoch beinahe acht Jahre nach der Ausrufung ihrer Unabhängigkeit weiter. Die Ukraine bezeichnet die Regionen als ‚vorübergehend besetztes Gebiet‘.³⁶⁵ Die eigenständige Versorgung ist auf beinahe allen Ebenen bis dato nicht organisiert oder gewährleistet. Internationale Hilfskampagnen der *Vereinten Nationen*, des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz* oder von *Ärzte ohne Grenzen* versorgen die abgeschnittene Bevölkerung in der Ostukraine in regelmäßigen Abständen mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Hilfslieferungen. Mitarbeiter*innen der Organisationen berichten jedoch davon, dass ihnen die Überfahrt

³⁶⁰ Vgl. ebenda.

³⁶¹ Igor Delanoë, Minsk II, kleinste aller Hoffnungen. In: *Le Monde diplomatique*, 12.03.2015, online unter <<https://monde-diplomatique.de/artikel/!212124>> (08.12.2021).

³⁶² Kurz UNHCR.

³⁶³ Vgl. *Report on the human rights situation in Ukraine 1 August 2020 – 31 January 2021*. In: United Nations Human Rights Office of the High Commissioner, 11.03.2021, online unter <<https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/31stReportUkraine-en.pdf>> (09.12.2021) 7.

³⁶⁴ Vgl. *Report on the human rights situation in Ukraine 16 November 2019 to 15 February 2020*. In: Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 12.03.2020, online unter <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/29thReportUkraine_EN.pdf> (09.12.2021) 8.

³⁶⁵ Vgl. Sommerbauer, *Die Ukraine im Krieg*, 15.

in die Ostukraine oftmals verweigert wird und sie an ihrer Arbeit – mit der Begründung, nicht die notwendigen Genehmigungen vorweisen zu können – gehindert werden.³⁶⁶ Die Bevölkerung in Donezk und Luhansk gilt aufgrund der Zerstörung und der damit einhergehenden Instabilität vor Ort als besonders vulnerabel. Über die Einfuhr von tatsächlichen oder als solche getarnten Hilfstransporten kam es in der Vergangenheit immer wieder zu heftigen Diskussionen.

*Vor allem ältere Menschen sind dort auf Hilfe angewiesen. Russland schickt seit Monaten Lastwagen in die Region – mit dem Hinweis, dass sie humanitäre Güter transportieren. Die Regierung in Kiew protestiert dagegen, weil sie die Autos im Kriegsgebiet nicht kontrollieren kann.*³⁶⁷

Die Handelsbeziehungen zu den westlichen Teilen der Ukraine wurden indes gänzlich abgebrochen. Ukrainische Produkte wurden in Donezk laut Verordnung untersagt, gleichzeitig hat die Ukraine eine Wirtschaftsblockade über die ostukrainischen Regionen verhängt.³⁶⁸ Auch im Hinblick auf die Infrastruktur, die im Westen durch die umkämpfte Front unterbrochen, im Osten zu Russland hin jedoch intakt war, wurde ein Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zur Russischen Föderation forciert. Da vieles durch die Kämpfe zerstört wurde, mussten die Volksrepubliken Donezk und Luhansk zudem ihre eigenen Strukturen, beispielsweise das Bankwesen, den Verwaltungsapparat oder Kommunikationskanäle, – wenn auch provisorisch – wiederherstellen. Aufgrund von fehlender Administration und mangelnder Infrastruktur muss die Bevölkerung häufig lange Transportwege auf sich nehmen. Auch die Grundversorgung ist zumeist nicht vorhanden. „*Strom-, Gas- und Wasserversorgung funktionieren vielerorts nicht. Kaputte Brücken und Straßen erfordern Umwege.*“³⁶⁹

Die wirtschaftliche Situation in Donezk ist prekär. Viele Unternehmen sind aufgrund der unsicheren Situation abgewandert oder mussten aus finanziellen Gründen schließen. Unternehmen, die weiterhin in Betrieb sind, müssen ihre Mitarbeiter*innen oftmals ihren Lohn in bar auszahlen, da die Infrastruktur des Bankenwesens nicht gegeben ist. Berichten zufolge müssen jene Unternehmen, die legal gemeldet sind und mit der Ukraine Geschäfte betreiben möchten, zweimal Steuern zahlen, an Kiew und an die Volksrepublik Donezk. Dies macht den Standort für Arbeitgeber*innen zusätzlich unattraktiv und begünstigt eine Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation. Da auch eine Vielzahl an Privatpersonen abgewandert ist, fehlen oftmals fähiges Personal

³⁶⁶ Vgl. Ostukraine: Separatisten weisen Hilfsorganisationen aus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.09.2015, online unter <<https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/ostukraine-separatisten-weisen-hilfsorganisationen-aus-13824612.html>> (23.11.2021).

³⁶⁷ Ebenda.

³⁶⁸ Vgl. André Widmer, Ostukraine – Europas vergessener Krieg. Reportagen aus dem Donbass (Zürich 2018) 23–24.

³⁶⁹ Ebenda, 9.

und Know-how. Unter jenen, die geblieben sind, ist die Arbeitslosigkeit hoch.³⁷⁰ Die durchschnittlich alte Bevölkerung von Donezk – rund ein Drittel soll aus Pensionisten*innen bestehen – bringt die Volksrepublik zudem in finanzielle Bedrängnis. Es wird angenommen, dass die Russische Föderation die Volksrepublik in dieser Hinsicht finanziell unterstützt, um die Pensionen ausbezahlen zu können.³⁷¹

*Die Führung der Separatisten versucht indes, mit Vorzeigeprojekten positive Stimmung zu schaffen. Man setzt auf populistische Mutmach-Rhetorik. „Es fängt alles erst an“, ist auf Werbeplakaten in Donezk zu lesen.*³⁷²

Die politische Teilung des Landes hatte auch demografisch weitreichende Folgen. Die Zahl der registrierten Binnenflüchtlinge lag im März 2021 bei über 1,46 Millionen, mehr als 510 000 davon waren der Oblast Donezk zuzuordnen.³⁷³ Dies entspricht bei rund 44 Millionen Einwohnern*innen der Ukraine im Jahr 2019³⁷⁴ 3,32 Prozent der Gesamtbevölkerung. Das Passieren der Frontlinie ist lediglich an fünf Checkpoints möglich und mit langwierigen Grenzkontrollen verbunden. Der Prozess des Übertritts kann oft den ganzen Tag in Anspruch nehmen. Bewohner*innen der beiden Volksrepubliken müssen zudem vorab einen Passierschein beim ukrainischen Inlandsgeheimdienst beantragen.³⁷⁵

*Diese Passierscheine hat die Ukraine offiziell wegen der Sicherheitskontrollen eingeführt, doch praktisch ist es ein bürokratisches und ineffizientes System. Die Bewohner der besetzten Gebiete oder solche die Einreisen wollen, warten bis zu zwei Monate auf die Durchfahrtsberechtigung. Für ein paar hundert Hrywnja kann man sie aber auch durch Vermittler erstehten. [. . .] Die Maßnahme, die sich die ukrainische Regierung zur Sicherheitskontrolle und zum Verhindern von Kriminalität einfallen ließ, hat sich in nur wenigen Monaten in eine Korruptionsmaschinerie verwandelt.*³⁷⁶

Die Euphorie über die Etablierung einer unabhängigen Volksrepublik Donezk wich schnell dem Verdruss, da sich die ostukrainische Bevölkerung nun mit diesen erschwertem Lebensbedingungen auseinandersetzen muss.

*[. . .] Sorgen über die Kosten des Krieges und die Verschleppung von Reformen nahmen zu. Hinzu kam das Leid: Viele Familien hatten Tote zu beklagen; Kriegsinvaliden kehrten in Scharen von der Front zurück, von den psychischen Langzeitfolgen ganz zu schweigen.*³⁷⁷

³⁷⁰ Vgl. Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg, 107–109.

³⁷¹ Vgl. ebenda, 83–84.

³⁷² Ebenda, 107.

³⁷³ Vgl. Registration of Internal Displacement in Ukraine. In: UNHCR The UN Refugee Agency. Ukraine, 05.03.2021, online unter <<https://www.unhcr.org/ua/en/resources/idp-dashboard>> (09.12.2021).

³⁷⁴ Vgl. Data: Ukraine. In: The World Bank, online unter <<https://data.worldbank.org/country/ukraine>> (21.11.2021).

³⁷⁵ Vgl. Widmer, Ostukraine, 22.

³⁷⁶ Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg, 15–16.

³⁷⁷ Ebenda, 58.

Mit Zelens'kyj wählte die ukrainische Bevölkerung am 21. April 2019 ihren neuen Präsidenten. Neben der Bekämpfung der Korruption war eines seiner Wahlversprechen die Deeskalation des Konflikts in der Ostukraine. Da das *Protokoll von Minsk* und das *Minsker Abkommen* bereits fünf beziehungsweise vier Jahre zurücklagen und keine nennenswerten Fortschritte im Ukraine-Konflikt erzielt werden konnten, trafen sich die Staatsoberhäupter Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine am 9. Dezember 2019 im sogenannten ‚Normandie-Format‘ in Paris.³⁷⁸ Beschlossen wurden weitere Maßnahmen, die zur Entschärfung des Konfliktes beitragen sollten:

*Zu den wichtigsten Punkten der vereinbarten Waffenruhe gehört ein Verbot jeglicher ‚Angriffsaktivitäten‘ und der Einsatz ‚beliebiger fliegender Apparate‘, also Drohnen. Auch dürfen keine schweren Waffen in besiedelten Ortschaften und ihrer Umgebung aufgestellt werden.*³⁷⁹

Zudem sollte es in dieser Formation zu einem weiteren Treffen im Frühjahr 2020 in Berlin kommen, das jedoch immer wieder vertagt wurde.³⁸⁰

Mit dem Ausbruch der *Covid-19-Pandemie* in Europa im Frühjahr 2020 und der daraus resultierenden weiteren Mobilitätseinschränkung aller in der Ostukraine involvierten Personen spitzte sich die Situation in den Volksrepubliken weiter zu. Beobachter*innen der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine wurden mit Verweis auf die Pandemie an ihrer Dokumentationstätigkeit gehindert. Westliche Politiker*innen verurteilten diese mutmaßlich als Vorwand dienende Maßnahme. Jedoch hatte auch die Ukraine die Grenzen zu den abtrünnigen Volksrepubliken aus pandemiebedingten Gründen geschlossen. Für Rentner*innen der Volksrepubliken, die sich bis zuletzt noch ihre Pension in der Ukraine abholen konnten, war dies nun nicht mehr möglich. Dieser Umstand betraf aufgrund des hohen Durchschnittsalters in der Ostukraine fast eine Million Menschen in den beiden Volksrepubliken.³⁸¹ Aufgrund dessen und wegen der unzureichenden medizinischen Versorgung „*ist zu befürchten, dass in der Region besonders viele schwer verlaufende Covid-19-Fälle auftreten könnten.*“³⁸² Die Covid-19-Pandemie verursachte eine weitere Abwanderung der

³⁷⁸ Vgl. Claudia von Salzen, Der Krieg im Donbass und die deutschen Vermittler. Warum es keinen Friedensgipfel für die Ukraine gibt. In: Der Tagesspiegel, 08.04.2020, online unter <<https://www.tagesspiegel.de/politik/der-krieg-im-donbass-und-die-deutschen-vermittler-warum-es-keinen-friedensgipfel-fuer-die-ukraine-gibt/25728026.html>> (21.11.2021).

³⁷⁹ Frank Nienhuysen, Ukraine und Russland planen Waffenruhe. In: Süddeutsche Zeitung, 24.07.2020, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-russland-waffenruhe-1.4976901>> (21.11.2021).

³⁸⁰ Vgl. ebenda.

³⁸¹ Vgl. von Salzen, Der Krieg im Donbass und die deutschen Vermittler.

³⁸² Ebenda.

Donezker und Luhansker Bevölkerung, die sich im Februar 2021 auf geschätzte 1,8 Millionen Einwohner*innen minimiert hatte.³⁸³

*Seit Monaten berichten lokale Medien über mit Covid-Patienten überfüllte Krankenhäuser und Medikamentenmangel. Den Rebellen fehlt nicht nur Impfstoff, sondern vor allem Geld in der Kasse.*³⁸⁴

Das einstige Vorzeigeland kämpft nun neben der Pandemie zudem mit einer hohen Arbeitslosigkeit und mit Streiks der Arbeiter*innen in den Fabriken und Bergwerken, da diese unregelmäßig oder oft gar nicht mehr entlohnt werden.³⁸⁵

Mit 27. Juli 2020 trat der aktuelle Waffenstillstand in Kraft, aber auch dieser wurde mehrmals gebrochen.³⁸⁶ Alleine von Juli bis September 2021 meldete die Sonderbeobachtermission der OSZE an der ostukrainischen Grenze 21 062 Verstöße gegen die Waffenstillstandsvereinbarung sowie 28 Verletzte und drei Todesfälle unter den Zivilisten*innen im Zusammenhang mit kriegerischen Auseinandersetzungen. Obwohl die Zahl der Zwischenfälle in den letzten Jahren abgenommen hat, bleibt die Situation in der Grenzzone volatil.³⁸⁷ Tote gibt es auch aufgrund nichtexplodierter Geschosse – sogenannter Blindgänger – und Minenfelder. Die Ostukraine zählt zu den am schwersten verminten Territorien weltweit.³⁸⁸ Die Sonderbeobachtermission der OSZE wurde aufgrund der andauernden kriegerischen Aktivitäten im März 2021 um ein Jahr verlängert. Denn auch zu diesem Zeitpunkt flammten die Kämpfe erneut auf und ukrainische Regierungssoldaten*innen meldeten an einem einzigen Tag vier Gefallene. Dies veranlasste insgesamt 45 Staaten, darunter eine Vielzahl von EU-Mitgliedsstaaten, die USA und Kanada, zu einem Statement gegen die mutmaßliche Agitation der Russischen Föderation in Donezk und Luhansk. Russland wird in der gemeinsamen Erklärung eine aktive Rolle im Krieg in der Ostukraine vorgeworfen.³⁸⁹ Russland hingegen präsentiert sich heute wieder als nicht involvierte Partei und als Vermittler. Präsident Putin hat der Kiewer Regierung unter anderem mehrmals nahegelegt, zur Beilegung des Krieges Verhandlungen mit den Separatistenführern*innen

³⁸³ Vgl. Florian Hassel, Verheerte Landschaften. In: Süddeutsche Zeitung, 16.02.2021, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/lugansk-donzek-ostukraine-kiew-moskau-kreml-putin-covid-19-1.5207854>> (21.11.2021).

³⁸⁴ Ebenda.

³⁸⁵ Vgl. ebenda.

³⁸⁶ Vgl. 45 Staaten werfen Russland neue Gewalt in Ostukraine vor. In: Zeit Online, 27.03.2021, online unter <<https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-03/vereinte-nationen-erklaerung-russland-gewalt-ostukraine-waffenstillstand>> (21.11.2021).

³⁸⁷ Vgl. Trends and observations JUL–SEP 2021. In: Organization for Security and Co-operation in Europe. Special Monitoring Mission to Ukraine, 17.11.2021, online unter <<https://www.osce.org/files/f/documents/d/2/504538.pdf>> (09.12.2021).

³⁸⁸ Vgl. Florian Rainer, Jutta Sommerbauer, Grauzone. Eine Reise zwischen den Fronten im Donbass (Wien 2018) 12–13.

³⁸⁹ Vgl. 45 Staaten werfen Russland neue Gewalt in Ostukraine vor.

aufzunehmen, was die ukrainische Regierung jedoch ablehnt, da dies einer Anerkennung der Volksrepubliken gleichkäme.

Während der Fertigstellung der vorliegenden Masterarbeit im Winter 2021/22 kam es zu neuen Meldungen hinsichtlich der Lage an der russisch-ukrainischen Grenze. Nach Berichten des US-Geheimdienstes soll die Russische Föderation Panzer, Artillerie und bis zu 175 000 Soldaten*innen an ihren westlichen Außengrenzen stationiert haben. Ein Einmarsch in die Ukraine und ein militärischer Putsch stünden demnach angeblich kurz bevor.³⁹⁰ Um die angespannte Situation zu deeskalieren, kam es zu etlichen Treffen auf bilateraler und multilateraler Ebene. Auch Verhandlungen im Normandie-Format wurden erneut ins Leben gerufen. Ein von der Russischen Föderation an die USA gerichtetes Schreiben,³⁹¹ in dem Sicherheitsgarantien – wie die Absage einer NATO-Osterweiterung – gefordert werden, wurde von den USA teilweise zurückgewiesen:³⁹²

Die USA hatten zentralen Forderungen Russlands im Ukraine-Konflikt [. . .] schriftlich eine Absage erteilt. Die offene Tür der Nato für mögliche Mitgliedskandidaten wie die Ukraine und die Präsenz des Militärbündnisses in Osteuropa seien Kernprinzipien, zu denen sich die USA verpflichtet hätten, und die man auch nicht aufgeben werde, sagte US-Außenminister Antony Blinken.³⁹³

Zudem kündigten die USA eine Truppenverstärkung im osteuropäischen Raum – insbesondere in den östlichen NATO-Mitgliedsstaaten – an. Für den Fall einer russischen Invasion werden offen mögliche wirtschaftliche Sanktionen gegen die Russische Föderation diskutiert.³⁹⁴ Der Konflikt hat sich über die ukrainischen Grenzen hinweg verselbstständigt. Die Ukraine nimmt in den derzeitigen Verhandlungen eine Beobachterrolle ein, sofern sie überhaupt mit am Verhandlungstisch sitzt.

7.3 Krieg in der Ostukraine – ein eingefrorener Konflikt?

Der Krieg in der Ostukraine dauert nun beinahe acht Jahre an. Während zu Beginn des Konflikts internationale Medien reges Interesse an der Eskalation im Donbass zeigten

³⁹⁰ Präsident Zelens'kyj hatte bereits Ende November unter Berufung auf ihm vorliegende geheime Dokumente auf eine bevorstehende Aggression Russlands hingewiesen.

³⁹¹ Das Schreiben wurde vorerst vor der Öffentlichkeit unter Verschluss gehalten.

³⁹² Vgl. Andreas Rüesch, Krise um die Ukraine: Biden will bald Truppen nach Osteuropa verlegen, Baerbock reist im Februar nach Kiew. In: Neue Zürcher Zeitung, 29.01.2022, online unter <<https://www.nzz.ch/international/russland-und-ukraine-das-wichtigste-zum-konflikt-im-ueberblick-ld.1613540?reduced=true>> (29.01.2022).

³⁹³ Russland sieht in Nato-Antwort "kaum Anlass zum Optimismus". In: Zeit Online, 27.01.2022, online unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-01/ukraine-krise-russland-nato-usa-sicherheitsgarantien?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F> (29.01.2022).

³⁹⁴ Vgl. Andreas Rüesch, Krise um die Ukraine: Biden will bald Truppen nach Osteuropa verlegen, Baerbock reist im Februar nach Kiew. In: Neue Zürcher Zeitung, 29.01.2022, online unter <<https://www.nzz.ch/international/russland-und-ukraine-das-wichtigste-zum-konflikt-im-ueberblick-ld.1613540?reduced=true>> (29.01.2022).

und fast täglich neue Berichterstattung von der Kriegsfront brachten, schien der Konflikt zwischenzeitlich in Vergessenheit zu geraten. Obwohl es nach wie vor fast täglich zu beidseitigem Beschuss, regelmäßigen Minenunfällen oder anderweitigen Zwischenfällen kam, schien sich die Weltöffentlichkeit mit dem Umstand des Krieges in der Ostukraine abgefunden zu haben. Die mediale Desensibilisierung erfolgt heutzutage aufgrund der Menge an Nachrichtenmeldungen rasch. Auf tagespolitischer Ebene gibt es ständig aufsehenerregendere Neuigkeiten, die die Aufmerksamkeit der Medien und der Menschen beanspruchen. Die einzige konstant aus dem Donezbecken berichtende Quelle war und ist die Sonderbeobachtermission der OSZE, die alle 24 Stunden ihre Dokumentation über die Zwischenfälle in der Ostukraine veröffentlicht. Mit den im Jahr 2021 beginnenden neuen Eskalationen³⁹⁵ wurde der Ukraine-Konflikt wiederum zu einem der Hauptthemen der internationalen Medienberichterstattung. Das rege weltweite Interesse zeigt auf, wieviel für die jeweiligen Akteure*innen auf dem Spiel steht und wieso der Krieg die globale Gemeinschaft betrifft.

Aufgrund der Dauer des Konflikts und der festgefahrenen Situation stellte sich allmählich die Frage, ob der Krieg in der Ostukraine in die Liste der sogenannten ‚eingefrorenen Konflikte‘ auf dem Gebiet ehemaliger Sowjetstaaten aufgenommen werden musste. Ein bekanntes Beispiel für einen solchen eingefrorenen Konflikt ist die Republik Transnistrien, die sich Anfang der 1990er Jahre während des Zerfalls der Sowjetunion von der Republik Moldau abgespalten hat. Transnistrien wird von keinem anderen Staat weltweit anerkannt und ist de jure moldauisches Staatsgebiet. De facto ist die Region, die im Gegensatz zur restlichen Republik Moldau mit ihrer überwiegend rumänischsprachigen Bevölkerung eine russischsprachige Mehrheit aufweist, jedoch autonom und leitet ihre eigenen Regierungsgeschäfte. Transnistrien steht unter russischem Einfluss, auf dem Gebiet sind mehrere hundert russische Soldaten*innen stationiert.

Während von Transnistrien in den Medien bereits seit August 1992 mit der Erlangung der De-facto-Unabhängigkeit nichts Nennenswertes mehr zu hören war, ist der eingefrorene Konflikt um die Republik Arzach beziehungsweise die Republik Bergkarabach – wie sie von Armenien beziehungsweise Aserbaidschan genannt wird – im Sommer 2020 erneut entbrannt. Die Republik liegt im konfliktbeladenen Kaukasusgebiet und ist de jure Teil von Aserbaidschan. Die Bewohner*innen der Region sind jedoch vorwiegend Armenier*innen und ihre Unabhängigkeitsbestrebungen werden von Armenien unterstützt. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Region um

³⁹⁵ Siehe Kapitel 7.2.

Bergkarabach beziehungsweise Arzach von den Staaten Aserbaidschan und Armenien umkämpft. Auch in diesem Konflikt hat Russland seinen Einfluss geltend gemacht und unterstützt die armenische Interessensseite.

Das Muster war in den [. . .] Konfliktregionen ähnlich: Die lokalen Anführer von Minderheitengruppen standen dem Unabhängigkeitskurs der Mehrheitsbevölkerung skeptisch gegenüber. Sie setzten sich für den Verbleib in der Sowjetunion ein, und als das [. . .] nicht mehr möglich war, gewann die Forderung nach Unabhängigkeit ihrer eigenen Territorien Auftrieb.³⁹⁶

Stets wurden solche Minderheitengruppen von der Russischen Föderation unterstützt, was diese mit dem Schutz ihrer ‚Landsleute‘ rechtfertigte. Ohne die militärische, finanzielle und versorgungstechnische Unterstützung Russlands könnten die separatistischen Regionen der ehemaligen Sowjetrepubliken nicht lange überleben. Zudem schüchtert der Protektor Russland, der auf eine der weltweit stärksten Armeen zurückgreifen kann, ein. Um die separatistischen Gebiete langfristig an sich zu binden, verteilt die Russische Föderation großzügig russische Staatsbürgerschaften und Reisepässe, sodass die Bewohner*innen der international nicht anerkannten Gebiete Auslandsreisen unternehmen können.³⁹⁷ „Gleichzeitig erweist sich diese Dynamik als funktional für die russische Argumentation: Je mehr Bürger der Russischen Föderation vor Ort, desto mehr ‚Schutzbedürftigkeit‘.“³⁹⁸

Ein eingefrorener Konflikt stellt eine stillgelegte, vormals gewaltsame Auseinandersetzung zwischen mindestens zwei Konfliktparteien dar. Die Gründe der Eskalation sind häufig Unabhängigkeitsbestrebungen von Regionen innerhalb eines Staates beziehungsweise mehrerer Staaten oder Gebietsansprüche mehrerer Parteien auf dem gleichen Territorium. Zumeist ist ein solches Abbeben eines Krieges auf die Aushandlung eines Waffenstillstandes zurückzuführen.³⁹⁹ Auch entstehen manche eingefrorenen Konflikte durch den Faktor Zeit, indem der Konflikt aufgrund seiner langen Dauer an Relevanz verliert und sich in Folge die Betroffenen mit der neuen Situation arrangieren. Ein eingefrorener Konflikt bedeutet jedoch keineswegs, dass dieser als gelöst gilt. Vielmehr stellt er einen vorübergehenden Kompromiss dar, der schlimmere kriegerische Auseinandersetzungen verhindert. Auch bedeutet er nicht, dass keine Gewalt mehr angewendet wird. Sie ist im Vergleich zum Ausbruch oder Höhepunkt des Konflikts nur abgeschwächter. Ein eingefrorener Konflikt kann auch zu jeder Zeit wieder aufflammen, wie die neuen Eskalationen im Frühjahr und Winter 2021

³⁹⁶ Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg, 66.

³⁹⁷ Vgl. Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg, 71–73.

³⁹⁸ Ebenda, 73.

³⁹⁹ Vgl. Wim van Meurs, Eingefrorene Konflikte: Wie weiter mit den Quasistaaten?. In: Osteuropa. Minderheiten in Osteuropa: Ansprüche, Rechte, Konflikte 57:11 (2007) 111–120, hier 112–113.

in der Ostukraine zeigten. Auf die Volksrepubliken Donezk und Luhansk trafen diese Definitionen eines eingefrorenen Konfliktes zwar insofern zu, als im Vergleich zum Frühjahr 2014 die Gewalt zurückgegangen zu sein schien und man sich auf beiden ukrainischen Seiten mehr oder weniger mit der Situation arrangiert hatte. Im Gegensatz zu den anderen Beispielen wurde über den Frieden in der Ostukraine aber noch in unregelmäßigen Abständen verhandelt oder zumindest die Absicht dazu kundgetan. Das aufrechtgebliebene Streben nach einer Lösung des Konflikts – auch wenn diese Versuche bis dato wenig erfolgreich waren – unterschied die Ostukraine von den anderen Gebieten eingefrorener Konflikte. Bei Betrachtung der Parallelen zu Entwicklungen bestehender eingefrorener Konflikte schien es jedoch, als wäre die Aufnahme der abtrünnigen Gebiete im Osten der Ukraine in die offizielle Liste der eingefrorenen Konflikte nur noch eine Frage der Zeit gewesen. Es entstand der Eindruck, dass Politiker*innen den Konflikt mit schwindender Priorität auf ihre Agenda setzten, da sich die festgefaßte Situation im Laufe der letzten acht Jahre nicht nennenswert verändert hatte und daher auch keine weiteren Schritte vorbereitet werden konnten. Wie weiter oben geschildert, ist die heutige Situation eine ganz andere und von einem eingefrorenen Konflikt kann nicht mehr die Rede sein.

Oftmals haben Akteure*innen kein Interesse daran, Kriege zu beenden, sie profitieren sogar davon. Laut Neil MacFarlane hat es einen Grund, warum Russland seinen Einfluss in allen eingefrorenen Konflikten des postsowjetischen Raumes geltend macht. Mit innerstaatlichen Krisengebieten werden die Staaten destabilisiert und sind deshalb auf externe Hilfen angewiesen. So bleiben die betroffenen Länder auch nach dem Zerfall der Sowjetunion abhängig vom ehemals ‚großen Bruder‘ der Russischen Föderation.⁴⁰⁰

*Viele Beobachter sind beispielsweise der Ansicht, dass das Fortbestehen der Konflikte [. . .] russischen Interessen durchaus dienlich ist, da Russland damit ein Druckmittel in seinen Beziehungen zu diesen nicht immer einfachen Nachbarn in der Hand hält.*⁴⁰¹

Denn die eingefrorenen Konflikte können je nach Bedarf und mit einfachen Mitteln der Stimmungsmache wieder ‚aufgetaut‘ werden.⁴⁰² „Sie bleiben damit auch in Zukunft ein Instrument der Destabilisierung.“⁴⁰³ Frederick Mills verweist in seinem Text auf ein Zitat des britischen Politikers Hastings Ismay, das ‚nahe Ausland‘ Russlands betreffend:

⁴⁰⁰ Vgl. Neil MacFarlane, Eingefrorene Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion – der Fall Georgien/Südossetien. In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) (Hg.), OSZE Jahrbuch 2008 (Baden-Baden 2009) 23–36, hier 25.

⁴⁰¹ Ebenda, 25.

⁴⁰² Vgl. Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg, 71.

⁴⁰³ Ebenda, 71.

To paraphrase Lord Hastings Ismay's famous dictum on NATO, Moscow's policy towards ist near abroad has been to keep the West out, Russia in, and post-Soviet states down.⁴⁰⁴

Eine gewisse Kontrolle über das sogenannte ‚nahe Ausland‘ beizubehalten, hat für Russland Tradition und fand seinen Ursprung in der im Jahr 1968 vom damaligen Generalsekretär der KPdSU, Leonid Il'ič Brežnev, in der UdSSR verabschiedeten *Brežnev-Doktrin*. In dieser wird die begrenzte Souveränität sozialistischer Staaten zugunsten des sozialistischen Systems festgehalten. Obwohl die Doktrin 1988 von Gorbačëv aufgehoben wurde und die UdSSR als sozialistisches System nicht mehr existiert, ist diese Rechtfertigung dennoch nach wie vor präsent. Sie dient der Russischen Föderation⁴⁰⁵ als Legitimation für ihr Eingreifen in ehemalige Sowjetrepubliken oder verbündete Staaten, um so seine Einflusssphäre aufrechtzuerhalten.⁴⁰⁶

Zur Realisierung dieses hegemonialen Projekts findet nicht nur ‚Soft Power‘ wie mediale Propaganda Anwendung. Moskau setzt vor allem auf ‚Hard Power‘: auf seine ‚Gasmacht‘ sowie auf Bestechung, Zwang und – wenn notwendig – Militärintervention.⁴⁰⁷

Sollte es dennoch gelingen, die Ostukraine eines Tages zu befrieden, wäre es eine Herausforderung, diese Region in den ukrainischen Staat zu reintegrieren. Aufgrund des jahrelangen Gefechts müsste die Infrastruktur völlig neu hergestellt werden, dazu zählen Straßen, Verwaltungsgebäude, Schulen, Krankenhäuser und dergleichen. Die Betriebe der Schwerindustrie sowie die Bergwerke – früher die bedeutendsten Arbeitgeber*innen der Region – müssten modernisiert und die Wirtschaft im Allgemeinen diversifiziert werden, um die Ostukraine so bei geringer Nachfrage im industriellen Wirtschaftszweig weniger anfällig zu machen. Abgesehen von den monetären Investitionen läge die größte Schwierigkeit in der Wiederherstellung des Vertrauens der Donezker und Luhansker Bevölkerung in die Kiewer Regierung. Nicht nur wurde sie jahrelang mit russischer Propaganda indoktriniert, die das Misstrauen gegenüber der restlichen Ukraine und ihren Bewohnern*innen verstärkte, auch standen sich die beiden Bevölkerungsteile tatsächlich seit 2014 an einer Kriegsfront gegenüber. Vor allem die ostukrainische Seite musste etliche Todesopfer unter Zivilisten*innen hinnehmen, was in der Bevölkerung „den Hass gegen den [...] Präsidenten und seine Regierung, die

⁴⁰⁴ Mills, Understanding the Euromaidan, 243.

⁴⁰⁵ Obwohl die Russische Föderation offizieller Rechtsnachfolger der UdSSR ist, muss betont werden, dass die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik nur einen Teil – wenn auch den größten – der UdSSR stellte und eine Gleichsetzung des heutigen Russlands mit der UdSSR – auch wenn dies von Russland häufig so dargestellt wird – falsch ist.

⁴⁰⁶ Vgl. Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg, 62–63.

⁴⁰⁷ Ebenda, 65.

gegen ihre eigenen Landsleute Krieg führten“⁴⁰⁸ schürte.⁴⁰⁹ Eine Eingliederung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk wäre unter diesen Umständen allenfalls unter der Bedingung eines autonomen Status der Regionen möglich, der die Ausübung der russischen Sprache und eine gewisse Selbstbestimmung in der Verwaltung garantiert. Nur so könnte eine langsame Annäherung der ukrainischen Länder bewerkstelligt werden.

Mit den Hürden, die mit einer Reintegration der Volksrepubliken verbunden wären, erklären sich viele das zögerliche Handeln Kiews im Konflikt. Neben dem finanziellen Aufwand käme auch wieder eine Bevölkerungsgruppe zur Ukraine, die sich größtenteils gegen eine Ukrainisierung des Landes ausspräche. Gerade diese wurde jedoch in den letzten Jahren vorangetrieben. Zudem hat das Bestehen der Konfliktregionen die Einheit und das Nationalitätsgefühl in der restlichen Ukraine gestärkt. Auch bleibt die Ukraine durch den Konflikt auf der politischen Agenda der Weltpolitik und kann somit eher mit Unterstützung, finanzieller oder militärischer Art, rechnen. Obwohl es nach wie vor Verhandlungen über den Status der Volksrepubliken Donezk und Luhansk gibt, hat die Ukraine den Osten weitestgehend isoliert.⁴¹⁰

*It progressively sealed the line of contact with an economic blockade since March 2017, put more constraints on the crossing points, and refused to fight the battle for hearts and minds of the Donbass population, who largely felt economically, politically, and socially abandoned by Kiev.*⁴¹¹

⁴⁰⁸ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 379.

⁴⁰⁹ Vgl. ebenda, 378–379.

⁴¹⁰ Vgl. Emmanuel Dreyfus, Jean-Baptiste Jeangène Vilmer, A People-Oriented Peace Formula for the Donbass. In: The Washington Quarterly 42:2 (2019) 115–132, hier 118–119.

⁴¹¹ Ebenda, 119.

8 Resümee

Dass die Ausrufung der unabhängigen Volksrepublik Donezk zu einem großen Teil auf die Einflussnahme der Russischen Föderation in die Ostukraine zurückzuführen ist, ist heute unbestritten. Die ostukrainische Bevölkerung war in ihrer Notlage anfällig für russische Propaganda und hoffte darauf, sich mit der Unterstützung des östlichen Nachbarn Gehör verschaffen zu können. Die Ausgangsforderungen nach dem *Euromaidan* waren indes immer Föderalismus und Autonomie im ukrainischen Staat, jedoch nicht eine Angliederung an Russland gewesen. Die Ansprüche auf Eingliederung in die Russische Föderation wurden erst mit dem Einmarsch russischer Einheiten erhoben.⁴¹²

Ziel der vorliegenden Masterarbeit war es jedoch, den historischen Aspekt der Gegebenheiten zu skizzieren, denn einem punktuellen politischen Ereignis – wie der Ausrufung der Volksrepublik Donezk am 7. April 2014 – geht stets ein historischer Prozess voraus, der dieses Ereignis schlussendlich bedingt. So merkt auch Kappeler in seiner *Kleinen Geschichte der Ukraine* an:

*Die Übereinstimmung der historischen Regionen und ihrer unterschiedlichen Prägungen mit den politischen und kulturellen Orientierungen in der heutigen Ukraine ist ein Beispiel dafür, dass die Geschichte [. . .] zur Erklärung der Gegenwart beitragen kann.*⁴¹³

Forderungen nach mehr Autonomie gab es in der Geschichte Donezks in unregelmäßigen Abständen bereits vor dem Frühjahr 2014. Obgleich in den meisten Publikationen nur die jüngeren Entwicklungen ab dem Zerfall der UdSSR betrachtet und mit ihnen das Bestreben Russlands begründet werden, als Hegemonialmacht über die nun unabhängigen Sowjetrepubliken zu verbleiben, ist der Hintergrund komplexer und liegt in der Historie weiter zurück.

So sind die ostslawischen Völker – die Belarussen*innen, Russen*innen und Ukrainer*innen – seit ihrem gemeinsamen Ursprung im Großreich der Kiewer Rus auf verschiedenen Ebenen miteinander verbunden.⁴¹⁴ Einerseits entstand zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine ein immer wieder zutage tretender Konflikt im Zusammenhang mit der rechtmäßigen Nachfolge der Kiewer Rus. Andererseits legitimiert die Russische Föderation mit der anfänglichen gemeinsamen Herkunft und somit der angeblichen Einheit der ostslawischen Völker ihre Einflussnahme auf die heutigen Nachbarländer. Die Idee des überlegenen Volkes der Russen*innen – die

⁴¹² Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 357–358.

⁴¹³ Ebenda, 331.

⁴¹⁴ Der gemeinsame Ursprung lässt sich zum Beispiel anhand der Ähnlichkeit der belarussischen, russischen und ukrainischen Sprache nachvollziehen.

vorwiegend auf einer irreführenden Verwendung von Begrifflichkeiten basiert – und die von ihr ausgehende Hegemonie im osteuropäischen Raum fand in der Kiewer Rus ihren Anfang und tritt aktuell im Krieg in der Ostukraine wieder zutage.⁴¹⁵

John Hughes legte mit dem Bau einer metallurgischen Fabrik im Jahr 1869 den Grundstein für die Industrieregion Donbass und die Stadt Juzowka, den Vorläufer Donezks.⁴¹⁶ Die stetig steigende Produktion vor dem Hintergrund der Industrialisierung veranlasste eine Vielzahl von Bewohnern*innen des Russischen Reiches dazu, sich in der bis dahin dünn bewohnten Steppenzone anzusiedeln.⁴¹⁷ Diese Migrationsbewegung bildet den Ursprung für die noch heute russischsprachige Bevölkerungsmehrheit im Donbass. Weit weg vom Zentrum Moskau waren es im Donbass seit jeher Industrielle, die die Geschicke der Region lenkten. Dies wurde in der Sowjetzeit mit den *Roten Direktoren*innen* und nach dem Zerfall der UdSSR mit den von Oligarchen*innen organisierten Clans – allen voran dem *Donezker Clan* – fortgeführt.⁴¹⁸ Der Stellenwert des Donezbeckens als eine der bedeutendsten Industrieregionen des Russischen Reiches und der späteren Sowjetunion liegt folglich in den historischen Ereignissen des 19. Jahrhunderts begründet.

Im Februar 1918 kam es im Zuge der Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland – dieses wollte aus dem Ersten Weltkrieg ausscheiden – zu einem Separatfrieden zwischen der Ukraine und den Mittelmächten, in dem eine Loslösung von Russland und eine Kooperation mit den Mittelmächten beschlossen wurden. Aus Protest wurde in der Ostukraine daraufhin die Sowjetrepublik Donez-Kriwoi Rog ausgerufen, die heute als Vorreiter für die Volksrepublik Donezk interpretiert wird. Wie im Frühjahr 2014 wollte die Bevölkerung des Donbass auch 1918 nicht von der *Zentralna Rada* in Kiew regiert werden.⁴¹⁹ Obwohl die Volksrepublik letztendlich nur einen Monat existierte und Lenin selbst deren Auflösung beorderte,⁴²⁰ zeigt sie die Uneinigkeit zwischen der Ostukraine dem Rest des Landes auf.

Zu Sowjetzeiten wurde der Donbass zur Musterregion stilisiert. Die vor allem vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs bedeutsame Industrie veranlasste die sowjetische Regierung dazu, den Donbass zu subventionieren. Juzowka wurde zu Ehren Stalins in Stalino umbenannt und mit der ansässigen Arbeiterschaft wurde der Prototyp

⁴¹⁵ Vgl. *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine, 34–35.

⁴¹⁶ Vgl. *Sommerbauer*, Geburt des Donbass.

⁴¹⁷ Vgl. *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine, 128–129.

⁴¹⁸ Vgl. *Sommerbauer*, Geburt des Donbass.

⁴¹⁹ Vgl. *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine, 172.

⁴²⁰ Vgl. *Markus*, Donets-Kryvyi Rih Soviet Republic, 741–742.

des fleißigen Sowjetmenschen geschaffen. Dieses Emporheben verankerte die Sonderstellung des Donbass sowohl in der USSR als auch der UdSSR im Selbstverständnis der dortigen Bevölkerung.⁴²¹ An die Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs und der politischen Propaganda zugunsten der Bewohner*innen des Donbass erinnern sich Sowjetnostalgiker*innen oftmals zurück.⁴²² Die Bevölkerung des Donezbeckens verbindet mit Moskau Wohlstand und Unterstützung, wenngleich die *Stalinschen Säuberungen* der 1930er Jahren auch vor ihr keinen Halt gemacht haben.⁴²³ Mit dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991 wurde der Donbass nun der Regierung in Kiew unterstellt. Mit der Hauptstadt der Ukraine hatte das Donezbecken jedoch weit weniger Verbindungspunkte als mit Moskau.

Obwohl die Unabhängigkeit der Ukraine 1991 noch von der Mehrheit der Bevölkerung im Donbass befürwortet wurde und sie sich von den neuen Strukturen einen wirtschaftlichen Aufschwung erhoffte, wurden diese Erwartungen rasch relativiert. Die neuen Machthaber*innen in Kiew machten mehr durch innenpolitische Quereien als mit dringend notwendigen Reformen auf sich aufmerksam. Zudem war die wirtschaftliche Situation desaströs, der Lebensstandard und das Einkommen der Bevölkerung nahm ab. Eine doppelte Enttäuschung erfuhr die mehrheitlich russischsprachige ostukrainische Bevölkerung durch die Forcierung der Ukrainisierung des Landes unter Juščenko. Er war nicht der Kandidat, der im Zuge der *Orangen Revolution* von der Bevölkerung im Donbass unterstützt worden war. Diese befürwortete mehrheitlich dessen Gegenkandidaten Janukovyč, der selbst aus Donezk stammte und durch den die Donezker Eliten ihren Einfluss in Kiew geltend machten. Forderungen nach einem autonomen Status oder einer Assoziation mit der Russischen Föderation wurden in diesen Tagen wieder präsenter.⁴²⁴

Der auf Juščenko folgende Präsident der Ukraine Janukovyč verschaffte sich durch seine multivektorale Politik Aufmerksamkeit, die abwechselnd mit der Russischen Föderation und der EU sympathisierte. Als er sich kurz vor der Unterzeichnung des *Assoziierungsabkommens* mit der EU jedoch für eine russlandfreundliche Orientierung entschied, kam es in Kiew und in weiten Teilen des Landes zu Protestkundgebungen, die schlussendlich zum Sturz Janukovyč' und zur Etablierung einer EU-freundlichen Politik führten. Die Bewohner*innen des Donbass, die *Euromaidan*-Bewegung vorwiegend ablehnten und zu großen Anteilen aus Janukovyč-Anhängern*innen bestanden, lehnten diesen Weg jedoch ab und traten für

⁴²¹ Vgl. Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

⁴²² Vgl. Rainer, Sommerbauer, Grauzone, 127.

⁴²³ Vgl. Kappeler, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten.

⁴²⁴ Vgl. Wittkowsky, Nationalstaatsbildung in der Ukraine, 580–582.

einen autonomen Status des Donbass ein. Auch Putin wollte den Verlust der ukrainischen Einflusssphäre, insbesondere des historisch assoziierten Donezbeckens, nicht hinnehmen und unterstützte die Separatisten*innen mit Kämpfern*innen, Artillerie und Munition der Russischen Föderation. Gleichzeitig intensivierte Russland seine antiukrainische Propaganda und machte so Stimmung im Donbass, was schlussendlich in der Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk und einem bis heute andauernden Krieg in der Ostukraine gipfelte.⁴²⁵

Obwohl etliche Versuche zur Beilegung des Konflikts unternommen wurden, herrscht noch heute Krieg in der Ostukraine. Experten*innen gingen von einem weiteren eingefrorenen Konflikt aus, wie sie in einigen Ländern der ehemaligen UdSSR durch Intervention Russlands installiert wurden.⁴²⁶ Für Russland bedeuten die eingefrorenen Konflikte eine Destabilisierung der ehemaligen Sowjetrepubliken und eine Möglichkeit zur weiteren Einflussnahme sowie ein Druckmittel.⁴²⁷ In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen⁴²⁸ kann jedoch von einem eingefrorenen Konflikt nicht mehr die Rede sein.

Auch wenn die Ukraine offiziell Interesse an einer Befriedung des Konflikts hat, werden zusehends Stimmen laut, die behaupten, dass die Abgrenzung der Donbasser Bevölkerung, die ohnehin aufgrund ihrer andersartigen historischen Prägung von Kiew schwer regierbar ist, eine Vermeidung der Auseinandersetzung mit diesen Territorien darstellt und zu einem Einigkeitsgefühl der restlichen ukrainischen Bevölkerung beiträgt. Die Ukraine könnte so ihre EU-treue Politik ohne Rücksichtnahme weiterhin vorantreiben.⁴²⁹

Können die Volksrepubliken Donezk und Luhansk vor einem Stillstand der Friedensgespräche und vor weiteren Eskalationen bewahrt werden? Die EU und die Ukraine selbst scheuen davor zurück, radikalere Maßnahmen in der Ostukraine durchzusetzen, würde dies doch sehr wahrscheinlich eine Eskalation mit Russland nach sich ziehen. Die Ukraine wird sich wohl langfristig mit dem Verlust der Ostukraine abfinden müssen. Nach Stefan Oeter ist einzig Russland in der Lage, den Konflikt auf einigermaßen friedlichem Wege zu beenden. Würde Putin die Lieferungen von Waffen und die Entsendung von personellen Streitkräften in die abtrünnigen Regionen stoppen, müssten sich die Volksrepubliken Donezk und Luhansk rasch der restlichen Ukraine ergeben. Die Aktivitäten der Separatisten*innen könnten ohne die Unterstützung

⁴²⁵ Vgl. *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine, 337–360.

⁴²⁶ Vgl. *Sommerbauer*, Die Ukraine im Krieg, 71–74.

⁴²⁷ Vgl. *MacFarlane*, Eingefrorene Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion, 25.

⁴²⁸ Stand Januar 2022.

⁴²⁹ Vgl. *Dreyfus, Vilmer*, A People-Oriented Peace Formula for the Donbass, 118–119.

Russlands so gar nicht stattfinden. Wie geschildert hat Russland an der Beilegung des Konflikts jedoch wenig Interesse.⁴³⁰

⁴³⁰ Vgl. Stefan Oeter, Der Ukraine-Konflikt und das Völkerrecht. Wie gelingt die Rückkehr zu einem völkerrechtskonformen Zustand?. In: Heinz-Gerhard Justenhoven (Hg.), Kampf um die Ukraine. Ringen um Selbstbestimmung und geopolitische Interessen (Studien zur Friedensethik, Bd. 61, Baden-Baden 2018) 191–234, hier 232–233.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

Tilman *Berger*, Das Russische. In: Peter *Rehder* (Hg.), Einführung in die slavischen Sprachen (mit einer Einführung in die Balkanphilologie) (7., unveränderte Aufl., Darmstadt 2012) 49–93.

Juliane *Besters-Dilger*, Nation und Sprache seit 1991: Ukrainisch und Russisch im Sprachkonflikt. In: Andreas *Kappeler* (Hg.), Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung (Köln/Weimar/Wien 2011) 375–388.

Hermann *Bieder*, Das Weißrussische. In: Peter *Rehder* (Hg.), Einführung in die slavischen Sprachen (mit einer Einführung in die Balkanphilologie) (7., unveränderte Aufl., Darmstadt 2012) 110–125.

Steven *Chase*, Harper compares Russia's Crimea moves to Third Reich aggression. In: The Globe and Mail, 04.03.2014, online unter <<https://www.theglobeandmail.com/news/politics/canada-suspends-military-activities-with-russia/article17289679/>> (08.12.2021).

Data: Ukraine. In: The World Bank, online unter <<https://data.worldbank.org/country/ukraine>> (21.11.2021).

Definitions: Genocide. In: United Nations Office on Genocide Prevention, online unter <<https://www.un.org/en/genocideprevention/genocide.shtml#>> (09.12.2021).

Igor *Delanoë*, Minsk II, kleinste aller Hoffnungen. In: Le Monde diplomatique, 12.03.2015, online unter <<https://monde-diplomatique.de/artikel/!212124>> (08.12.2021).

Die Waffenruhe im Donbass hält nicht. In: Zeit Online, 14.09.2014, online unter <<https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/ukraine-donezk-gefechte>> (21.11.2021).

Steffen *Dobbert*, Putins Lügen über die Krim. In: Zeit Online, 02.03.2014, online unter <<https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/putin-ukraine-russland-krim-krieg-gruende-luegen>> (21.11.2021).

Emmanuel *Dreyfus*, Jean-Baptiste Jeangène *Vilmer*, A People-Oriented Peace Formula for the Donbass. In: The Washington Quarterly 42:2 (2019) 115–132.

Paul *Flückiger*, Die Cliquen-Wirtschaft. In: Zeit Online, 04.01.2005, online unter <<https://www.zeit.de/2005/02/Ukraine/komplettansicht>> (03.01.2022).

Horst *Förster*, Ukraine: Konflikte, Krieg und Föderalisierung?. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF) (Hg.), Jahrbuch des

Föderalismus 2015. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa (Bd. 16, Baden-Baden 2015) 318–336.

Zaur *Gasimov*, Mova und Jazyk. Die Sprachenfrage in der Ukraine. In: Osteuropa. Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine 60:2 (2010) 403–411.

Florian *Hassel*, Die bitteren Früchte der Maidan-Revolte. In: Süddeutsche Zeitung, 21.11.2018, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-maidan-kiew-proteste-2013-1.4219128>> (05.12.2021).

Florian *Hassel*, Verheerte Landschaften. In: Süddeutsche Zeitung, 16.02.2021, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/lugansk-donzek-ostukraine-kiew-moskau-kreml-putin-covid-19-1.5207854>> (21.11.2021).

Guido *Hausmann*, Tanja *Penter*, Der Gebrauch der Geschichte. Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie. In: Osteuropa. Gefährliche Unschärfe: Russland, die Ukraine und der Krieg im Donbass 64:9 (2014) 35–50.

Manfred *Hildermeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates (2., überarbeitete und erweiterte Aufl., München 2017).

Hintergrund: Budapest Memorandum zur Integrität der Ukraine. In: Süddeutsche Zeitung, 24.03.2014, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/atom-hintergrund-budapester-memorandum-zur-integritaet-der-ukraine-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140324-99-07026>> (05.12.2021).

Kerstin *Jobst*, Geschichte der Ukraine (2., aktualisierte Aufl., Reclams Universal-Bibliothek, Bd. 19320, Stuttgart 2015).

Andreas *Kappeler*, Die Kinder des Sowjetkommunismus fühlen sich verraten. In: Neue Zürcher Zeitung, 25.06.2014, online unter <<https://www.nzz.ch/international/europa/die-kinder-des-sowjetkommunismus-fuehlen-sich-verraten-1.18329436>> (21.11.2021).

Andreas *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine (5., überarbeitete und aktualisierte Aufl., München 2019).

Andreas *Kappeler*, Russland und die Ukraine. Verflochtene Biographien und Geschichten (Wien/Köln/Weimar 2012).

Andreas *Kappeler*, Ukraine-Konflikt: Keine Faschisten, keine Verschwörung. In: Der Standard, 12.12.2014, online unter

<<https://www.derstandard.at/story/2000009327026/ukrainekonflikt-keine-faschisten-keine-verschwoerung>> (21.11.2021).

Andreas *Kappeler*, Ukrainische und russische Nation: Ein asymmetrisches Verhältnis. In: Andreas *Kappeler* (Hg.), *Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung* (Köln/Weimar/Wien 2011) 191–201.

Ivan *Katchanovski*, Zenon *Kohut*, Bohdan *Nebesio*, Myroslav *Yurkevich*, *Historical Dictionary of Ukraine* (2. Aufl., *Historical Dictionaries of Europe*, Lanham/Toronto/Plymouth 2013).

Uwe *Klußmann*, Matthias *Schepp*, Klaus *Wiegrefe*, »Absurde Vorstellung«. In: *Der Spiegel*, 22.11.2009, online unter <<https://www.spiegel.de/politik/absurde-vorstellung-a-a18a7cab-0002-0001-0000-000067871653?context=issue>> (21.11.2021).

Andrej *Kolesnikov*, Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes. In: Osteuropa. Kardiogramm: Anamnese des Putinismus 70:6 (2020) 3–28.

Kompleks mer po vypolneniju Minskich soglašenij. In: Organization for Security and Co-operation in Europe, 12.02.2015, online unter <<https://www.osce.org/files/f/documents/5/b/140221.pdf>> (29.11.2021).

Konstytucija Ukraïny. In: Verchovna Rada Ukraïny, 28.06.1996, online unter <<https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/254%D0%BA/96-%D0%B2%D1%80#Text>> (21.11.2021).

Volodymyr *Kulyk*, Einheit und Identität. Sprachenpolitik nach dem Majdan. In: Osteuropa. Zerreißprobe: Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg 64:5 (2014) 227–237.

Hiroaki *Kuromiya*, Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland, 1870s–1990s (Cambridge 1998).

Neil *MacFarlane*, Eingefrorene Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion – der Fall Georgien/Südossetien. In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) (Hg.), OSZE Jahrbuch 2008 (Baden-Baden 2009) 23–36.

Paul *Magocsi*, *A History of Ukraine. The Land and Its Peoples* (2., bearbeitete und erweiterte Aufl., Toronto/Buffalo/London 2010).

Vasyl *Markus*, Donets-Kryvyi Rih Soviet Republic. In: Volodymyr *Kubijovyč* (Hg.), *Encyclopedia of Ukraine. Volume I A–F* (Toronto/Buffalo/London 1984) 741–742.

Frederick Mills, Understanding the Euromaidan: The View from the Kremlin. In: David Marples, Frederick Mills (Hg.), Ukraine's Euromaidan. Analyses of a Civil Revolution (Stuttgart 2015) 239–260.

Klaus Müller, Die Clans der Ukraine. Machtverhältnisse in einer Demokratie, die nie existiert hat. In: Le Monde diplomatique, 09.10.2014, online unter <<https://monde-diplomatique.de/artikel/!284424>> (08.12.2021).

Frank Nienhuysen, Ukraine und Russland planen Waffenruhe. In: Süddeutsche Zeitung, 24.07.2020, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-russland-waffenruhe-1.4976901>> (21.11.2021).

Stefan Oeter, Der Ukraine-Konflikt und das Völkerrecht. Wie gelingt die Rückkehr zu einem völkerrechtskonformen Zustand?. In: Heinz-Gerhard Justenhoven (Hg.), Kampf um die Ukraine. Ringen um Selbstbestimmung und geopolitische Interessen (Studien zur Friedensethik, Bd. 61, Baden-Baden 2018) 191–234.

Ostukraine: Separatisten weisen Hilfsorganisationen aus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.09.2015, online unter <<https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/ostukraine-separatisten-weisen-hilfsorganisationen-aus-13824612.html>> (23.11.2021).

Tanja Penter, Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953 (Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangslarbeit im Bergbau, Bd. 8, Essen 2010).

Serhii Plokhij, The Gates of Europe. A History of Ukraine (Great Britain 2015).

Illia Ponomarenko, Ukraine withdraws all envoys from CIS bodies. In: Kyiv Post, 19.05.2018, online unter <<https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/ukraine-withdraws-envoys-cis-bodies.html>> (29.11.2021).

Protokol po itogam konsul'tacij Trechstoronnej kontaktnoj gruppy otnositel'no sovmestnych šagov, napravlennych na implementaciju Mirnogo plana Prezidenta Ukrainy P.Porošenko i iniciativ Prezidenta Rossii V.Putina. In: Organization for Security and Co-operation in Europe, 01.09.2014, online unter <<https://www.osce.org/files/f/documents/a/a/123258.pdf>> (29.11.2021).

Putin: Ukrainische Armee ist wie die Wehrmacht. In Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.08.2014, online unter <<https://www.faz.net/aktuell/politik/russlands-praesident-putin-ukrainische-armee-ist-wie-die-wehrmacht-13124988.html>> (05.12.2021).

Florian Rainer, Jutta Sommerbauer, Grauzone. Eine Reise zwischen den Fronten im Donbass (Wien 2018).

Registration of Internal Displacement in Ukraine. In: UNHCR The UN Refugee Agency. Ukraine, 05.03.2021, online unter <<https://www.unhcr.org/ua/en/resources/idp-dashboard>> (09.12.2021).

Anna Reid, Borderland. A Journey Through the History of Ukraine (New York 2015).

Report on the human rights situation in Ukraine 1 August 2020 – 31 January 2021. In: United Nations Human Rights Office of the High Commissioner, 11.03.2021, online unter <<https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/31stReportUkraine-en.pdf>> (09.12.2021).

Report on the human rights situation in Ukraine 16 November 2019 to 15 February 2020. In: Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 12.03.2020, online unter <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/29thReportUkraine_EN.pdf> (09.12.2021).

Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine. In: Rat der Europäischen Union, 12.10.2021, online unter <<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/>> (05.12.2021).

Andreas Rüesch, Krise um die Ukraine: Biden will bald Truppen nach Osteuropa verlegen, Baerbock reist im Februar nach Kiew. In: Neue Zürcher Zeitung, 29.01.2022, online unter <<https://www.nzz.ch/international/russland-und-ukraine-das-wichtigste-zum-konflikt-im-ueberblick-ld.1613540?reduced=true>> (29.01.2022).

Russian-Italian interstate consultations. In: President of Russia, 26.11.2013, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/19701>> (04.12.2021).

Russland sieht in Nato-Antwort "kaum Anlass zum Optimismus". In: Zeit Online, 27.01.2022, online unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-01/ukraine-krise-russland-nato-usa-sicherheitsgarantien?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F> (29.01.2022).

Ulrich Schmid, Genozid oder Tragödie?. In: Neue Zürcher Zeitung, 09.04.2008, online unter <https://www.nzz.ch/genozid_oder_tragoedie-1.704866?reduced=true> (23.11.2021).

Konrad Schuller, Das Prinzip Familie. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.08.2012, online unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/praeident-janukowitsch-das-prinzip-familie-11870003.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3> (06.12.2021).

Konrad Schuller, Ruhe in der Ostukraine. Das Machtwort des Oligarchen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.05.2014, online unter <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ruhe-in-der-ostukraine-das-machtwort-des-oligarchen-12939734.html>> (05.12.2021).

Ulrich Schweier, Das Ukrainische. In: Peter Rehder (Hg.), Einführung in die slavischen Sprachen (mit einer Einführung in die Balkanphilologie) (7., unveränderte Aufl., Darmstadt 2012) 94–109.

Dieter Segert, Die Ukraine – ein gespaltenes Land. In: WeltTrends. Das außenpolitische Journal 23:102 (2015) 21–27.

Sven Singhofen, Russland, Europa und der Krieg in der Ukraine – Ende der (strategischen) Partnerschaft?. In: Peter-Christian Müller-Graff (Hg.), Die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Spannung und Kooperation (Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Sonderband 2017, integration, Baden-Baden 2017) 50–89.

Elena Šmaraeva, Semejnoe delo. Kak repressirovali rodstvennikov Stalina. In: Radio Svoboda, 05.03.2019, online unter <<https://www.svoboda.org/a/29804293.html>> (23.11.2021).

Jutta Sommerbauer, Die Ukraine im Krieg. Hinter den Frontlinien eines europäischen Konflikts (Wien 2016).

Jutta Sommerbauer, Geburt des Donbass: Ein "wildes Feld" für Magnaten und Sowjets. In: Die Presse, 25.07.2015, online unter <<https://www.diepresse.com/4784690/geburt-des-donbass-ein-wildes-feld-fur-magnaten-und-sowjets>> (23.11.2021).

Trends and observations JUL–SEP 2021. In: Organization for Security and Co-operation in Europe. Special Monitoring Mission to Ukraine, 17.11.2021, online unter <<https://www.osce.org/files/f/documents/d/2/504538.pdf>> (09.12.2021).

Ukraine 2013 Public Opinion Poll Shows Dissatisfaction with Socio-Political Conditions. In: International Foundation for Electoral Systems, 05.12.2013, online unter <<https://www.ifes.org/news/ukraine-2013-public-opinion-poll-shows-dissatisfaction-socio-political-conditions>> (08.12.2021).

Andreas *Umland*, Orange Revolution als Scheideweg. Demokratisierungsschub in der Ukraine, Restaurationsimpuls in Russland. In: Osteuropa. Zugzwang: Europäische Wege 1989–2009 59:11 (2009) 109–120.

Eric *Vanhaut*e, Who is afraid of global history? Ambitions, pitfalls and limits of learning global history. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 20:2 (2009) 22–39.

Wim *van Meurs*, Eingefrorene Konflikte: Wie weiter mit den Quasistaaten?. In: Osteuropa. Minderheiten in Osteuropa: Ansprüche, Rechte, Konflikte 57:11 (2007) 111–120.

Claudia *von Salzen*, Der Krieg im Donbass und die deutschen Vermittler. Warum es keinen Friedensgipfel für die Ukraine gibt. In: Der Tagesspiegel, 08.04.2020, online unter <<https://www.tagesspiegel.de/politik/der-krieg-im-donbass-und-die-deutschen-vermittler-warum-es-keinen-friedensgipfel-fuer-die-ukraine-gibt/25728026.html>> (21.11.2021).

André *Widmer*, Ostukraine – Europas vergessener Krieg. Reportagen aus dem Donbass (Zürich 2018).

Andrew *Wilson*, Ukraine’s Orange Revolution (New Haven/London 2005).

Andreas *Wittkowsky*, Nationalstaatsbildung in der Ukraine. Die politische Ökonomie eines „historischen Kompromisses“. In: Osteuropa 48:6 (1998) 576–594.

Charters *Wynn*, Workers, Strikes, and Pogroms. The Donbass-Dnepr Bend in Late Imperial Russia, 1870–1905 (Princeton 1992).

Kerstin *Zimmer*, Machteliten im ukrainischen Donbass. Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion (Gesellschaftliche Transformationen, Bd. 12, Berlin 2006).

45 Staaten werfen Russland neue Gewalt in Ostukraine vor. In: Zeit Online, 27.03.2021, online unter <<https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-03/vereinte-nationen-erklaerung-russland-gewalt-ostukraine-waffenstillstand>> (21.11.2021).

10 Anhang

10.1 Zusammenfassung (Deutsch)

Am 7. April 2014 wurde im ostukrainischen Donbass die unabhängige Volksrepublik Donezk ausgerufen. Obwohl die Proklamation oberflächlich betrachtet primär im Zusammenhang mit den heute als *Euromaidan* bekannten Ereignissen stand, sind die Ursprünge der Autonomiebestrebungen von Donezk in der Geschichte der Region zu identifizieren. Anhand einer historischen Analyse wird daher in der vorliegenden Masterarbeit die Forschungsfrage „Welche historischen Begebenheiten und sozialen sowie politischen Umstände ebneten den Weg zur Ausrufung der Volksrepublik Donezk?“ diskutiert. Die Arbeit basiert größtenteils auf Literaturquellen, zur Darstellung aktueller zeitgeschichtlicher Entwicklungen wurde auch Medienberichterstattung herangezogen. Im Zuge der Arbeit wird aufgezeigt, dass die Ostukraine und insbesondere Donezk ein näheres Verhältnis zur Russischen Föderation aufweisen als andere Teile der Ukraine. So war Donezk eine der bedeutendsten Industrieregionen des Russischen Reiches und wurde zu Zeiten der UdSSR als Musterstadt und seine Bevölkerung als „Vorzeigeproletarier*innen“ stilisiert. Währenddessen waren die westlichen Regionen der heutigen Ukraine oftmals einem europäischen Einfluss ausgesetzt. Die besondere Prägung von Donezk zeigt sich dabei nicht nur in einer vorwiegend russischsprachigen Bevölkerung, sondern auch in der an Russland orientierten Kultur und Gesellschaft. Aufgrund dieser besonderen historischen und aktuellen Umstände kam es in unregelmäßigen Abständen in der Geschichte von Donezk immer wieder zu Forderungen nach mehr Autonomie und Föderalismus innerhalb des ukrainischen Staates. Gleichzeitig war Donezk seit seiner Stadtgründung 1869 ein Zentrum der russischen Wirtschaft. Die besondere Stellung der Region für Russland wird im Laufe der historischen Analyse immer wieder zentral, denn auch die Einmischung Russlands in den Ukraine-Konflikt trug zu einem wesentlichen Teil zur Ausrufung der Volksrepublik bei. Dieses Vorgehen gründet in einer historischen Verbundenheit mit der Region, die aus russischer Sicht nicht widerstandslos einer europäischen, NATO-freundlichen Einflusssphäre überlassen werden soll.

10.2 Abstract (English)

On April 7, 2014, the Donetsk People's Republic declared its independence in the Eastern Ukrainian Donbass. Although the proclamation was superficially related to the events known today as the *Euromaidan*, the origins of Donetsk's aspirations toward autonomy can be identified in regional history. By means of a historical analysis, this master thesis discusses the question ‘What historical, social, and political events and

circumstances lead up to the Donetsk People's Republic proclamation of independence?'. The thesis is largely based on academic literature and media coverage to present current developments in contemporary history. This thesis provides evidence that Eastern Ukraine and Donetsk in particular have a closer relationship to the Russian Federation than other parts of Ukraine. Donetsk was one of the most important industrial regions of the Russian Empire. It was stylized as a model city and its population as a 'model proletariat' during the time of the USSR. Meanwhile, the western regions of Ukraine today were often exposed to European influence. The special character of Donetsk is reflected not only in its predominantly Russian-speaking population, but also in its Russian-oriented culture and society. Due to this specific historical and contemporary circumstances, there have been repeated demands for more autonomy and federalism within the Ukrainian state at irregular intervals in Donetsk history. At the same time, Donetsk has been a centre of the Russian economy since the city was founded in 1869. The positionality of the region for Russia becomes central throughout the historical analysis, as Russian interference in the Ukrainian conflict also contributed to a significant extent to the proclamation of the People's Republic. This approach is based on a historical attachment to the region, which, from a Russian point of view, should not be left to a European, NATO-friendly sphere of influence without resistance.

10.3 Abbreviaturverzeichnis

BJuT	Blok Julii Tymošenko
EU	Europäische Union
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
G8	Gruppe der Acht
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USSR	Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik

10.4 Transliterationstabellen

10.4.1 Das belarussische Alphabet

Belarussischer Buchstabe ⁴³¹	Deutsche wissenschaftliche Transliteration
Аа	Aa
Бб	Bb
Вв	Vv
Гг	Hh
Дд	Dd
Ее	Ee
Ёё	Ёё
Жж	Žž
Зз	Zz
Іі	Ii
Йй	Jj
Кк	Kk
Лл	Ll
Мм	Mm
Нн	Nn
Оо	Oo
Пп	Pp
Рр	Rr
Сс	Ss
Тт	Tt
Үү	Uu
Ўў	Ўў
Фф	Ff
Хх	CHch
Цц	Cc
Чч	Čč
Шш	Šš
Ыы	Yy
Ьь	'
Ээ	Ёё
Юю	JUju
Яя	JAja

⁴³¹ Vgl. Hermann Bieder, Das Weißrussische. In: Peter Rehder (Hg.), Einführung in die slavischen Sprachen (mit einer Einführung in die Balkanphilologie) (7., unveränderte Aufl., Darmstadt 2012) 110–125, hier 111.

10.4.2 Das russische Alphabet

Russischer Buchstabe ⁴³²	Deutsche wissenschaftliche Transliteration
Аа	Aa
Бб	Bb
Вв	Vv
Гг	Gg
Дд	Dd
Ее	Ee
Ёё	Ёё
Жж	Žž
Зз	Zz
Ии	Ii
Йй	Jj
Кк	Kk
Лл	Ll
Мм	Mm
Нн	Nn
Оо	Oo
Пп	Pp
Рр	Rr
Сс	Ss
Тт	Tt
Уу	Uu
Фф	Ff
Хх	CHch
Цц	Cc
Чч	Čč
Шш	Šš
Щщ	ŠČšč
Ђњ	-
Ѡѡ	Yy
ѠѠ	'
Ӭө	Ѐӗ
Ѭѭ	JUju
Ѩѩ	JAja

⁴³² Vgl. Tilman Berger, Das Russische. In: Peter Rehder (Hg.), Einführung in die slavischen Sprachen (mit einer Einführung in die Balkanphilologie) (7., unveränderte Aufl., Darmstadt 2012) 49–93, hier 51.

10.4.3 Das ukrainische Alphabet

Ukrainischer Buchstabe ⁴³³	Deutsche wissenschaftliche Transliteration
Аа	Aa
Бб	Bb
Вв	Vv
Гг	Hh
Ґґ	Gg
Дд	Dd
Ее	Ee
Єє	JEje
Жж	Žž
Зз	Zz
Ии	Yy
Її	Її
Йй	Jj
Кк	Kk
Лл	Ll
Мм	Mm
Нн	Nn
Оо	Oo
Пп	Pp
Рр	Rr
Сс	Ss
Тт	Tt
Уу	Uu
Фф	Ff
Хх	CHch
Цц	Cc
Чч	Čč
Шш	Šš
Щщ	ŠČšč
Юю	JUju
Яя	JAja
Ьь	'

⁴³³ Vgl. Ulrich Schweier, Das Ukrainische. In: Peter Rehder (Hg.), Einführung in die slavischen Sprachen (mit einer Einführung in die Balkanphilologie) (7., unveränderte Aufl., Darmstadt 2012) 94–109, hier 95.